

die internationale

MAGAZIN DER INTERNATIONALEN SOZIALISTISCHEN ORGANISATION



SCHÜTZEN WIR UNSER
LEBEN, NICHT IHRE
PROFITE

die internationale

Covid-19-Pandemie

Covid-19-Pandemie, Dossier..... 3

Debatte

Ausweichen vor Problemen hilft niemand, Meinhard Creydt..... 20

Antisemitismus

Die Antideutschen – ein Trauerspiel, Wolfgang Cürten..... 26

Geschichte

75 Jahre Penzberger Mordnacht, Paul B. Kleiser..... 31

Jugoslawien vor 70 Jahren

Vom Bruch mit Stalin zur Arbeiterselbstverwaltung, Paul Michel..... 35

Ökologie

Das Märchen vom grünen Wachstum und seine roten Kritiker, Bruno Kern..... 41

inprekorr

Frankreich

Was steht bei dieser sozialen Bewegung politisch auf dem Spiel? Jean-François Cabral..... 46

Spanischer Staat

Anticapitalistas – Schluss mit Podemos, Antoine Rabadan..... 54

Nachruf

Michel Lequenne (1921–2020), Michael Löwy..... 56

Leserbrief

Wer hat die Waffen und wer sollte sie haben? Friedrich Dorn, Kilian Malik, Michael Sankari..... 58

Frankreich

Holt zurück, was Euch gehört! Interview mit Olivier Besancenot..... 60

IMPRESSUM

die internationale wird herausgegeben von der Internationalen Sozialistischen Organisation (ISO, Deutschland), in Zusammenarbeit mit Genoss*innen der Sozialistischen Alternative (SOAL, Österreich) und der Bewegung für den Sozialismus (bfs/MPS, Schweiz).

die internationale erscheint zweimonatlich. Namentlich gekennzeichnete Artikel geben den Standpunkt und die Meinung der Autor*innen wieder.

Redaktion:

Edith Bartelmus-Scholich, Tom Bogen, Wilfried Dubois, Jochen Herzog, Dr. Matte, Paul Michel, Björn Mertens, Maximilian Sarra, Jakob Schäfer, Michael Weis
V.i.S.d.P. Michael Weis

Abonnements:

- Einzelpreis: EUR 5,-
CHF 6,-
- Jahresabo: EUR 25,-
- Doppelabo (je 2 Hefte): EUR 35,-
- Solidarabo: ab EUR 40,-
- Sozialabo: EUR 15,-
- Probeabo (3 Hefte): EUR 10,-
- Auslandsabo: EUR 40,-

www.intersoz.org

Konto:

Neuer Kurs GmbH, Köln
Postbank Frankfurt
IBAN: DE97 5001 0060 0036 5846 04
BIC: PBNKDEFF

Verlag, Verwaltung & Vertrieb:

die internationale
c/o ISO, Regentenstr. 57–59, 51063 Köln
Vertrieb:
internationale-vertrieb@intersoz.org

Gestaltungskonzept: Tom Bogen

Kontaktadressen:

- Deutschland:
ISO, Regentenstr. 57–59, 51063 Köln,
iso@intersoz.org
- Österreich:
SOAL, Sozialistische Alternative,
office@soal.at
- Schweiz:
BFS/MPS, info@bfs-zh.ch,
<https://sozialismus.ch/>



COVID-19-PANDEMIE DOSSIER

Die globale Gesundheitskrise durch die Corona-Pandemie geht einher mit der massiven globalen Bedrohung durch den Klimawandel, einer strukturellen durch den Neoliberalismus verschärften sozialen Krise und einer bereits zuvor ausgebrochenen Wirtschaftskrise. Die Leidtragenden sind nicht nur die Menschen in der nördlichen Hemisphäre, die uns täglich in den Medien präsentiert werden und denen – natürlich nachgeordnet den wirtschaftlichen Interessen – das Augenmerk der Politik gilt. Noch viel mehr betroffen sind Menschen in den armen Ländern des Südens, denen durch die wirtschaftlichen Folgen der Pandemie eine Hungerkatastrophe biblischen Ausmaßes droht. Ihnen muss unsere ganz besondere Solidarität gelten.

Ein Dossier mit 3 Beiträgen

Covid-19-Pandemie:
Schützen wir unser
Leben, nicht ihre
Profite!

SEITE 4

Die wahren
Seuchen sind soziale
Ungleichheit und ka-
pitalistische Globali-
sierung

SEITE 7

Wirtschaftskrise nur
wegen Corona-
Pandemie

SEITE 12

COVID-19-PANDEMIE: SCHÜTZEN WIR UNSER LEBEN, NICHT IHRE PROFITE!

Die Coronavirus-Pandemie ist ein Problem der öffentlichen Gesundheit dramatischen Ausmaßes und wird gewaltiges Leid unter den Menschen hervorrufen. Bereits jetzt stehen in Westeuropa die Gesundheitssysteme kurz vor dem Zusammenbruch. Wenn die Pandemie erst die Länder der südlichen Halbkugel erfasst, deren bereits zuvor schwaches oder sehr instabiles öffentliches Gesundheitssystem durch 40 Jahre neoliberaler Politik zugrunde gerichtet wurde, wird die Zahl der Toten enorm zunehmen. **Büro der Vierten Internationale**

Schon heute ist die Corona-Pandemie die schwerste seit 100 Jahren. Die Zahl der Todesfälle durch die „Spanische Grippe“ von 1918–1919 ist zwar noch immer nicht restlos geklärt, war jedoch ganz erheblich und traf vor allem junge Erwachsene. Ihr Verlauf war deswegen besonders schwer, weil sie unmittelbar auf den Ersten Weltkrieg folgte. Die rasche Ausbreitung der Covid-19-Pandemie lässt sich insbesondere dadurch erklären, dass die Widerstandskraft der Bevölkerung durch den Neoliberalismus und die zunehmend prekären Verhältnisse gebrochen worden ist, was einherging mit einer massiven Zunahme des internationalen Handels durch die kapitalistische Globalisierung, einer durchgängigen Kommerzialisierung (der Daseinsverhältnisse) und dem Primat der Profitlogik.

Das neue Coronavirus wurde im November 2019 in China entdeckt. Ärztinnen und Ärzte oder Wissenschaftler*innen, die versuchten, Alarm zu schla-

gen, wurden zunächst unterdrückt und zum Schweigen gebracht. Wenn die KPCh sofort reagiert hätte, wäre die Gefahr einer Epidemie möglicherweise im Keim erstickt worden.

Drohende Gefahren zu bagatellisieren ist keine Besonderheit des chinesischen Regimes. Auch Donald Trump in den USA machte sich über dieses „ausländische Virus“ lustig. Als Brasilien bereits von der Pandemie erfasst war, erklärte Jair Bolsonaro, dass „das Verbot von Fußballspielen Hysterie“ sei und setzte sich über Gesetze und Richtlinien der Gesundheitsbehörden hinweg, um an einer Demonstration gegen die Justiz und das Parlament teilzunehmen. Boris Johnson im Vereinigten Königreich befürwortete zunächst eine „Herdenimmunsierung“ (Die Epidemie soll ungehindert an ihre ureigenen Grenzen stoßen, wenn etwa 70 % der Bevölkerung infiziert sind). Erst später war er gezwungen, dieses rücksichtslose und gefährliche Vorgehen zu ändern. Die belgische Premierministerin Sophie Wilmès stellte sich lange gegenüber jeder Warnung taub. Die französische Regierung hat die strategischen Reserven an Schutzkleidung und sonstiger Ausrüstung nicht aufgefüllt, als bereits die ersten Fälle im Januar 2020 auftraten. Auch die Regierungen der weniger betroffenen Länder Osteuropas lernen nicht aus der Gesundheitskrise im westlichen Teil des Kontinents.

Die Europäische Union war nicht in der Lage, auch nur die geringste Solidarität mit dem am stärksten betroffenen Italien zu praktizieren, obwohl im Land nicht einmal Schutzmasken produziert werden ... Der Hauptgrund für diese Zögerlichkeit liegt darin, dass die Regierungen die „Wirtschaft“ und den Warenverkehr nicht gefährden und nur ein Mindestmaß an Ressourcen für den Schutz der Bevölkerung bereitstellen wollen. Der Wille, die Sparpolitik im Rahmen der Offensive des Kapitals gegen die abhängig Beschäftigten fortzusetzen, und die Angst vor der Rezession waren stärker als die Gesundheit der Menschen schützen zu wollen.

Trotz der schnellen Fortschritte in der medizinischen und wissenschaftlichen Forschung ist es noch zu früh, um die weitere epidemiologische Entwicklung des SARS-CoV-2-Virus vorherzusagen: Wird es auf den Beginn der wärmeren Jahreszeit auf der Nordhalbkugel reagieren und wird die Krankheit zurückgehen? Wird es mutieren und wenn ja, wird es an Virulenz gewinnen oder verlieren? Ausgehend von China erfolgte die Ausbreitung der Krankheit auf einer Ost-West-Achse (Iran, Europa und die Vereinigten Staaten), wo die Bedingungen günstig waren. Doch jetzt ist das Virus auch

im Süden angekommen, wo es explodieren könnte, zum Beispiel beim nächsten Jahreszeitenwechsel, um dann umso stärker wieder den Norden zu befallen. Man kann zwar hoffen, dass bald Behandlungsmöglichkeiten gefunden werden, aber die Entwicklung eines Impfstoffs wird Zeit benötigen. Und zu erwarten, die Covid-19-Pandemie würde sich in kurzer Zeit von selbst erledigen, wäre unverantwortlich.

Das Virus verbreitet sich sehr schnell. Das Verhältnis der nachgewiesenen Infektionsfälle zur tatsächlichen Anzahl der Betroffenen ist mangels routinemäßiger Screening-Tests nicht bekannt, aber die Gefährlichkeit des Virus ist sehr wohl erwiesen. Die Sterblichkeitsrate (Letalität) kann von Land zu Land schwanken. Die Erkrankung verläuft angeblich in 80 % der Fälle gutartig und in 20 % schwerwiegend – darunter 5 % sehr schwerwiegend – und in etwa 2 % der Fälle tödlich. Ältere oder Menschen mit Vorerkrankungen sind nicht die einzigen, die ernsthaft gefährdet sind. Dort, wo die Epidemie explodiert, benötigen auch zunehmend jüngere Menschen eine Intensivbehandlung.

Die etablierten Medien und Regierungen konzentrieren sich auf die Unterschiede in der Sterblichkeitsrate nach Alter, aber wohlweislich nicht nach Klassenzugehörigkeit und darauf, wie unterschiedlich die Letalität je nach Einkommen und Vermögen verteilt ist. Sich in Quarantäne zu begeben oder Intensivpflege in Anspruch nehmen zu können, ist für 70-Jährige unterschiedlich einfach zu bewerkstelligen, je nachdem, ob man reich oder arm ist.

Es gibt in der Bevölkerung keine erworbene Immunität gegen das neuartige Coronavirus. Die Behandlung von Schwerkranken ist schwierig und erfordert modernste Ausrüstung und geschultes, kompetentes medizinisches Personal. Wo dies fehlt – oder wenn das Krankenhaus system überfordert ist – sterben viele Patient*innen, die heilbar wären. Wenn keine drastischen Maßnahmen ergriffen werden, würden von möglicherweise 4 Milliarden infizierten Menschen 80 Millionen sterben.

Die Covid-19-Pandemie sollte daher von allen fortschrittlichen kämpferischen Strukturen, einschließlich unserer Organisationen, sehr ernst genommen werden. Überall dort, wo sich die Epidemie entwickelt, müssen sehr strikte Maßnahmen ergriffen werden, um sie einzudämmen und die Bevölkerung zu schützen. Dies muss Priorität vor dem Funktionieren der kapitalistischen Wirtschaft haben. Überall müssen die Lehren aus den zuerst betroffenen Ländern gezogen werden, um sich auf eine mögliche Entwicklung vorzubereiten. Die Regierungen in

den noch nicht betroffenen Ländern müssen zu wirklichen Vorsorgemaßnahmen gezwungen werden.

Vorsorge, die den Namen verdient!

In den meisten betroffenen Ländern verwalten die Regierungen wegen fehlender Vorsorge nur den Mangel und machen manchmal aus der Not eine Tugend. Wo es sie gibt, müssen die Vorsorgepläne gestärkt und dort, wo es sie es nicht gibt, überhaupt aufgestellt werden.

Diese Pläne sollen die Umstrukturierung des Gesundheitssystems als Ganzes und die Mobilisierung aller notwendigen Ressourcen im Falle einer Epidemie vorbereiten, insbesondere eine sofortige Aufstockung des Personals der Gesundheitsdienste, die heute schon stark unterbesetzt sind.

Den Krankenhäusern wurden immer wieder die Budgets gekürzt, sie wurden geschwächt oder sogar privatisiert, obwohl sie eine der Säulen im Kampf gegen eine Epidemie sind, bei der es auf Intensivpflege ankommt. Die privaten Pflegedienste und die private Pharma- und medizinische Geräte- sowie Bedarfsgüterindustrie müssen unter öffentlicher und sozialer Kontrolle requiriert werden. Die Regierung des spanischen Staats musste bereits dazu übergehen, private Krankenhausbetten unter öffentliche Kontrolle zu stellen.

Strategische Bestände an Schutzkleidung, Desinfektionsmitteln und Testsätzen müssen sichergestellt werden und zwar vorrangig für die Beschäftigten im Gesundheitsbereich und anderen unverzichtbaren Diensten sowie für die am stärksten gefährdeten Sektoren der Bevölkerung.

Zu den Vorsorgeplänen gehört auch die medizinische und wissenschaftliche Forschung. Aber auch hier wurden wegen der Sparpolitik die Forschungsmittel, insbesondere die Coronaviren betreffend, reduziert oder gestrichen. Alle privaten Unternehmen in diesem Bereich müssen unter öffentlicher und sozialer Kontrolle verstaatlicht werden.

Südkorea hat gezeigt, wie nützlich massenhafte Screening-Tests sind, um die Dynamik der Epidemie zu verstehen und so früh wie möglich einzugreifen. Die öffentlichen Haushaltskürzungen haben jedoch dazu geführt, dass die Vorratsbestände nicht auf dem neuesten Stand gehalten wurden, wenn sie denn überhaupt existierten, was zu dramatischen Situationen führte. Ist das Material knapp, müssen die Schutzmittel vorrangig für das Gesundheitspersonal und dessen Angehörige reserviert werden und selbst dann wird es für diese Menschen möglicherweise nicht reichen.

Die Lebensbedingungen müssen durch die Aussetzung der Zahlungen für Miete, Hypotheken und Mietneben-

kosten gesichert werden. Es muss einen sofortigen Stopp aller Zwangsräumungen geben, es müssen Notunterkünfte mit allen notwendigen Einrichtungen für Obdachlose eingerichtet und leerstehende Wohnungen requiriert werden, um diese Menschen nicht in gesundheitsschädlichen Gebäuden zu belassen. Wer auf der Straße lebt, kann sich nicht selbst isolieren oder in Quarantäne begeben.

Die bevorstehende wirtschaftliche und soziale Krise, die durch die Pandemie ausgelöst, aber durch die Anhäufung von Problemen in der kapitalistischen Wirtschaft verursacht wurde, darf nicht Anlass für eine weitere Konzentration von Reichtum und die Zerstörung sozialer Rechte sein. Demgegenüber müssen die fortschrittlichen Kräfte auf Lösungen drängen, die auf der Umverteilung von Ressourcen basieren und auf das Gemeinwohl ausgerichtet sind.

Angesichts der grassierenden Epidemie mussten sehr strenge Maßnahmen ergriffen werden, um soziale Kontakte und Reisen zu begrenzen, was die Wirtschaftstätigkeit drastisch verringert. Die Pläne müssen daher massive Hilfe für die Bevölkerung beinhalten, um weitere Verarmung zu verhindern und sicherzustellen, dass niemand in Zeiten der Gesundheitskrise mittellos bleibt. Dies muss sowohl für Lohnabhängige wie auch Solo- und Scheinselbständige gelten. Die durch die Einschränkungen verursachten Kosten müssen durch eine Erhöhung der Steuern auf Profite und Unternehmensgewinne sowie auf die großen Vermögen getragen werden.

Soziale Selbstorganisation ist (über)lebenswichtig

Wir müssen von den Behörden verlangen, dass sie alle notwendigen Maßnahmen ergreifen, um die Gesundheit und das soziale Wohlergehen der Bevölkerung zu schützen, aber nichts wäre gefährlicher, als sich allein darauf zu verlassen. Die unabhängige Mobilisierung gesellschaftlicher Akteure ist unverzichtbar.

Die Arbeiter*innenbewegung muss für die Einstellung aller unnötigen Produktion und Transporte kämpfen, um sicherzustellen, dass die höchstmöglichen Bedingungen für den Gesundheitsschutz an den unverzichtbaren Arbeitsplätzen eingehalten werden und dass die Einkommen und Verträge der Arbeiter*innen im Falle von Arbeitslosigkeit oder Kurzarbeit vollständig erhalten bleiben. Es hat bereits Streiks gegeben, die die Stilllegung von Arbeitsplätzen für verzichtbare Produktion wie z. B. Autos fordern, beispielsweise bei Mercedes Benz in Vitoria im Baskenland. Andernorts sind Beschäftigte in unverzichtbaren Diensten, etwa in Krankenhäusern in Frankreich

oder bei der Müllabfuhr in Schottland, aktiv geworden, um bessere Sicherheitsbedingungen zu fordern.

Lokale Organisationen spielen auf vielen Ebenen eine wesentliche Rolle. Sie tragen dazu bei, die Isolation zu durchbrechen, in der sich die Menschen befinden können, insbesondere Frauen, die oft gezwungen sind, in Zeiten von Ausgangssperren einen noch höheren Anteil von Haus- und Kinderbetreuungsaufgaben zu übernehmen. Durch die Bekämpfung von Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und „LGBT+“-Phobie können sie sicherstellen, dass prekäre, Migrant*innen (besonders solche ohne Papiere) und diskriminierte Minderheiten nicht von dem Schutz ausgeschlossen werden, auf den sie Anspruch haben. Sie können Frauen helfen, für die die Ausgangssperre einen tödlichen Einschluss mit einem gewalttätigen Ehepartner bedeutet. Sie können dafür sorgen, dass tägliche Gesten des Abstandhaltens respektiert werden.

In vielen verschiedenen Ländern, etwa in Großbritannien, in den Niederlanden und in Frankreich, gibt es Basisorganisationen auf der Ebene eines Viertels oder eines Wohnblocks, die Hilfe für die anbieten, die sie benötigen (ältere Menschen, Behinderte, Menschen in Quarantäne), und – nicht selten zum ersten Mal – Kontakte herstellen. In Italien haben sich neben der praktischen Hilfe Gemeinschaften zusammengeschlossen, um die soziale Isolation zu durchbrechen und Solidarität durch Massensingen von ihren Balkonen aus zu zeigen.

Soziale Bewegungen müssen sich auf unabhängiges medizinisches und wissenschaftliches Fachwissen stützen können, um zu wissen, welche Maßnahmen wirksam und unverzichtbar sind, und sie müssen den internationalen Austausch fördern. Ärzt*innen und Forscher*innen sind aufgerufen, mit ihnen zusammenzuarbeiten.

Schließlich ist die Selbstaktivität der sozialen Bewegung eine unersetzliche demokratische Garantie. Der Autoritarismus der Mächtigen kann in Zeiten gesundheitlichen Notstands im Namen der Effizienz weiter zunehmen. Die breitestmögliche Mobilisierungseinheitsfront muss sich diesem herrschenden Trend entgegensetzen.

Eine globale Krise der kapitalistischen Gesellschaft

Eine Pandemie ist ein wichtiger Test für eine Gesellschaft. Die Situation in der norditalienischen Lombardei ist ein dramatisches Beispiel dafür, was mit der herrschenden Ordnung geschieht. Die Lombardei ist eine der reichsten Regionen Europas mit einem der besten Krankenhaussysteme. Dieses wurde jedoch durch die neoliberale Politik geschwächt. Es wird jetzt von der Flut schwerkranker

Patient*innen überschwemmt, bis zu dem Punkt, dass die Vereinigung der Anästhesist*innen in der Intensivmedizin dazu aufgefordert hat, die Patient*innen zu sortieren und nur diejenigen mit der höchsten Lebenserwartung zu behandeln, wobei die anderen sterben müssen.

Dies ist keine Ausnahmesituation vergleichbar etwa einem Erste Hilfe-Einsatz nach einem Unfall mit mehreren Opfern, wenn entschieden werden muss, wer zuerst behandelt werden soll, sondern es ist ein Systemversagen, das mit einer anderen Gesundheitspolitik hätte vermieden werden können. Ausgerechnet in Friedenszeiten führen die bekannten Kürzungen dazu, dass man zur Kriegsmedizin greift, bei der man es aufgibt, alle zu retten! Dies ist ein erschreckender Bruch der Solidarität, der in einer der wirtschaftlich und im Gesundheitssektor am weitesten entwickelten Regionen der Welt stattfindet – und der morgen anderswo in Europa stattfinden kann.

Die herrschende kapitalistische Ordnung muss rückhaltlos bekämpft werden

Die Frage ist nicht, ob sich die Covid-19-Pandemie morgen „normalisieren“ wird, sondern auf Kosten von wie vielen Todesfällen und von wie viel sozialen Verwerfungen. Dies ist eine immer wiederkehrende Frage, da wir in einer Zeit wiederkehrender großer Epidemien (SARS, AIDS, H1N1, Zika, Ebola ...) leben. Die inzwischen chronische Gesundheitskrise geht einher mit der globalen ökologischen Krise (die globale Erwärmung ist eine ihrer Facetten), dem permanenten Kriegszustand, der Instabilität der neoliberalen Globalisierung und der Finanzialisierung des Kapitals, der Schuldenkrise, der Zunahme von Prekarität und dem Zerfall des sozialen Gefüges, der Ausbreitung zunehmend autoritärer Regime, Diskriminierung, Rassismus und Fremdenfeindlichkeit ...

Die Bekämpfung der Gesundheitskrise erfordert konkret die Bekämpfung der Diktatur der transnationalen Konzerne und der pharmazeutischen oder agrarindustriellen Interessenverbänden, denen wir eine bäuerliche Agrar- und Forstwirtschaft gegenüberstellen müssen, die eine Wiederherstellung ausbalancierter Ökosysteme ermöglicht. Sie erfordert eine Stadtreform, um den ungesunden Megastädten ein Ende zu setzen. Sie erfordert allgemein der Logik des Profits die der kostenlosen Gesundheitsversorgung entgegenzusetzen: Jede kranke Person muss unabhängig von ihrem sozialen Status kostenlos behandelt werden ... Unser Leben ist mehr wert als ihre Profite.

Ökosozialismus ist die Alternative zu dieser globalen Krise der kapitalistischen Gesellschaft. Die Antwort auf

die Gesundheitskrise sollte eine Mobilisierung gemeinsam mit den anderen kämpfenden Sektoren sein, um diese Alternative aufzubauen. Eine solche Konvergenz der Kämpfe der ökosozialistischen, feministischen und Arbeiter*innenbewegung muss das Ziel haben, das kapitalistische System, das uns und den Planeten tötet, zu stürzen und eine neue Gesellschaft aufzubauen.

17. März 2020

■ Übersetzung: Björn Mertens



DIE WAHREN SEUCHEN SIND SOZIALE UNGLEICHHEIT UND KAPITALIS- TISCHE GLOBALI- SIERUNG

Ein Gespenst geht um in der Welt, aber leider nicht das des Kommunismus, sondern das einer sich in rasender Geschwindigkeit ausbreitenden Corona-Pandemie. **Klaus Engert**

„Ich sage also, daß seit der heilbringenden Menschwerdung des Gottessohnes eintausenddreihundertachtundvierzig Jahre vergangen waren, als in die herrliche Stadt Florenz, die vor allen andern in Italien schön ist, das tödliche Pestübel gelangte, welches – entweder durch Einwirkung der Himmelskörper entstanden oder im gerechten Zorn über unseren sündlichen Wandel von Gott als Strafe über den Menschen verhängt – einige Jahre früher in den Morgenlanden begonnen, dort eine unzählbare Menge von

Menschen getötet hatte und dann, ohne anzuhalten, von Ort zu Ort sich verbreitend, jammerbringend nach dem Abendlande vorgedrungen war.“ (Giovanni Boccaccio, Vorrede zu „Decamerone“)

Seit der Pestepidemie von 1348, auf die sich Boccaccio bezieht, und die die Rahmenhandlung seines um 1350 entstandenen „Decamerone“ bildet, ist die Wissenschaft in der Ursachenforschung zwar deutlich weitergekommen, wie das vorstehende Zitat belegt, stoppen konnte sie jedoch bisher das periodische Auftreten von Epidemien und Pandemien nicht. Die derzeitige SARS COVID19-Pandemie war ebenso wenig zu verhindern wie seinerzeit die Pest oder die Pocken, auch wenn vor dem Auftreten derartiger Ausbrüche bereits vor Jahren gewarnt wurde (s. unten).

Warum ist die (medizinische) Bekämpfung des Coronavirus so schwierig?

Das hat nicht nur einen einzigen Grund:

- Erstens handelt es sich um eine neuartige Viruserkrankung, die nach allen bisher verfügbaren Erkenntnissen als Zoonose (Erkrankung von Tieren) begann und dann auf den Menschen „übersprang“. Deshalb gibt es keine natürliche Immunität – sie muss erst erworben werden.

- Zweitens weist das Virus einen – soweit wir derzeit wissen – eher niedrigen Manifestationsindex auf. Das ist der Index, der beschreibt, wie viele der mit dem Virus infizierten Personen auch tatsächlich erkranken. Einige Wissenschaftler gehen davon aus, dass die derzeitigen Zahlen an positiv getesteten Personen mit zehn bis zwanzig multipliziert werden müssen, um die reale Zahl an Virusträgern zu erhalten. Ca. 80 % der Infizierten weisen keine oder allenfalls leichte Symptome auf – sind aber natürlich trotzdem ansteckend. (Zum Vergleich: Das Pockenvirus, das bis zu seiner Ausrottung in der Geschichte für zahlreiche verheerende Epidemien weltweit verantwortlich war, hatte einen Manifestationsindex von annähernd 100 %, so dass klar war, wer infiziert war, und wer nicht.)

- Drittens sind die Erkrankungssymptome, insbesondere bei den nur leicht Erkrankten, sehr unspezifisch und ähneln denen anderer Erkältungskrankheiten wie der Grippe, eines banalen Reizhustens (oder auch den Symptomen einer Malaria, was die Länder des globalen Südens betrifft). Auch hier gibt es einen entscheidenden Unterschied zu Pest oder Pocken: Hier waren die Symptome eindeutig und auch sichtbar, die Diagnosestellung entsprechend einfach.

- Viertens gibt es bisher weder einen wirksamen Impfstoff noch eine wirkliche Behandlung – letzteres trifft übrigens auf die meisten Viruserkrankungen zu. Die Behandlung besteht derzeit im Prinzip in Symptomkuriererei; auch bei der künstlichen Beatmung wird nur versucht, das Lungenversagen zu verhindern, bis das Immunsystem mit dem Virus selber fertig geworden ist.

- Fünftens konnten aus den oben genannten Gründen die Betroffenen erst nach Entwicklung eines zuverlässigen Testverfahrens zweifelsfrei identifiziert werden, wobei die Testkapazitäten immer noch bei weitem nicht ausreichen.

- Und, last but not least, hat sechstens die Verfasstheit einer Gesellschaft entscheidenden Einfluss auf die Bekämpfungsmöglichkeiten und die Ausbreitung – doch dazu weiter unten mehr.

Aus epidemiologischer Sicht bleiben in einer solchen Situation nur zwei Optionen, die derzeit sozusagen kombiniert angewendet werden: Die Identifizierung und Isolierung der potentiell Infizierten, um die Ansteckungskette zu unterbrechen einerseits, also Quarantäne, und das Hoffen auf die Entwicklung einer sogenannten Herdenimmunität andererseits, bis ein wirksamer Impfstoff und/oder ein wirksames Medikament auf dem Markt ist/sind. Herdenimmunität bedeutet, grob gesagt, eine Verteilung von Immunität, die eine Population vor neuen Infektionen schützt. Man geht davon aus, dass zum Erreichen dieses Punktes etwa 60-70 % der Bevölkerung immun, also mit dem Virus in Kontakt gekommen sein müssen.

Die erstere Option (die der Quarantäne) wird derzeit in mehr oder weniger großem Umfang wahrgenommen: Selbstisolierung, Ausgangssperren usw. usf. Wirklich beenden kann man aber die Pandemie damit nicht, das gelang bisher nur bei Erkrankungen, bei denen (siehe oben) aufgrund der eindeutigen Erkennbarkeit so gut wie alle Betroffenen identifiziert und isoliert werden konnten.

Der inhärente Widerspruch zur zweiten Option besteht darin, dass sich eine schnelle Herdenimmunität (immer vorausgesetzt, dass die Infektion eine mehr oder weniger lange Immunität hinterlässt, was man derzeit noch nicht weiß, was aber nach Erfahrungen mit ähnlichen Viren wahrscheinlich ist) nur erreichen lässt, wenn man der Pandemie ihren Lauf lässt, das heißt, eben nicht isoliert. Das ist dann allerdings naturgemäß mit einer hohen Zahl an Toten verbunden, auch wenn bei genauer Analyse der entsprechenden Daten (und unter Berücksichtigung der weiter oben erwähnten Dunkelziffer) die Sterblichkeit im Vergleich zu anderen Viruserkrankungen wie etwa

Ebola eher niedrig ist und (nach persönlicher Meinung des Autors) prozentual nicht sehr viel höher als die der jährlich auftretenden Influenza sein dürfte. Diese Ansicht wird dadurch gestützt, dass die Sterblichkeitsrate in den verschiedenen Ländern stark schwankt und dies mit der Anzahl an durchgeführten Tests korreliert: In Deutschland werden derzeit weltweit die meisten Tests durchgeführt (wenn auch längst nicht genug, um genauere Zahlen betreffend Infektiosität, Morbidität und Mortalität zu bekommen, bessere Daten sind erst nach Abschluss der derzeit laufenden Stichprobenuntersuchungen, u. a. in München, zu erwarten), und gleichzeitig ist die Sterblichkeitsrate deutlich niedriger als anderswo. Aber da im Gegensatz zur Influenza in der Bevölkerung keinerlei Immunität gegen COVID19 besteht, wären die absoluten Zahlen tatsächlich sehr hoch. Nehmen wir einmal an, 60 % der Deutschen würden sich infizieren und die derzeitige Mortalitätsrate von ca. 1,5 % (in Deutschland) würde sich bestätigen, so hätten wir es mit 720 000 Opfern zu tun. Bei einer Mortalitätsrate von 0,1 % bis 0,2 %, wie sie bei den Influenzafällen angenommen wird, wären es immerhin noch 48 000 bis 96 000 Sterbefälle.

Über die allgemeine Maskenpflicht wird übrigens unter Epidemiologen aufgrund des eben angesprochenen Widerspruchs auch heftig gestritten. Unter dem Gesichtspunkt der Herdenimmunität und unter Berücksichtigung des sehr unterschiedlichen Erkrankungsrisikos der verschiedenen Altersgruppen wäre ein gezielter Schutz nur der entsprechenden Risikogruppen unter Umständen zielführender.

Aber die derzeitige Strategie ist eine andere: Es handelt sich um den Versuch, die Ausbreitung des Virus, die man aus den genannten Gründen nicht verhindern kann, so zu verlangsamen, dass man einerseits Zeit für die Entwicklung von Impfstoffen und Medikamenten gewinnt (daran und auch an Schnelltestverfahren wird heftig gearbeitet, garantieren sie doch hohe Profite) und andererseits die Belastung des in einigen Regionen bereits kollabierenden Gesundheitssystems, das in den letzten Jahren kaputtgespart wurde, möglichst in Grenzen hält.

Kapitalismus und Pandemie

Gemäß des bisher Erläuterten könnte man zu dem Schluss kommen, dass es sich bei der innerhalb weniger Wochen den gesamten Globus betreffenden Seuche um ein schicksalhaftes Geschehen handle. Das ist nur teilweise richtig. Sieht man einmal von den in derartigen Fällen regelhaft grassierenden Verschwörungstheorien ab, die ja auch schon

zu Zeiten der HIV- und Ebolaepidemie verbreitet wurden (bei Boccaccio war es der Zorn Gottes, heute sind es in geheimen Labors – wahlweise der CIA oder Israels – gezüchtete Viren, neuestens die Strahlung des neuen Mobilfunkstandards ...), so bleibt dennoch festzustellen, dass die Entstehung der Pandemie, die Probleme bei der Bekämpfung und insbesondere die exorbitante Geschwindigkeit, in der das Virus sich ausbreitet, nicht ohne einen Rekurs auf die aktuelle Verfasstheit der globalen Ökonomie – vulgo: den Kapitalismus – zu verstehen sind.

Was die *Entstehung* betrifft, so hat in der TAZ vom 31.3. die Biologin Simone Sommer von der Universität Ulm, die sich dort schwerpunktmäßig seit 2014 mit „Ecohealth“ beschäftigt, zu Recht darauf hingewiesen, dass in stark gestörten Ökosystemen mit geringer Biodiversität Epidemien wahrscheinlicher werden – und damit auch eine Mutation, also ein genetischer Wandel eines Erregers, durch den er von einem Wildtier, z. B. der Fledermaus, die an ihn angepasst ist, über die Artgrenze auf den Menschen überspringen kann. Auf dieser Beobachtung beruht auch die Warnung von Leuten wie Bill Gates, der bereits 2015 warnte, dass neue Pandemien unmittelbar bevorstünden. Die fortschreitende Umweltzerstörung durch die Zurichtung des Globus unter dem Gesichtspunkt der Kapitalverwertung mit der Folge des Artensterbens ist eine der Ursachen für die Entstehung von Seuchen wie der derzeitigen.

Aber auch die Massentierhaltung begünstigt derartige Phänomene, wie wir es seinerzeit bei der sog. Schweinegrippe erlebt haben, denn die Überschreitung von Artengrenzen findet nicht nur zwischen Tier und Mensch, sondern auch zwischen verschiedenen Tierspezies statt (einmal abgesehen davon, dass es sich beim Menschen letztendlich auch nur um eine Wirbeltierspezies handelt ...). Die einzelnen Bestandteile des Schweinegrippevirus beispielsweise stammten von einem nordamerikanischen Schweine-Influenzavirus, dem Virus einer nordamerikanischen Vogel-Influenza, einem menschlichen Influenzavirus und einem Schweine-Influenzavirus aus Eurasien, das bis dahin in den USA nicht aufgetreten war. Ernstzunehmende Hinweise deuteten darauf hin, dass das Virus in einem Gebiet in Mexiko entstanden war, in dem nicht nur riesige Schweine-, sondern gleichzeitig auch Geflügelfarmen beheimatet sind.

Was nun die Probleme bei der *Bekämpfung* angeht, so dämmert es inzwischen selbst den glühendsten Verfechtern einer globalisierten kapitalistischen Ökonomie, dass die zentralisierte Produktion von medizinischem Material in Billiglohnländern wie Indien und China – sei es

Verbrauchsmaterial wie Masken und Schutzkleidung oder seien es Medikamente und Impfstoffe – zwar hervorragend zur Profitmaximierung geeignet ist, aber in Zeiten einer Pandemie ein hohes Risiko darstellt: 80 % der Produktion von diesem Material fand bisher in China statt und jede zweite Impfdosis weltweit kommt aus Indien. Der rührende Versuch, mit der Veröffentlichung von Bastelanleitungen für Masken in allen Boulevardmedien Abhilfe zu schaffen, illustriert die Hilflosigkeit der nationalstaatlichen Behörden gegenüber den ganz normalen Mechanismen der internationalen Kapitalverwertung und ihren Konsequenzen. Nebeneffekte im Rahmen der laufenden Pandemie waren, nebenbei gesagt, auch bei Medikamenten zu verzeichnen, die nichts mit der Bekämpfung des Coronavirus zu tun haben, da in dem hauptbetroffenen Gebiet Wuhan auch einige der größten Pharmafabriken angesiedelt sind, die einen erheblichen Teil der Grundstoffproduktion für die ganze Welt durchführen. (Ob allerdings aus den aktuellen Ankündigungen, die Produktion wieder zu dezentralisieren, etwas wird, sobald der Pulverdampf verfliegen sein wird, darf bezweifelt werden.)

Die *Ausbreitungsgeschwindigkeit* einer Epidemie oder Pandemie ist von mehreren Faktoren abhängig, im Wesentlichen von folgenden: Zum einen natürlich von der Kontagiosität eines Erregers, d. h. davon, wie leicht oder schwer ein Erreger auf den verschiedenen, jeweils erregertypischen Infektionswegen übertragen werden kann. Nicht alle Bakterien oder Viren sind gleich ansteckend, nicht alle werden direkt von Mensch zu Mensch weitergegeben. Einige Erreger werden nur durch intensiven Kontakt übertragen, wieder andere sind dagegen so hochansteckend, dass schon ein Aufenthalt im selben Zimmer für eine Infektion ausreicht. Das Pockenvirus beispielsweise konnte bis zu einer Distanz von 20 Metern auf dem Luftweg eine Infektion auslösen. Zum zweiten spielt allerdings eine Rolle, wie wahrscheinlich es ist, dass eine größere Zahl von Menschen mit dem Erreger in Kontakt kommt. Und da wären wir beim Problem der Mobilität. Die globale Ausbreitung der kapitalistischen Produktionsweise ist nicht nur mit einem rasanten Wachstum der Bevölkerung und einer Verdichtung derselben in städtischen Zentren (was für die Übertragung von Krankheiten auch eine große Rolle spielt), sondern mit einer ebenso exorbitant zunehmenden Mobilität verbunden. Dabei gibt es zum einen die zwangsweise Mobilität (Landflucht, Migration, Vertreibung, Wanderarbeit etc.), und zum anderen die sozusagen freiwillige in Form des Massentourismus. Hinzukommt die Mobilität des Warenverkehrs.

(Mit den ökologischen Folgen dieses Prozesses soll sich an dieser Stelle nicht befasst werden, aber hinzuweisen ist darauf insofern, als die Umweltzerstörung durch Ausbau der entsprechenden Verkehrsinfrastruktur zu dem rasanten Artensterben erheblich beiträgt und damit, wie weiter oben erwähnt, das Auftreten von Pandemien wie der derzeitigen begünstigt.) Pandemien, auch wenn sie es schon in vergangenen Jahrhunderten gab, breiteten sich damals im Vergleich zu heute eher langsam aus, häufig blieb eine Epidemie über einen längeren Zeitraum auf ein bestimmtes Gebiet begrenzt, wenn nicht zusätzliche Faktoren zu einer abrupt erhöhten Mobilität führten – das waren in der Regel Kriege.

Um zusammenfassend einen berühmten Satz von Max Horkheimer zu paraphrasieren: Wer aber vom Kapitalismus nicht reden will, sollte auch von Pandemien schweigen.

Pandemie, Rassismus und der globale Süden

Der Hype um die Coronapandemie ist nicht durch die absoluten Zahlen an Erkrankten und Verstorbenen zu erklären. Machen wir einmal eine fiktive Rechnung auf: Vorausgesetzt, das Virus breitet sich ohne jegliche Maßnahmen zur Eindämmung global ungehindert bis zum Erreichen der sogenannten Herdenimmunität (s. o.) aus, dann müssten sich bei einer derzeitigen Weltbevölkerung von 7,75 Milliarden Menschen mindestens 4,65 Milliarden infizieren. Geht man von einer Sterblichkeit von 2 % aus, würden 93 Millionen weltweit versterben, bis die Pandemie sozusagen „ausgetrocknet“ wäre. Bei einer Sterblichkeit wie bei der der Influenza (0,2 %) wären es immerhin noch 18,6 Millionen. Das wäre, wohlgemerkt, der worst case, der nur dann eintreten würde, wenn zum einen keinerlei Maßnahmen ergriffen und zum anderen in absehbarer Zeit weder Impfstoffe noch Medikamente entwickelt würden – also eher unwahrscheinlich, denn es werden derzeit weltweit Billionen von Dollar in die Bekämpfung der Pandemie samt deren wirtschaftlicher Folgen gepumpt.

Derzeit (Stand: 7.4.2020) haben wir es demgegenüber seit Ausbruch der Pandemie innerhalb von 4 Monaten mit ca. 1,4 Millionen Infizierten und 82 000 Todesfällen zu tun. Auch wenn diese Zahlen, insbesondere was das subsaharische Afrika betrifft, bezweifelt werden müssen (es gibt z. B. kaum Testkapazitäten, in Nigeria z. B. derzeit neun Labore für 200 Millionen Einwohner), sollte man – ein Schelm, wer Böses dabei denkt – einmal die Anstrengungen und den Mitteleinsatz, die gegenwärtig betrieben

werden, mit denen betreffend andere globale Massenerkrankungen vergleichen.

Die Infektionskrankheit mit der weltweit höchsten Sterblichkeit ist nach wie vor die Tuberkulose. Laut dem WHO-Tbc-Bericht von 2020 starben im Jahr 2018 1,2 Millionen Menschen an der TBC, die HIV-negativ waren, und zusätzlich 251 000 HIV-positive Personen.

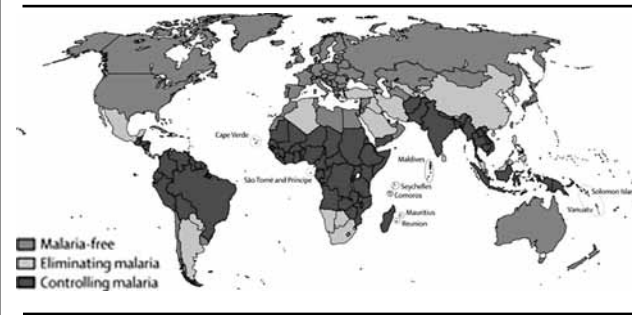
An der Malaria starben zwischen 2010 und 2018 weltweit 4,26 Millionen Menschen, also im Schnitt 500 000 im Jahr – 24 % davon allein in Nigeria (und davon waren 67 % Kinder im Alter von unter 5 Jahren). Infiziert hatten sich laut WHO 2018 ca. 228 Millionen Menschen, damit lag (und liegt) die Sterblichkeit bei knapp über 0,2 %.

Die beiden genannten Erkrankungen haben drei Dinge gemein: Erstens sind sie eigentlich gut behandelbar, zweitens treffen die Todesfälle in erster Linie die arme Bevölkerung und drittens sind sie vorwiegend im globalen Süden beheimatet. Die Malaria ist seit etwa 1950 in Europa ausgerottet, die TBC betrifft, von Russland abgesehen, wo sie wieder zunimmt, ebenfalls vorwiegend den Süden; weit überwiegend Afrika. (Grafik 1)

Der Grund, warum die Coronapandemie eine solche Aufregung verursacht, liegt schlicht darin, dass die industrialisierten Staaten des Nordens von ihr betroffen sind. Solange Erkrankungen auf die armen Staaten des Südens beschränkt bleiben, werden nicht annähernd vergleichbare Anstrengungen unternommen, um sie unter Kontrolle zu bringen. Die globale Solidarität und das „wir sind eine Welt“ werden erst dann beschworen, wenn es denen, die an der Armut der anderen profitieren, an den Kragen zu gehen droht. Die Weltgesundheitsorganisation WHO muss jedes Jahr um das Geld betteln, das für den Kampf gegen Malaria, TBC und andere eigentlich behandel- und verhinderbare Erkrankungen in den Regionen des Südens gebraucht wird – vergleicht man das mit den Summen, die jetzt gegen die Folgen der Pandemie eingesetzt werden, sind das tatsächlich peanuts. Und gleichzeitig drohen Leute wie Trump dann noch mit der Einstellung der Zahlungen an die WHO. Darin liegt die rassistische Komponente der derzeitigen Seuchenbekämpfungsstrategie.

Und es kommt noch etwas hinzu: Der eingangs angesprochene eingeschlagene Weg der Eindämmung hat für unterschiedliche Regionen und auch konkret für die betroffenen Individuen ganz unterschiedliche Auswirkungen. In den Ländern des Südens versucht man derzeit, die Rezepte, die im Norden angewendet werden, zu kopieren, d. h. Grenzsicherungen, Ausgangssperren und Schließung von Geschäften. Der Unterschied ist, dass

GRAFIK 1: BEISPIEL MALARIA



kein Geld für flankierende Maßnahmen da ist (oder, wenn es da ist, nicht ausgegeben wird). In Ländern, in denen es bei der überwältigenden Mehrheit der Bevölkerung keine Absicherung gegen Arbeitslosigkeit gibt, ein großer Teil im informellen Sektor arbeitet und praktisch keine finanziellen Rücklagen bilden konnte, führt eine solche Strategie ins (noch größere) Elend. Allein in Lagos/Nigeria arbeiten von 20 Millionen Einwohnern 5 Millionen Menschen als Tagelöhner, und all die im informellen Bereich tätigen Straßenhändler, Taxifahrer usw. leben mit ihren Familien ebenfalls von der Hand in den Mund. Die aktuelle Ausgangssperre beraubt sie jeglichen Einkommens. Das wird unweigerlich nicht nur zu Hunger führen, sondern auch zu vermehrter Kriminalität und vermutlich zu (stellenweise bereits zu beobachtenden) sozialen Unruhen. Die unübersehbare Präsenz des Militärs auf den Straßen von Lagos und in Ländern wie Südafrika, Uganda oder Kenia, wo es im Rahmen der Durchsetzung der Ausgangssperre bereits mehrere Todesopfer gab, zeigt, dass die Regierungen sich der Gefahr durchaus bewusst sind.

Angesichts dieser Sachlage ist die Frage nicht unberechtigt, ob nicht im Endeffekt in solchen Ländern mehr Menschen an den Risiken und Nebenwirkungen der Bekämpfungsmaßnahmen sterben werden, als an der Pandemie selbst. Dazu wird es aber mit Sicherheit keine vom Robert Koch Institut oder der Johns Hopkins University täglich upgedateten Zahlen mit hübschen Tabellen geben.

Damit will ich es genug sein lassen und als Schlusssatz den des Giovanni Boccaccio aus seiner Vorrede zum „Decamerone“ zitieren:

„Es schmerzt mich, so lange bei solch großem Elend zu verweilen.“

WIRTSCHAFTS- KRISE NUR WEGEN CORONA- PANDEMIE?

Mit dem seit Ende März allseits konstatierten Beginn einer Wirtschaftskrise stellen sich vorrangig zwei Fragen: Inwieweit ist die Corona-Pandemie der Ausgangspunkt (oder gar die Ursache) dieser Krise? Und zweitens: Kann mit den beschlossenen Hilfsprogrammen eine tiefgreifende, langanhaltende Rezession verhindert werden? **Jakob Schäfer**

Obwohl seit Monaten (mindestens seit Mitte 2019) ausreichend Daten zur wirtschaftlichen Entwicklung vorliegen, versuchen auch heute noch (Ende März/Anfang April 2020) diverse Ökonomen – und mehr noch die großen Medien – die Mär vom schwarzen Schwan aufrecht zu erhalten. Demnach sei es dem „außerökonomischen“ und vor allem „unvorhersehbaren“ Ereignis der Corona-Krise geschuldet, dass die Weltwirtschaft in eine Rezession „schlittert“.

Bevor wir auf die Ursachen der angelaufenen Krise eingehen, zunächst ein paar Belege für die krisenhafte Entwicklung schon in den Jahren 2018/19.

Am 5. Juli 2019 schrieb *Finanzmarktwelt*: „Auftragseingänge der deutschen Industrie: Katastrophaler Absturz!“¹ Diese Entwicklung bei den Auftragseingängen setzte aber schon Anfang 2018 ein.² Ein kleines Zwischenhoch gab es nur im Januar 2020, aber nur bezogen auf den Vormonat, also Dez. 2019, der aber mit -2,08 % gegenüber Nov. 2019 besonders schlecht abgeschnitten hatte.³

Die Auftragseingänge sind die Vorboten einer Entwicklung, die sich in Deutschland und in den meisten Ländern der Euro-Zone – aber auch in großen Teilen der Weltwirtschaft – im gesamten Jahr 2019 durchsetzte. Das reale Wachstum ging immer weiter zurück und glitt stellenweise schon in die Rezession. Eine kapitalistische Wirt-

schaft braucht aber für ihr „normales“ Funktionieren (also zur Aufrechterhaltung der Durchschnittsprofitrate und zur Vermeidung vermehrter Pleiten) ein Wirtschaftswachstum von zwei, besser von drei Prozent. 2019 lag das Wachstum der Weltwirtschaft schon ganz nahe an den 2,5 %, die der IWF als „stall speed“ bezeichnet, also als Mindestwachstum, das einen Absturz verhindert.

An anderer Stelle schrieb ich: „Die Krise begann 2018/2019. International gehen die Anfänge der krisenhaften Entwicklung auf das Jahr 2017 zurück, was ganz nebenbei auch einer der entscheidenden Faktoren für den Handelskrieg war und immer noch ist, losgetreten vor allem von der US-Administration („America first“). Diese krisenhafte Entwicklung hat sich dann 2018 und vor allem 2019 auf weite Teile der Weltwirtschaft ausgedehnt. Starke Rückgänge des BIP-Wachstums gab es vor allem in China, aber auch in Japan, Frankreich, Deutschland usw. So ging beispielsweise die Automobilproduktion in Deutschland von Oktober 2018 auf Oktober 2019 um 14 Prozent zurück (*Financial Times* 6./7. Dez. 2019). Allein im letzten Quartal 2019 ging in Deutschland auch der Umsatz im Maschinen- und Anlagenbau zurück, nämlich um 4,4 %.“⁴

In der Gesamtwirtschaft der BRD ging die Produktion von Vorleistungsgütern und Investitionen von Oktober 2018 auf Oktober 2019 um 3,6 % zurück. (Allein von September 2019 auf Oktober 2019 reduzierte sich die Gesamtproduktion um 1,7 %.) Und dabei blieb es nicht: Noch bevor das Ausmaß der Corona-Krise in Italien sichtbar war, sank der Einkaufsmanager-Index (die Datenerhebung war vor dem 21. Feb. 2020 abgeschlossen) in Italien um 0,2 auf 48,7 (alles unter 50 ist klares Zeichen einer Krise). Auch in Frankreich fiel in dieser Zeit der Index, und zwar um 1,3 Punkte auf 49,8. Noch schlimmer war es in Südafrika, wo der Index von Januar auf Februar von 45,2 auf 44,3 Punkte gefallen war, der siebte Rückgang in Folge.

Diese Gesamtentwicklung setzte sich auch Anfang 2020 (noch vor der „Corona-Krise“) ungebrochen fort. Die Exporte der BRD gingen im Januar 2020 gegenüber dem Vorjahresmonat um 2,1 % zurück, die Importe um 1,8 %.⁵ Das International Institute of Finance (IIF, das Forschungsinstitut der großen internationalen Banken) sagt für das erste Halbjahr 2020 einen Rückgang der Wirtschaftsleistung von annähernd 10 Prozent in den USA und fast 15 % in Europa und 2,8 in Japan voraus. Danach werde die Wirtschaft wieder anziehen. Einen wirklichen Anhaltspunkt, um die gewagte Prognose für

das zweite Halbjahr zu stützen, führt das Institut allerdings nicht an.

Interessengeleitete Prognosen

Wie sehr die internationalen Institutionen auch nach dem offensichtlichen Ausbruch der Krise immer noch der Entwicklung hinterherlaufen, zeigt eine Analyse des IIF vom 23. März 2020.⁶ Aber auch *statista* zeichnete (mindestens bis zum 20.3.) noch ein recht rosiges Bild und prognostiziert für 2020 ein Welt-BIP von 90,52 Bill. Dollar.⁷ Ein Wachstum von 4,5 % in diesem Jahr (2019 betrug das Welt-BIP nämlich gerade mal 86,6 Bill. Dollar) ist vollkommen illusorisch.

Ständig werden die Prognosen überholt. Am 12.3.2020 schrieb *Finanznet*: „Der ifo-Geschäftsklimaindex sank auf 86,1 (Februar: 96,0) Punkte, wie das ifo-Institut in zweiter Veröffentlichung mitteilte. Das war der tiefste Stand seit Juli 2009. Die von *Dow Jones Newswires* befragten Volkswirte hatten einen Stand von 87,4 Punkten prognostiziert.“⁸

Wie groß die Rückgänge tatsächlich liegen werden, ist heute noch nicht abzuschätzen. Die gewaltigen, jetzt aufgelegten Hilfsprogramme werden einiges abmildern, im Wesentlichen aber nur vorübergehend. Größte Zweifel sind angesagt, was die Belebung der Wirtschaftstätigkeit ab Mitte des Jahres angeht. Dies hat tiefer liegende Ursachen, die in die Berechnungen des IIF nicht einfließen, denn auch dieses Institut will mit Zuversichts-Prognosen Politik betreiben, um nicht zuletzt darüber die Bank-Aktienkurse zu stützen.

Corona-Pandemie als Auslöser für den Crash

„Yves Lamoureux, der Präsident des makroökonomischen Forschungsunternehmens Lamoureux & Co. habe, bereits Monate zuvor, vor zu viel Optimismus für Aktien gewarnt. Der Experte habe bereits seit Oktober 2019 über die, wie er es nannte, ‚globale Finanzkrise 2.0‘ zu sprechen begonnen. Er selbst habe bereits im Dezember begonnen das Gros seiner Aktien abzustoßen, bevor die große Corona-Panik die Märkte packte. [...] ‚Ich denke, nach 10 Jahren mit Steroiden würde ich sagen, dass dieser Markt sehr fragil ist. Ich suchte nach etwas, was den Bullenmarkt ausschalten könnte. Das Virus war die Nadel, die die Blase zum Platzen brachte‘, gibt MarketWatch Lamoureux wieder.“⁹

Ohne Zweifel hat die Corona-Pandemie den Leugnern der krisenhaften Entwicklung einen Strich durch die Rechnung gemacht und nun die Krise offen ausbrechen

lassen. Heute schon steht fest, dass die wegen der Corona-Pandemie eingetretenen Produktionseinschränkungen zu einer beträchtlichen Verschärfung der Krise beitragen. Die ILO rechnet für dieses Jahr mit dem Verlust von bis zu 25 Mio. Jobs durch die Corona-Krise.¹⁰ Doch selbst das ist noch eine sehr konservative Schätzung.

Wie nervös die Kapitalanleger inzwischen geworden sind, zeigt die Entwicklung des VIX, also des Maßes an Kurschwankungen an den Börsen¹¹. Der S&P 500 Volatility (wie der VIX offiziell heißt) ging Anfang März sprunghaft auf über 80 hoch (Spitzenwert 82,69), aber noch wichtiger als die Nervosität, die sich in den gewaltig gesteigerten Aktienkäufen und -verkäufen ausdrückt, ist die anhaltende Dauer dieser Verunsicherung. Dies widerspricht allen Verschwörungstheorien, die diese Schwankungen nur dem gezielten Eingreifen großer institutioneller Anleger zwecks Aktienmanipulationen zuschreiben. Und noch ein Beleg: Seit Ende Februar findet eine auffällige Rückholaktion von Aktiva in die Heimatländer der Wertpapierbesitzer statt. Allein im Februar und März 2020 wurden auf diese Weise 55 Mrd. Dollar aus den Schwellenländern abgezogen, das Doppelte des Betrags, der in der Krise 2008/09 in die USA zurückgeholt wurde (mehr dazu bei Adam Tooze¹²).

Zu den Ursachen der Krise

Die kapitalistische Wirtschaft bewegt sich wellenartig. Anders ausgedrückt: Sie folgt einer zyklischen Bewegung von Nachfrage nach Waren, Zinsen und kommerziellem Kredit. Dabei kommt es regelmäßig zu den Phasen Ruhe, Belebung, Prosperität, Überproduktion, Krach, Rückgang, Stagnation, Belebung ...¹³

Die Ursache: Es liegt in der Natur der kapitalistischen Produktionsweise, dass aufgrund fehlender gesamtgesellschaftlicher Planung – das Konkurrenzprinzip lässt dies per se nicht zu – in mehr oder weniger regelmäßigen Abständen Produktionskapazitäten aufgebaut werden, die gesamtgesellschaftlich nicht mehr in ausreichendem Maß genutzt werden können. Die Überproduktionskrisen sind also in erster Linie Krisen der Kapitalverwertung. Investitionen in Anlagen können nicht mehr gewinnbringend genutzt werden und müssen – mindestens teilweise – abgeschrieben werden, was in aller Regel zu einem starken Anstieg der sowieso vorhandenen strukturellen Erwerbslosigkeit führt.

Die Krisen gehen seit geraumer Zeit tiefer, als das noch bis Mitte der 1970er Jahre der Fall war. Die Hintergründe: Seit Anfang der 1980er Jahre geht die Kapital-

rendite deutlich zurück und konnte nur im Rahmen der Durchsetzung neoliberaler Politik – vor allem auf Kosten des Lebensstandards der Mehrheit der lohnabhängigen Bevölkerung – gut zwei Jahrzehnte lang einen kleinen Aufschwung nehmen. Doch die Heilmittel Lohnsenkung und Prekarisierung zur Sanierung der Profite stoßen seitdem an ihre Grenzen. Der erste größere Einbruch war dann das Platzen der sogenannten Dot.com-Blase (ab 2001); noch dramatischer war es schon bei der 2007 begonnenen Krise, die 2008/2009 zur größten weltweiten Rezession seit Anfang der 1930er Jahre führte.

Die Bedingungen der Kapitalverwertung sind seitdem nicht besser geworden, was an mehreren Kennzahlen deutlich wird: In den Metropolen sinkt die industrielle Profitrate (die dortige „Nettokapitalrendite“ ist die Basis für alle anderen Profitraten), stieg zwar 1980er und 1990er Jahren auf annähernd 12 % und geht seit Jahren in Richtung 10 % und darunter. Damit im Zusammenhang steht, dass seit Ende der 1970er Jahre die Nettokapitalanlage im Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt (BIP) sinkt. In Deutschland bewegt sich seit Beginn dieses Jahrtausends das Durchschnittsalter des industriellen Anlagevermögens (ohne Wertberechnung des Grundstückvermögens) je nach Sektor zwischen 8 und 15 Jahren, in den USA sind es inzwischen 15 bis 20 Jahre, stellenweise auch darüber. Zu einem beachtlichen Teil hängen diese niedrigen Raten der Kapitalanlage auch mit dem deutlichen Rückgang staatlicher Investitionen zusammen.

2009, im Gefolge der 2007 angelaufenen und 2008 offen ausgebrochenen Krise konnten in vielen Ländern (vor allem in Deutschland) die Krisenfolgen durch staatliche Hilfsprogramme gemildert werden. So musste beispielsweise in den USA die Zentralbank mit gewaltigen Finanzspritzen eingreifen, um das System nicht einstürzen zu lassen. Allein wegen der Krise 2008/2009 hat sie immer noch mehr als 1,3 Billionen Dollar an faulen Krediten in ihren Tresoren.

Ein Effekt der staatlichen Hilfsmaßnahmen war allerdings, dass eine der regelhaften Konsequenzen einer Krise – nämlich die Kapitalbereinigung (Vernichtung von Kapital) – dadurch weitgehend ausgeschaltet wurde, dass man die Schulden in die Staatshaushalte reinholte.¹⁴ Dies belastet allerdings seitdem die Handlungsfähigkeit der meisten Staaten.

In der Wahrnehmung der breiteren Öffentlichkeit wurde die jetzt offen zu Tage getretene Krise als das Ende einer langen Boom-Phase gesehen. Dabei wird in aller Regel übersehen, dass wir schon 2015/16 einen Einbruch

hatten, auch wenn er sich in Deutschland nicht so groß auswirkte.

Die Besonderheit der aktuellen Krise

Der konkrete Verlauf der Krise in den letzten Wochen lässt erahnen, dass sie nicht von kurzer Dauer sein wird, denn sie hat eine Besonderheit, die sie von fast allen anderen Krisen deutlich unterscheidet. Dieses Mal ist die Überproduktion nicht die alles andere überschattende Ursache. Wir haben vielmehr eine Zangenentwicklung:

Zum einen hatte sich in den Jahren seit 2018 eine Überproduktionskrise entwickelt, die speziell im Stahlsektor und mehr noch im Automobilssektor inzwischen gewaltige Ausmaße annimmt. In der Automobilindustrie kommt noch hinzu, dass sich zu der Sättigung wichtiger Absatzmärkte noch die technischen Umstellungsschwierigkeiten aufgrund politischer Vorgaben hinzugesellen. (Für eine Umstellung auf Elektroautos, die irrtümlich als Beitrag im Kampf gegen den Klimawandel erklärt wird, fehlen z. B. Ladestationen und vor allem ausreichend „saubere“ Stromerzeugung.)

Zum anderen fehlt auf absehbare Zeit an vielen Stellen das Angebot, weil wegen der Produktionseinschränkungen wichtige Lieferketten unterbrochen waren bzw. noch lange sein werden. *Dieser* Einbruch erfolgte plötzlich, die meisten Sektoren erfassend und auf der ganzen Welt gleichzeitig! Der US-Finanzminister befürchtet einen Anstieg der Arbeitslosenzahl innerhalb weniger Monate auf 20 %. Stanley Morgan prognostiziert (Stand: 23.3.) einen Rückgang des BIP der USA von April bis Juni um 14 % und Goldman Sachs schätzt den Rückgang auf 24 %. Für Deutschland erwarten manche Ökonomen einen Rückgang um 5 % (was allerdings noch eine optimistische Schätzung ist) und für GB um 10 %.

„Noch nie gab es in der Welt einen dermaßen synchronisierten wirtschaftlichen Stillstand“ (Maurice Obstfeld, 2015–2018 Chefökonom des IWF). Mohamed A. El-Erian, Chefvolkswirt der Allianz, fürchtet nichts mehr als eine gleichzeitige Zahlungsunfähigkeit (wegen Überschuldung) von mehreren Großbanken und Industrieunternehmen.

Wo stehen wir heute in der Weltwirtschaftskrise?

Dieses Mal scheidet China für den Ausgleich anderweitig eingebrochener Absatzmärkte aus. Wie Winfried Wolf schon in *Lunapark*²¹ Heft 47 vom Herbst 2019 sehr plausibel ausführte, wird es „China dieses Mal nicht richten“. Chinas Wirtschaftswachstum hatte sich schon in den letzten Jahren stark abgeschwächt. Hinzu kommen die in den

letzten zwei Jahren gewaltig gewachsenen Probleme der Autoindustrie und jetzt auch noch der Produktionseinbruch mit der Corona-Krise seit spätestens Anfang Februar 2020. Das IIF sagt für China ein Wirtschaftswachstum von nur 3,5 % voraus, was angesichts der spezifischen Struktur der dort aufgebauten industriellen Kapazitäten (als Werkbank der Weltwirtschaft) weiterhin mindestens 5 bis 6 Prozent betragen müsste.

Aus zwei Gründen ist die chinesische Wirtschaft zusätzlich in Gefahr, zum einen wegen der immer noch bedeutenden Immobilienblase und zum anderen wegen des gewaltigen Ausmaßes der Schattenbanken, die 2018 auf geschätzte 8 Billionen Dollar Bilanzsumme kamen. Entscheidend aber ist und bleibt der Einbruch in der materiellen Produktion und die extreme Verflechtung mit der Weltwirtschaft. An dieser Stelle nur nebenbei: Auch in Frankreich – und in geringerem Maß in Deutschland – hat sich eine Immobilienblase entwickelt, die bei anhaltender Rezession zu einem bedeutenden Brandbeschleuniger werden kann.

Laut WTO ging in China die Industrieproduktion im Feb. 2020 um 30 % zurück (doppelt so viel wie 2008/2009).¹⁵ Große Teile der internationalen Wertschöpfungsketten kommen heute ohne die Massenfertigung in China nicht aus, nicht zuletzt im Bereich der Informations- und Kommunikationstechnik (siehe dazu den Bericht der Welthandelsorganisation, WTO, Global Value Chain Development Report¹⁶). Seit einigen Jahren (noch vor Ausbruch der offenen Handelskriege) geht zwar die Bedeutung der internationalen Wertschöpfungsketten (GVC) etwas zurück (der Welthandel steigt weniger schnell als das Welt-BIP), aber ihre Bedeutung ist gerade für die BRD überragend. 9,4 % der deutschen Importe kommen aus China. Deutschland ist extrem stark vom Export abhängig: 47 % des deutschen BIP gehen in die Exporte, die Importe gehen zu 41 % in das BIP ein.

Der Ölpreis-Krieg birgt weitere Gefahren

Normalerweise wirkt ein sinkender Ölpreis positiv auf eine schwächelnde Weltwirtschaft. Inzwischen aber ist die Krise so weit fortgeschritten und der Ölpreis so niedrig, dass ein Verbeiben des Ölpreises auf einem Niveau von 30 \$/Barrel (und zeitweise noch darunter) einige Volkswirtschaften in größte Bedrängnis bringen wird. Allein schon die amerikanische Fracking-Industrie, in der mehr als 230 Milliarden Dollar investiert sind, kann das nur ein paar Monate lang durchhalten. Schlimmer wird es für solche Länder wie Mexiko und Brasilien, aber

auch für Russland (dessen Haushalt auf einem Ölpreis von nicht dauerhaft unter 35 \$ aufgebaut ist) oder auch für Saudi-Arabien. Dieses Land hat zwar die niedrigsten Förderkosten, strebt aber einen Preis von über 80 \$ an, um seine Wirtschaft umbauen zu können. Russland wollte einer Reduzierung der Förderquote nicht zustimmen (bzw. konnte es wegen seiner Kosten für den Syrienkrieg nicht), sodass es zu keinem Kompromiss zwischen der OPEC und Russland kam.

Inzwischen ist wegen der angelaufenen Weltwirtschaftskrise die Nachfrage so stark zurückgegangen, dass auch die vor ein paar Monaten angestrebte Reduzierung der Förderquoten gar nichts mehr bringt. Jetzt sind die Preise im Keller und die Fördermenge so niedrig wie seit Jahrzehnten nicht mehr. Dazu trug auch die Rabattschlacht bei, die Saudi-Arabien am 7. März mit seinen Preisnachlässen von 20 % für Lieferungen nach Asien, Europa und die USA ankündigte.

Ähnlich verheerend ist übrigens auch die Entwicklung anderer Rohstoffpreise (vor allem Energie, Erze und Lebensmittel), was vor allem Länder in Afrika und Südamerika hart treffen wird, denn ein Umschwung in den nächsten Wochen ist vollkommen unrealistisch. Und zu alledem schaffen auch noch die Reichen in diesen Ländern jetzt vermehrt Geld außer Landes.

Finanzsektor und abenteuerliche Kurs-Gewinn-Verhältnisse

Der Wahn, auf steigende Börsenwerte zu setzen, veranlasste viele Unternehmen dazu, ihre eigenen Aktien an der Börse zurückzukaufen, was die Börsenwerte weiter in die Höhe trieb. So haben die US-Konzerne, die im S&P-500-Index gelistet sind, in der Zeit von 2010 bis 2019 sage und schreibe 5,1 Billionen Dollar für den Rückkauf ihrer Aktien ausgegeben. Allein im Bankensektor waren es von 2017 bis 2019 insgesamt Aktien im Wert von 863,3 Mrd. Dollar.¹⁷ Profiteure dieser Maßnahmen sind vor allem die Großaktionäre, nicht zuletzt die der Banken.

Die sinkenden Zinsen haben so manche Unternehmen motiviert, sich für solche Manöver weiter zu verschulden. Parallel dazu haben auch Investmentfonds sich verschuldet, um nämlich weitere (Industrie)unternehmen kaufen zu können.

Beides zusammen trug beträchtlich dazu bei, dass die Kurs-Gewinn-Verhältnisse (KGV) in einer wachsenden Zahl von Fällen nicht mehr den realen Unternehmenswerten entsprachen. So entwickelte sich an den Börsen eine Blase, die früher oder später platzen musste. Mit anderen

Worten: Diese Entwicklung der Aktienwerte ist nicht Ausdruck volkswirtschaftlicher Entwicklungen (also massenhaft steigender Gewinne), sondern beruht auf kurzfristig angelegtem Abzocken.

Verschuldung

Ende 2019 betrug die Gesamtverschuldung von Staaten und Unternehmen 253 Billionen (!) Dollar, das entspricht 322 % des Welt-BIP!¹⁸ Um nur ein Beispiel zu nehmen: Wenn in dieser Krise nur halb so viele Betriebe in Zahlungsschwierigkeiten geraten wie 2009, dann stehen Schulden von bis zu 19 Billionen Dollar zu Disposition. Zum Vergleich: Das ist mehr als das gesamte BIP der EU im Jahr 2019 (dieses betrug einschl. GB: 17,17 Billionen Dollar).

Angesichts der Tiefe der Krise haben die Staaten (und die Zentralbanken, soweit diese hier überhaupt noch eine wirksame Rolle spielen können) keine andere Möglichkeit, als der Maxime von Mario Draghi auf dem Höhepunkt der Eurokrise Juli 2012 zu folgen, nämlich alles reinzubuttern, was sie können („Whatever it takes“), vollkommen unabhängig von Maastricht-Richtlinien oder Schuldenbremse. So hat z. B. die amerikanische Fed innerhalb von einer Woche ihr Maßnahmenpaket viermal erweitert bis hin zum schließlich unbegrenzten Kauf von Wertpapieren („quantitative easing“).¹⁹

Die Bundesregierung will vor allem auf Kreditbasis bis zu 500 Mrd. Euro bereitstellen und auch die EU erweitert ständig ihr Hilfsprogramm. Italien: 300 Mrd. Euro, GB 300 Mrd. Britische Pfund usw. Die EZB will für 750 Mrd. Euro Anleihen kaufen, gegebenenfalls werde man noch mehr ausgeben. Die Frage ist nur: Wieviel werden diese Maßnahmen bewirken?

Die Mittel kapitalistischer Politik zur Krisenbewältigung können heute (im Jahr 2020) schnell erschöpft sein. Denn wir haben es nicht nur mit einer Unterbrechung der Lieferketten oder der Absatzmöglichkeiten zu tun, von der noch nicht mal klar ist, wie lange diese Ausfälle und Einschränkungen anhalten werden. Mit Überbrückungskrediten ist in der heutigen Krise nur bedingt etwas zu erreichen. Es kommen mindestens drei gravierende Faktoren zusammen, die in ihrem Ausmaß weit über die Verhältnisse der Krise von 2008/09 hinausgehen:

Erstens wollen die Regierungen Unsummen von Geld ausgeben, das sie gar nicht haben. Die US-Regierung z. B. geht von bis zu 2 Billionen Dollar aus. Eine dermaßen gewaltige Ausdehnung der Staatsschulden addiert sich zu den noch in der Krise 2008/09 angehäuften Schulden und verdoppelt die Staatsschulden. Schon Trumps Senkung der

Unternehmenssteuern (2018) von 35 % auf 21 % hatte den Spielraum weiter eingeengt.

Nur graduell anders ist es in den übrigen Ländern. Keine Region der Welt kann als zusätzlicher Lieferant oder Absatzmarkt den Karren aus dem Dreck ziehen. Somit werden mit diesem Pumpen nur die Probleme in die Zukunft verschoben, womit sich das Risiko eines noch größeren Crachs in gar nicht so ferner Zukunft bedeutend erhöht. Mehr noch: Je nach Entwicklung der Krise steigert diese massive Geldentwertung die Gefahr, dass das Vertrauen in die betroffene Währung schwindet, was zu einem Rush auf die Banken führen kann. Dies wiederum würde unmittelbar den Zusammenbruch des Zahlungsverkehrs bedeuten.

Zweitens: Heute noch lagern in privaten und in teilverstaatlichten Banken weltweit faule Kredite in Höhe von mehreren hundert Milliarden Dollar. Unter dem Titel „Coronavirus wird zur Belastungsprobe für Bankensektor: Droht eine neue Finanzkrise?“ schreibt *finanzen.net* am 24. März: „An der Börse sind die Auswirkungen des Coronavirus bei den Banken bereits angekommen: Die Kurse zahlreicher großer europäischer Bankhäuser sind seit Mitte Februar kräftig eingebrochen, einige Aktien haben sich sogar halbiert. Der Stoxx Europe 600 Banks²⁰, der die größten Finanzinstitute Europas umfasst, schloss am 18. März bei 83 Punkten und damit laut ‚Wolf Street‘ auf dem tiefsten Stand seit Februar 1988, als die monatelange Verkaufswelle nach dem Schwarzen Montag im Oktober 1987 die Börsen auf Talfahrt schickte. Selbst auf dem Höhepunkt der Finanzkrise im März 2009 war der Index der europäischen Banken nicht so tief eingebrochen wie jetzt. Allein seit Mitte Februar beträgt das Minus beim Börsenbarometer der Branche mehr als 40 Prozent.“²¹ „Der Absturz der amerikanischen Märkte ist jetzt schlimmer als der Absturz von 1929“, so eine Studie der Bank of America von Ende März.²² Und vergessen wir nicht: Gerade in Italien, wo das Corona-Virus besonders wütet und die Wirtschaft deswegen monatelang lahmgelegt ist und das BIP stark einbricht, ist der Bankensektor besonders angeschlagen (von der hohen Staatsverschuldung noch ganz zu schweigen).²³

Drittens sind auch die Unternehmen des produzierenden Gewerbes (teilweise auch des Handels und der Logistik) heute in gewaltigem Maß verschuldet, nicht zuletzt, weil in den vergangenen Jahren Kredite extrem billig zu bekommen waren.

„Gemäß den jüngsten Daten der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) haben sich die Anleiheschulden der Unternehmen seit dem Jahr 2008 bis zum Ende des Jahres 2019 auf

13,5 Billionen US-Dollar verdoppelt. [...] Die in ihrer Bonität herabgestuften Unternehmen hätten dann kaum alternative Finanzierungsquellen und müssten deutlich höhere Kreditkosten in Kauf nehmen. Beide Effekte erhöhen wiederum die Ausfallwahrscheinlichkeit der Anleihen weiter und können zu einem gefährlichen Dominoeffekt führen.“ (19. Feb. 2020)²⁴ Der Vertrauensverlust am Markt ist auch Ausfluss der gewaltig gestiegenen Unternehmensverschuldung.²⁵

Verschuldung der Schwellenländer

Speziell die Verschuldung der Schwellenländer war schon vor der Corona-Krise eine tickende Zeitbombe. Mit dem offenen Ausbruch der Weltwirtschaftskrise (also spätestens seit Ende Februar 2020) ist dies nun womöglich zum größten Gefahrenherd für einen gewaltigen „Meltdown“ geworden, also einer tiefen Rezession, wie es sie seit Anfang der 1930er Jahre (einschl. 2008/09) nicht mehr gab.

Wie Ökonomen der Weltbank betonen, „ist der größte Teil des Schuldenanstiegs seit 2010 in den Schwellen- und Entwicklungsländern (EMDEs) zu verzeichnen, deren Schulden um 54 Prozentpunkte des BIP auf ein Rekordhoch von etwa 170 % des BIP im Jahr 2018 anstiegen. Dieser Anstieg war breit angelegt und betraf rund 80 % der EMDEs“.²⁶ (EMDEs = emerging market and developing economies).(Grafik 2)

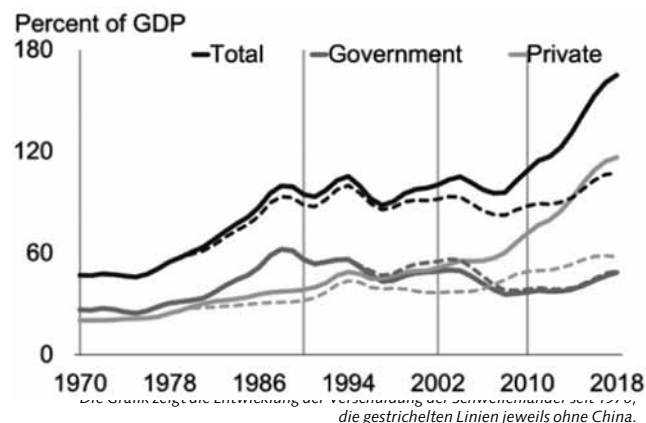
Dieselben Weltbank-Ökonomen stellen fest: „Trotz des starken Anstiegs der Verschuldung hat das Wachstum in diesen Volkswirtschaften wiederholt enttäuscht und sie sehen sich in einer fragilen Weltwirtschaft mit schwächeren Wachstumsaussichten konfrontiert. Zusätzlich zu ihrer raschen Verschuldung haben sie andere Schwachstellen angehäuft, wie wachsende Haushalts- und Leistungsbilanzdefizite und eine riskantere Zusammensetzung der Schulden“. (Grafik 3)

Jeweils am Ende einer „Verschuldungswelle“ stellte sich das Bild folgendermaßen dar: (Grafik 4)

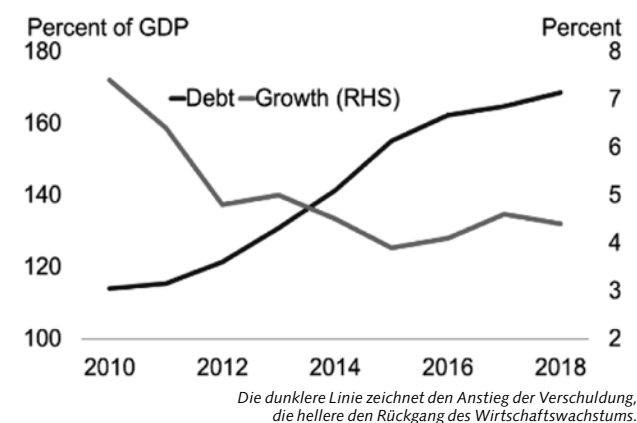
Nie war also der Anstieg der Verschuldung so groß wie am Ende der „vierten Welle“. Hinzu kommt, dass in Zeiten der „Flucht in sichere Häfen“ (somit auch in den Dollar) die Verschuldung der Entwicklungs- und Schwellenländer noch mehr wächst. Ihr Verschuldungsstand ist damit (schon vor Ausbruch der neuen Krise) bedeutend höher als 2008.

Nun will der IWF zwar eine Billion Dollar für Unterstützungsmaßnahmen (Kredite) zur Verfügung stellen²⁷, aber davon gehen nur 50 Mrd. Dollar an Schwellenländer

GRAFIK 2



GRAFIK 3



und nur 10 Mrd. Dollar an die ärmsten Länder. Gleichzeitig setzt aus diesen Ländern eine Kapitalflucht ein.

Infolge dieser Entwicklung rechnet die ILO (Genf) aufgrund der Corona-Krise inzwischen (Stand 18. März 2020) mit 5,3 bis 24,7 Millionen zusätzlichen Erwerbslosen (zu den 2019 offiziell gezählten 188 Mio. Arbeitslosen).²⁸ Diese Berechnungen basieren allerdings auf der Datenbasis vom 16. März. Da sich die Krise aber dramatischer entwickelt, als noch bis Mitte März von den meisten Virologen angenommen, dürfte auch der wirtschaftliche Rückgang (nicht nur in Italien) und damit auch die Zahl der zusätzlichen Erwerbslosen deutlich höher ausfallen.

Drohender Umschlag ins Monetarsystem?

Auf der Ebene der Finanzmärkte rächt sich jetzt auch die gewaltige Ausdehnung der unterschiedlichsten Derivate

wie auch die Verbriefung auch dubioser Papiere in Paketen, die nicht alle ausreichend abgesichert werden konnten. So werden heute die vollkommen unübersichtlich gewachsenen außerbörslichen Unternehmensbeteiligungen (private equity) zunehmend ein Problem für die Ausfallversicherungen (CDS).

Unternehmenskredite über zwei Billionen Dollar müssen dieses Jahr neu ausgehandelt werden. Wer kann unter diesen Bedingungen noch leichtfertig neue Kredite vergeben oder gar zu den niedrigen Zinssätzen der vergangenen Jahre? Hohe Risikoaufschläge sind zu erwarten. Ja mehr noch: Aufgrund der schwindenden Stabilität der Banken, der Versicherungen und inzwischen auch vieler großer Unternehmen (s. o.) steigt in den kommenden Wochen ganz deutlich die Gefahr des Umschlags des Creditsystems in das Monetarsystem.

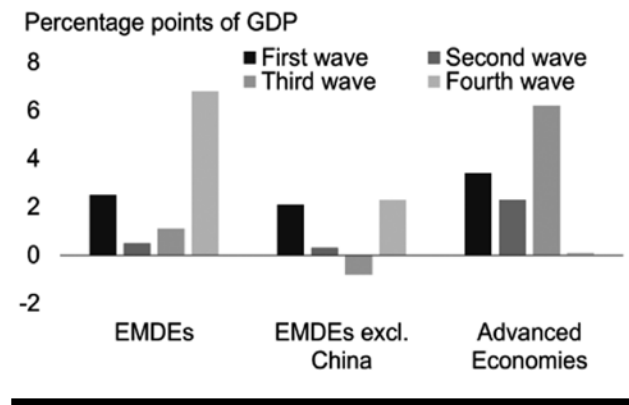
Wenn sich dann also die Unternehmen gegenseitig keine Kredite mehr gewähren, sondern nur Ware gegen unmittelbare Bezahlung abgeben, dann wird dies die Rezession vertiefen. Dies kann bei dem zu befürchtenden Ausmaß keinesfalls durch die Überbrückungskredite der Regierung aufgefangen werden. Alle zuvor entstandenen Widersprüche der kapitalistischen Ökonomie, spitzen sich gegenwärtig in einem besonders dramatischen Tempo zu, bis hin zum Zerreißen von Lieferketten. Es drohen große Pleiten und eine Kettenreaktion, wie die Welt sie seit 90 Jahren nicht gesehen hat.

Wie lange wird der Staat überhaupt noch ökonomisch handlungsfähig sein? Noch kann er zusammen mit seiner Notenbank gewaltige Finanzmittel (Rettungsprogramme verschiedenster Art) einsetzen. Jedoch zeigen sich bereits Grenzen in der ökonomischen Wirkung, etwa als die Fed im Panikmodus die Zinsen auf null senkte und ebenso wie die EZB Anleihen in großem Umfang zu kaufen versprach. Anders als früher wirkten diese Maßnahmen kaum noch beruhigend; die Aktienkurse blieben volatil. Die Macht der Notenbanken wird von der Wirtschaftsöffentlichkeit, die sich im Finanzgeschehen konzentriert, zunehmend infrage gestellt. Und auch die Fiskalpolitik stößt in einigen Staaten an Grenzen, z. B. in Italien. Staatsbankrotte als Folge des bereits hohen und jetzt rasant weiter wachsenden Staatskredits sind nicht mehr auszuschließen. Und die nächste Eurokrise ist mehr als wahrscheinlich und kann mit der zu erwartenden dramatischen Zuspitzung sogar zum Ende des Euros führen.

Politische Konsequenzen

Eric Toussaint, einer der Direktoren des CADTM²⁹, plädiert für eine umfassende Vergesellschaftung des gesamten

GRAFIK 4



Finanzsektors und kommt zu dem Schluss: „Diese Maßnahme muss Teil eines umfassenderen Programms sein, das die Aussetzung von Schuldenzahlungen und den anschließenden Erlass unrechtmäßiger privater oder öffentlicher Schulden, die Schließung von Börsen, die Schaffung eines echten landesweiten kostenlosen öffentlichen Gesundheitsdienstes, die entschädigungslose Enteignung von Pharmaunternehmen und privaten Forschungslabors und ihre Überführung in den öffentlichen Sektor unter der Kontrolle der Bürger*innen vorsieht, die entschädigungslose Enteignung von Unternehmen des Energiesektors (um den Kampf gegen die ökologische Krise planmäßig durchführen zu können) und viele andere radikale und grundlegende Maßnahmen, einschließlich Notmaßnahmen zur sofortigen Verbesserung der Lebensbedingungen der Mehrheit der Bevölkerung.

Die notwendige Reaktion auf die Coronavirus-Pandemie muss eine Gelegenheit sein, für eine echte Revolution einzutreten, um die Gesellschaft in ihrer Lebensweise, den Besitzverhältnissen, den Produktionsmethoden und den Werten, die die Verhaltensweisen bestimmen, radikal zu verändern. Diese Revolution wird nur dann stattfinden, wenn die Opfer des Systems selbst aktiv werden, sich selbst organisieren und das 1% und seine Lakaien aus den verschiedenen Machtzentren vertreiben, um eine echte demokratische Macht zu schaffen. Es braucht eine sich selbst verwaltende, feministische und ökologisch-sozialistische Revolution.“³⁰

30.3.2020

¹ <https://finanzmarktwelt.de/auftragseingaenge-der-deutschen-industrie-katastrophaler-absturz-132077/>

- 2 <https://finanzmarktwelt.de/deutsche-industrie-auftragseingange-stark-ruecklaeufig-98010/>
- 3 <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/151308/umfrage/deutsche-industrie-auftragseingang/>
- 4 <https://intersoz.org/ist-die-corona-pandemie-grund-fuer-die-beginnende-wirtschaftskrise/>
- 5 https://www.destatis.de/DE/Themen/Wirtschaft/Aussenhandel/_inhalt.html
- 6 <https://www.iif.com/Publications/ID/3813/GMV-Global-Recession>
- 7 <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/159798/umfrage/entwicklung-des-bip-bruttoinlandsprodukt-weltweit/>
- 8 https://www.finanzen.net/nachricht/aktien/einbruch-ifo-geschaeftsklimaindex-truebt-sich-deutlicher-ein-als-bisher-angenommen-8668571?utm_campaign=browser_notification&utm_source=desktop
- 9 https://www.finanzen.net/nachricht/aktien/wirtschaftliche-folgen-auswirkungen-der-coronavirus-krise-experte-rechnet-mit-baerenmarkt-bis-2022-8653763?utm_campaign=browser_notification&utm_source=desktop
- 10 <https://de.statista.com/infografik/21228/prognose-zum-anstieg-der-weltweiten-zahl-der-arbeitslosen-durch-die-corona-krise/>
- 11 Zum Verlauf innerhalb des letzten Jahres bis März 2020: <https://www.finanzen.net/index/vix/charttool>
- 12 <https://foreignpolicy.com/2020/03/18/coronavirus-economic-crash-2008-financial-crisis-worse/>
- 13 Mehr dazu im Detail in: Guenther Sandleben, Jakob Schäfer, *Die kapitalistische Krise und was wir ihr entgegensetzen*, internationale theorie, Heft 35 (Dezember 2009).
- 14 Siehe dazu speziell Kapitel VI in: Guenther Sandleben, Jakob Schäfer: *Apologie von links. Zur Kritik gängiger linker Krisentheorie*, Köln/Karlsruhe (Neuer isp-Verlag), 2013
- 15 Zur Entwicklung der chines. Wirtschaft im I. Quartal 2020: http://www.stats.gov.cn/english/PressRelease/202003/t20200316_1732244.html
- 16 <https://www.worldbank.org/en/topic/trade/publication/global-value-chain-development-report-2019>
- 17 Mehr Details unter: <https://www.yardeni.com/pub/buy-backdiv.pdf>
- 18 Bank für Internationalen Zahlungsausgleich, *Bank for International Settlements*, www.bis.org
- 19 <https://www.finanzen.net/nachricht/anleihen/ausweitung-us-notenbank-fed-kuendigt-unbegrenzte-anleihekaeufer-an-8659666>
- 20 <https://www.finanzen.net/kurse/eu0009658806>
- 21 https://www.finanzen.net/nachricht/aktien/banken-in-gefahr-coronavirus-wird-zur-belastungsprobe-fuer-bankensektor-droht-eine-neue-finanzkrise-8658323?utm_campaign=browser_notification&utm_source=desktop
- 22 https://www.rt.com/business/483554-coronavirus-bank-of-america-recession/?utm_source=rss&utm_medium=rss&utm_campaign=RSS
- 23 Zu den Banken: <https://de.reuters.com/article/virus-banken-idDEKBN21C0PA>; sowie: <https://www.sueddeutsche.de/wirtschaft/coronavirus-italien-europa-1.4854587?reduced=true>; zum Staatshaushalt <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/167737/umfrage/staatsverschuldung-von-italien/>
- 24 <https://finanzmarktwelt.de/unternehmensschulden-erreichen-weltweit-neuen-rekordstand-157648/>
- 25 Mehr dazu unter: <https://www.iif.com/Publications/ID/3798/Weekly-Insight-COVID-19-Infected-Corporate-Debt-Markets>
- 26 Diese und die zwei nachfolgenden Grafiken sind dem Artikel der Weltbank-Ökonomen M. Ayhan Kose, Peter Nagle, Franziska Ohnsorge, Naotaka Sugawara vom 16. März 2020 entnommen <https://voxeu.org/article/debt-and-financial-crises-will-history-repeat-itself>
- 27 Der IWF erklärte a, 4. März, dass er bis zu 1 Billion Dollar für Hilfen (auf Kreditbasis) bereitstellen wird (eine für den IWF mehr als außergewöhnliche Größenordnung): <https://blogs.imf.org/2020/03/04/potential-impact-of-the-coronavirus-epidemic-what-we-know-and-what-we-can-do/> („we have about \$1 trillion in overall lending capacity.“)
- 28 https://thenextrecession.files.wordpress.com/2020/03/wcms_738753.pdf; 2008/09 betrug der Zuwachse 22 Mio.
- 29 <http://www.cadm.org/Textes-chartes-du-CADTM-International>; Deutsche Seite: www.cadm.org
- 30 Er begründet dies in seinem Beitrag vom 26.3.2020 : <http://www.cadm.org/Pour-affronter-la- crise-capitaliste-multidimensionnelle-il-faut-exproprier-les>; engl. Fassung unter: http://www.cadm.org/To-confront-capitalism-s-multifaceted-crisis-the-bankers-must-be-expropriated?var_mode=calcul

AUSWEICHEN VOR PROBLEMEN HILFT NIEMAND

In dem folgenden Beitrag antwortet der Autor der Broschüre „Was kommt nach dem Kapitalismus“ auf die die Rezension in unserem Heft 5/2019.

■ **Meinhard Creydt**

Meine Arbeiten zur Frage „Was kommt nach dem Kapitalismus?“ (zuletzt die gleichnamige Broschüre), die Anders in „die internationale“ 5/2019 kritisiert, enthalten folgende Momente:

- Analyse von Kräften und Tendenzen in der gegenwärtigen Gesellschaft, die in die Richtung einer nachkapitalistischen Gesellschaft weisen können,
- Entwicklung eines neuen Paradigmas des Reichtums und der Lebensqualität in der nachkapitalistischen Gesellschaft („gutes Leben“ im Sinne von „Praxis“) aus der Analyse der Gegenwart,
- eine Analyse der Gesellschaft, in der politische Phänomene nicht an konstitutiver Stelle stehen,
- Analyse der Probleme einer nachkapitalistischen Gesellschaft,
- Überlegungen, was aus dem neuen Paradigma zur Orientierung in den gegenwärtigen sozialen Auseinandersetzungen folgt.

Die Leser von Anders' Kritik bekommen diesen Kontext nicht dargestellt und insofern hängen meine Argumente, die Anders präsentiert, in der Luft. Angesichts der engen Platzvorgaben der Redaktion ist es hier nur möglich, die ausgeblendeten Probleme darzustellen und nicht meine „positiven Vorschläge“.¹

I) Wie kann unter nachkapitalistischen Bedingungen die Gestaltung gesellschaftlicher Prozesse durch die Bevölkerung aussehen? Leider wird bei vielen Konzepten nicht

deutlich, wie sich Einwände beantworten lassen. Die Anhänger entsprechender Modelle vermögen dann oft nur den Bekehrten zu predigen.

a) Die Probleme der auch von Anders (2019) beschworenen Rätedemokratie: In basisdemokratischen Entscheidungsverfahren stellt sich das Problem des Zeitaufwandes und der Überforderung von Verarbeitungskapazitäten, Kommunikationsfähigkeiten und Aufmerksamkeitsspannen der Individuen. Wenn der Satz gilt „Selbstverwaltung heißt nicht Aufgabe des Delegierungsprinzips“ (Mandel 2000, 211), dann haben wir es schon bei einem 100 000 Einwohner umfassenden Gemeinwesen mit einer mehrstufigen Delegation zu tun und mit einer Komplexität, die basisdemokratische Überschaubarkeit und Kontrolle infrage stellt. Es entstehen Partizipationseliten und Profis der „Selbstverwaltung“. Konzepte für die institutionellen Formen der gesellschaftlichen Debatten und Entscheidungsprozesse sind mit dem Wirrwarr der sich überschneidenden Zuständigkeitsbereiche verschiedener Gremien konfrontiert sowie mit einem hohen Abstimmungsaufwand zwischen ihnen. Die Zunahme von demokratischen Prozessen erhöht die Menge an Aushandlungsprozeduren. Die Zahl der Schnittstellen vergrößert sich und damit der Aufwand von Organisationen, die die Prozesse vor- und nachbereiten. Strittig ist bereits oft, welcher Personenkreis bei welcher Abstimmung abstimmungsberechtigt sein soll. Wer sich von höherer Transparenz mehr Demokratie verspricht, sieht davon ab, dass erst „Information in Wissen und Wissen in politisches Urteil

überführt werden“ muss (Baumann 2014, 406). Für diese Verarbeitung ist wiederum (Vor-)Wissen vorausgesetzt. Zum Problem wird die Informationsüberflutung. „Wenn die Informationsflut derart anschwillt, dass eine Entdeckung politischer Normverstöße nicht mehr zu befürchten ist, greift das Prinzip Öffentlichkeit ins Leere. Bei voller Transparenz wird die Politik in gewisser Weise also eher opak“ (Ebd., 405).

b) Wer heute (wie Anders 2019) für gesamtgesellschaftliche „Planwirtschaft“ eintritt, steht vor folgenden Problemen:

■ Wie lässt sich die Überforderung der Planung mit der Bilanzierung und Erfassung der Milliarden verschiedener ökonomischer Beziehungen vermeiden?

■ Wie lässt sich die für die Planung vorauszusetzende Treffsicherheit von wirtschaftlichen Prognosen sicherstellen, wenn die Komplexität der in sie eingehenden Faktoren die Komplexität von Wetterprognosen weit übersteigt? Deren Fortschritt besteht trotz modernster Messungsmethoden und großer Rechnerkapazitäten darin, dass vor 30 Jahren sich das Wetter einen Tag voraus vorhersagen ließ, jetzt drei Tage (Pappenberger, Cloke 2019, 17).

■ Wie ist mit dem Problem umzugehen, dass eine gesamtgesellschaftliche Planung die Autonomie der einzelnen Betriebe und Organisationen stark einschränkt (infolge z. B. von Zentralisierung der Gewinne und straffen Vorgaben und Normierungen)? Ein analoges Problem stellt sich im Verhältnis zwischen der Autonomie ausdifferenzierter Bereiche und gesamtgesellschaftlicher „Kontextsteuerung“ (vgl. Willke 1997, 88f).

■ Die Planaufstellung inklusive Plandiskussion ist ein arbeitsreicher, kosten- und zeitaufwendiger Prozess. Das begrenzt die Anpassungsflexibilität einer Planwirtschaft. „Auch in einer zentral geplanten Volkswirtschaft existieren sog. exogene Variablen und Ereignisse, die nicht geplant, vorhergesehen und beeinflusst werden können. (Schon Wilhelm Busch wusste: „Stets findet Überraschung statt, da wo man's nicht erwartet hat“ – Verf.) Wenn solche ungeplanten Einflüsse an irgendeiner wichtigen Stelle die Planerfüllung unmöglich machen, pflanzt sich dieser Effekt gemäß der Verflechtungsmatrix durch die gesamte Volkswirtschaft fort. Der Plan bricht zusammen“ und „Betriebsleiter verfügen nunmehr über eine unwiderlegbare Entschuldigung für weitere Planabweichungen“ (Kleinewefers 1985, 427).

■ Die Masse der Informationen legt nahe, dass mit hoch aggregierten Größen geplant wird, bei denen relevante, dezentral vorhandene Informationen unter den Tisch

fallen. Die daraus resultierenden vereinfachten Modelle bilden die Realität nur unzureichend ab und führen zu in sich nicht stimmigen Plänen.

■ Wie wird mit dem Problem umgegangen, dass sozialpolitische Maßnahmen wie z. B. die Subventionierung von Grundnahrungsmitteln nichtintendierte, volkswirtschaftlich verschwenderische Effekte hervorbringen, wenn z. B. das preiswerte Brot als Viehfutter verwendet wird?

■ Gegner der gegenwärtigen Verhältnisse setzen gern gegen die vermeintliche „Herrschaft der Sachzwänge“ die „Freiheit der politischen Gestaltung“. Wie wird vermieden, die „innerökonomischen“ Wechselbeziehungen und Rückkopplungsverhältnisse (z. B. zwischen Ausgaben und Einnahmen, zwischen Ausgaben für Konsum und für Investivgüter oder zwischen einander ausschließenden Verwendungsweisen von Produktionsmaterialien und Maschinen) zugunsten eines politischen Subjektivismus und Voluntarismus („Politizismus“) zu übergehen? [...]

Weit verbreitet (auch bei Schäfer 2019) ist der Fehlschluss, den Erfolg der Planung großer Konzerne unter Marktbedingungen als Beleg für das mögliche Gelingen gesamtgesellschaftlicher Planung zu werten, die den Markt ablösen könne. Dabei haben beide Sorten von Planung ganz verschiedene Aufgaben und Voraussetzungen. Die Koordination der Betriebe und Zulieferer im Konzern, sein Sich-Einstellen auf die zu erwartende Konjunktur und seine Strategie in der Konkurrenz stellen ihn vor ganz andere Probleme als eine gesamtgesellschaftliche Planwirtschaft. Die Planung eines Akteurs im Markt „plant“ den Kurs eines Boots im Meer des Marktes. Die makroökonomische Planung müsste all das bilanzieren, proportionieren und bewusst dirigieren, was vormalig der Markt auf seine Weise und mit seinen Maßgaben durch hinter dem Rücken der Beteiligten entstehende Preise reguliert. Die Wechselbeziehungen und die zu vermeidenden nichtintendierten Folgewirkungen und Eigendynamiken haben eine Größenordnung, die sich in ihrer Quantität so von Konzernplanungen unterscheidet, dass Quantität in Qualität umschlägt.

c) Föderalismus und Dezentralisierung: J.-F. Anders schreibt, die Frage, ob „ein patientengerechtes Krankenhaus einzurichten wäre oder ob die Expansion eines Produktionszweiges sinnvoll wäre, das, scheint mir, (ist) eine Frage, die vernünftigerweise zu entscheiden wäre von den jeweils Betroffenen, also von den Bewohner*innen eines Stadtteils, einer Gemeinde usw. – und zwar in örtlichen bzw. regionalen Räte-Organisationen. Für die Lösung

solcher Aufgaben ist eine Plan-Zentrale – scheint mir – überhaupt nicht erforderlich“ (Anders 2019, 11). Gewiss will niemand alles zentralisieren. Aber: Manche Regionen weisen gute Böden für Landwirtschaft auf, andere nicht. Warum bedarf es keiner Regelungen, die das gesamte Land betreffen und z. B. regionale Ungleichheiten vermeiden (in Bezug auf Produktionszweige und medizinische Versorgung)? Anders' Rede von „den jeweils Betroffenen“ ist eine Leerformel. Mit ihr lässt sich keinerlei Antwort finden auf die Frage, wer bspw. über das Bahnhofprojekt „Stuttgart 21“ abstimmen soll: Die von der Baustelle betroffenen Einwohner Stuttgarts, die Nutzer der betroffenen Bahnlagen, die Steuerzahler, die für das Projekt zur Kasse gebeten werden? Wir finden drei ganz verschiedene Gruppen von „jeweils Betroffenen“ vor mit recht unterschiedlichen Interessen.

d) „Computersozialismus“: Planwirtschaft hat Anhänger, die der These folgen, mit modernen Rechnerkapazitäten seien die wirtschaftlichen Relationen leicht zu ermitteln. Unter Voraussetzung der dichten Vernetzung der verschiedenen Arbeiten und Tätigkeiten untereinander und mit Vorleistungen und dem allgemeinen Wissensstand lässt sich die in den jeweiligen Produkten verkörperte notwendige gesellschaftliche Arbeitszeit nicht errechnen (vgl. dazu Creydt 2019, 43f.). Zu Marx' Kritik an entsprechenden Vorstellungen von Proudhon vgl. Weiß 2009, 44–55. Vgl. a. H. G. Furlan: Marx' Arbeitsscheine (in: Phase 2, Nr. 57, Leipzig 2020). Die Ermittlung von Arbeitszeiten mutet „in dem Maße“ als anachronistisch und widersinnig an, „wie die große Industrie sich entwickelt“ und „die Schöpfung des wirklichen Reichtums abhängig (wird) weniger von der Arbeitszeit und dem Quantum angewandter Arbeit als von der Macht der Agentien, die während der Arbeitszeit in Bewegung gesetzt werden und die [...] selbst wieder in keinem Verhältnis steht zur unmittelbaren Arbeitszeit, die ihre Produktion kostet“ (Marx 1974, 592). Von den gestiegenen Möglichkeiten, große Datenmengen zu berechnen, wird zweitens in Computereuphorie irrtümlich auf die Berechenbarkeit von Gesamtzuständen geschlossen. Bereits am Beispiel der Wettervoraussage (vgl. Ib) wurde auf die Grenzen dieser Berechenbarkeit hingewiesen.² Drittens ist eine (Computer-)technische Lösung keine Antwort auf das Problem der Weitergabe von Informationen. Sie findet in keinem von Interessen freien Raum statt. Die gesamtgesellschaftliche Planung ist angewiesen auf die Informationen der einzelnen Betriebe. Diese können sich ihre Arbeit erleichtern, indem sie ihr Leistungsver-

mögen zu gering angeben. In Verhandlungen über die Wirtschaftspläne wurde in SU und DDR regelmäßig mit gezinkten Karten (selektiven oder falschen Informationen) gespielt. Unklar bleibt viertens das Verhältnis zwischen dem Ziel „Wir berechnen alles in Echtzeit“ und dem Ziel ausführlicher und umsichtiger demokratischer Beratung und Erwägung.³ Wer alles berechnen können will, muss auch alles berechenbar machen. [...]

e) Zu „Peer-Ökonomie“ vgl. Mats 2017, Creydt 2018.

f) Zu überspannten Erwartungen an den 3D-Drucker, das Internet und das „Internet der Dinge“ vgl. kritisch Fischbach 2016, 162ff, 84–102, Fischbach 2017, Fischbach 2017a.

Die genannten Konzepte tragen zu einer ebenso vagen wie autosuggestiven „Es wird schon werden“-Stimmung bei. Diese Modelle legen sich wenig Rechenschaft ab von der Komplexität moderner Gesellschaften. Eine *komplexe* Materie beinhaltet sachlich, sozial und zeitlich jeweils verschiedene Ebenen, die interagieren. Bspw. stehen die Erträge, die Rücklagen und Gewinne, die Ausgaben für produktive Investitionen, für Ersatzinvestitionen, für Forschung und Entwicklung und Infrastrukturen, für das Erziehungs- und Gesundheitswesen sowie der soziale und private Konsum in vielfältigen nicht-trivialen Wechselwirkungen miteinander. Zwischen den verschiedenen Momenten einer komplexen Materie kommt es zu positiven und negativen Rückkopplungen, synergetischen Effekten und Eigendynamiken. Schwellenwerte und Puffer wiegen den Betrachter in falscher Sicherheit. Auch Reaktionen mit Zeitverzögerung machen es schwer, Wirkungen Ursachen zuzurechnen. Viele zentrale Momente sind den Prognostikern, Planern und Entscheidern verborgen. Der jeweilige Akteur „gleicht einem Schachspieler, der mit einem Schachspiel spielen muss, welches sehr viele [] Figuren aufweist, die mit Gummifäden aneinanderhängen, so dass es ihm unmöglich ist, nur *eine* Figur zu bewegen. Außerdem bewegen sich seine und des Gegners Figuren auch von allein, nach Regeln, die er nicht genau kennt“ (Dörner 1992, 66).

II) Für das Nachdenken über die nachkapitalistische Gesellschaft ist die Frage zentral, welche Rolle in ihr Märkte spielen.

a) Die immanenten Probleme von Märkten werden seit langem unter dem Stichwort „Marktversagen“ abgehan-

delt. In der nachkapitalistischen Gesellschaft verändert sich das Wirtschaften. Die Folgen sind: 1) Wegfall von Kapitalmärkten, 2) Aufhebung des Warencharakters der Arbeitskraft, 3) Verringerung des Stellenwerts des Preismedium durch qualitative Indikatoren, 4) Veränderung der Bilanzierung (qualitative Indikatoren), 5) gesellschaftliche Entscheidung über Proportionen (zwischen Arbeit und Konsum, zwischen öffentlicher Daseinsfürsorge bzw. öffentlichen Gütern und privatem Konsum), 6) massive Verringerung der Mehrspurigkeit (Konkurrenz) und der Diversifizierung der Güter, 7) Durchsetzung bestimmter gesellschaftlich beschlossener Standards (Qualität des Arbeitens, der Produkte usw.).⁴

b) Die Aufgaben einer modernen Wirtschaftsordnung sind, 1) Informationen zu gewinnen über Bedürfnisse, Produktionskapazitäten, Angebote und Lagerbestände, 2) sicherzustellen, dass die Informationen zu denjenigen gelangen, die sie brauchen, 3) die verschiedenen Güter und Arbeiten zueinander ins Verhältnis zu setzen (Kommensurierungsproblem), 4) Angebot und Nachfrage miteinander abzustimmen, 5) die effizienteste Art der Arbeiten und Dienstleistungen und die effektivste Weise, die Bedürfnisse zu befriedigen, zu ermitteln, 6) auf die Wirtschaftseinheiten einzuwirken, damit sie diese Zwecke erfüllen, 7) sicherzustellen, dass Steuerungssignale bzw. Anreize dort ankommen, wo sie ankommen sollen (Prozessregulation), 8) zu reflektieren und zu bewerten, in welchem Maße die einzelnen Aufgaben und ihr Zusammenspiel geleistet bzw. erreicht werden. All diese Aufgaben sind so zu erfüllen, dass dabei möglichst geringe Kosten für die Regelung, für die Informationsbeschaffung, für die Vereinbarung und andere erforderliche Transaktionen entstehen. Eine gesamtgesellschaftliche Planung hätte sich mit *diesen* Aufgaben zu beschäftigen.

Manche Linke verderben ihre Kritik an der hinter dem Rücken der Beteiligten verlaufenden und über Preisbewegungen und den Ausgleich der Profitraten regulierten Vergesellschaftung, indem sie diese Kritik verknüpfen mit Unmittelbarkeits- und Transparenzfiktionen von der nachkapitalistischen Gesellschaft als einem großen Kollektiv voller Einigkeit. Die Fiktion einer unmittelbaren Anerkennung der einzelnen Tätigkeit als gesellschaftliche Arbeit impliziert eine problematische Tendenz. Die Einheit und Unmittelbarkeit avanciert zu einer Norm, die dann gegen Störendes durchzusetzen ist (vgl. dazu Haug 1993, 136–139).

c) Es konnte bislang m. W. nicht überzeugend gezeigt werden, wie Planwirtschaft, „Computersozialismus“ und Peer-Ökonomie die Informations-, Koordinations-, Rückkoppelungs- und Regulationsleistungen sowie Steuerungs- und Kommensurierungsaufgaben erfüllen, die bei einer weitreichenden und komplexen wirtschaftlichen Vernetzung (vgl. IIb) erforderlich sind. Mit diesen Leistungen identifizieren wir ein drittes zentrales Moment der Gesellschaft, das ebenso wie das (zweite) Moment der Effizienz und Produktivität unerlässlich ist für die nachkapitalistische Gesellschaft und zugleich in Divergenz steht zum „ersten“ Moment, dem Leitbild (gutes Leben im Sinne von ‚Praxis‘).

d) Marktsozialisten schlagen vor, „Markt“ und „Plan“ zu kombinieren. Wollen sie die Funktionen von Märkten nutzen, so können sie nicht zugleich Märkte so politisch beschränken oder in sie intervenieren, dass diese Funktionen gefährdet werden. 1) Keine Märkte ohne Konkurrenz. Sie schließt die Freiheit für Betriebe ein, in anderen Branchen mit höheren Gewinnaussichten zu investieren. Ohne diese Mobilität der Kapitale funktionieren die Rückmeldungen des Marktes nicht. Konkurrenz fördert ein gegenüber Inhalten gleichgültiges Wachstum. 2) Subventionen verfälschen Preise und stören die Informationsfunktion der Märkte. Wird durch Sachwalter der gesellschaftlichen Allgemeinheit einzelnen Betrieben geholfen, so protestieren andere Betriebe gegen diese Begünstigung. 3) Der Marktpreismechanismus funktioniert als Informationsmechanismus nur, wenn er zugleich auch Anreiz- oder Ausschlussmechanismus ist. Hohe Preise schließen die Nachfrager aus, die sie nicht zahlen können. „Anbieter machen bei notwendigen Preisanpassungen nach unten aufgrund ihrer zu hohen Kosten Verluste und werden vom Markt verdrängt. Umgekehrt werden Anbieter, die bei Preissteigerungen ihre Produktion an die veränderte Nachfrage anpassen und ausdehnen, mit zusätzlichen Gewinnen ‚belohnt‘. Aufgrund solcher Gewinnchancen wird investiert und neue Anbieter dringen in den Markt ein“ (Hamel 1974, 125). Politische Eingriffe in die Marktwirtschaft sind gewiss möglich, dürfen aber, wenn Marktfunktionen intakt bleiben sollen, ein bestimmtes Maß nicht überschreiten. Umgekehrt ist auch die Planwirtschaft keine „Medizin, die, in kleinen Dosen verabreicht, dieselben Wirkungen hervorbringen könnte, die man von ihrer massiven Anwendung erwarten kann. Sowohl das Wettbewerbsprinzip wie das der zentralen Steuerung werden zu schlechten und stumpfen Werkzeugen, wenn sie unvoll-

ständig sind“ (Hayek 1991, 65f.). Mischen lassen sich Bier und Zitronenlimonade in verschiedenen Proportionen. Nicht mischen lassen sich zwei Strukturen (Markt- und Planwirtschaft), bei denen obligatorische Momente der einen Struktur die Existenz der anderen Struktur beeinträchtigen oder außer Kraft setzen.

In jeder modernen Gesellschaft herrscht die Notwendigkeit einer Proportionierung der Arbeiten, die auf die verschiedenen Arbeitszweige und Betriebe verteilt werden, und die in IIb genannten Aufgaben sind zu bewältigen. Die Marktwirtschaft stellt kein neutrales oder technisches Mittel für diese Zwecke dar, sondern erfüllt sie, indem sie die Entwicklung des Reichtums in einer Richtung fördert, die ein Entstehen der kapitalistischen Ökonomie begünstigt. Wer Märkte in der nachkapitalistischen Gesellschaft „nutzen“ will, muss angeben, wie mit diesen Tendenzen umgegangen werden soll.

J.-F. Anders meint, an der Waren- und Geldwirtschaft gebe es solange nichts auszusetzen, wie in ihr „kein privater Erwerb von Produktionsmitteln zulässig“ ist und die Arbeitskraft nicht privat „als eine Mehrwert erzeugende Ware“ gekauft werden kann (Anders 2019, 13). Anders klammert aus, wie bereits die nichtkapitalistische Warenproduktion dazu tendiert, „das Gemeinwesen aufzulösen in einen Haufen von Privatproduzenten“ (MEW 20, 289), die sich an ihren partikularen Vorteilen orientieren und strategisch handeln. Auch für die unter dem Primat staatlicher Vorgaben stehenden Betriebe in der SU galt, wenn sie informell mit anderen Betrieben gehortete Güter tauschten: Sie versuchen, aus der Bedürftigkeit anderer einen eigenen Vorteil zu ziehen und den anderen mit seiner Abhängigkeit unter Druck zu setzen. Über das Zustandekommen des Tausches entscheidet die Zahlungsfähigkeit bzw. der Besitz an Gütern, die man selbst braucht. Negative Effekte sowie Kosten der eigenen Produktion werden externalisiert, um individuell Kosten zu sparen.

Fazit: Wir stehen vor einem Dilemma: Es gibt einerseits gute Gründe dafür, Märkte als einer nachkapitalistischen Vergesellschaftung fremd zu erachten. Andererseits bleibt trotz der in IIa genannten Veränderungen der Wirtschaft angesichts der Probleme der Alternativmodelle zu Märkten (vgl. I) bislang völlig unklar, wie ohne Märkte die wirtschaftliche Vernetzung funktionieren kann. Angesichts der Widersprüche von bisherigen Konzepten, die die Einheit der Gegensätze (Märkte und die nachkapitalistische Gesellschaft) stiften wollen, erscheint es für weiteres Nachdenken unumgänglich, das Dilemma als offenes

Problem zu benennen. Probleme kann nicht lösen, wer von ihnen abstrahiert.

III) J.-F. Anders entschärft Spannungen zwischen verschiedenen Interessen und Bedürfnissen in der kommunistischen Gesellschaft mit einer sehr weitgehenden Idee. Er nimmt, Ernest Mandel zitierend, an, in der nachkapitalistischen Gesellschaft werde Knappheit als Problem nach und nach absterben (Anders 2019, 13f.). Das *künftige* Wachstum der Produktivkräfte sei die Ursache dafür, dass es *übermorgen* in der Befriedigung der *heute* bestehenden Bedürfnisse keinen Mangel mehr gebe. Stillschweigend schließt diese Annahme ein *künftiges* Wachstum der *Bedürfnisse* aus. Die Knappheit wird zudem allein auf den Konsum der einzelnen Individuen bezogen. Der Verbrauch an Schuhen und Kleidern habe, so Mandel, bereits 1987 in den „reichsten Ländern“ (Ebd., 13) „tendenziell einen Sättigungsgrad erreicht“ (Ebd., 14). Unter Bedingungen des Überflusses würden im Kommunismus auch Märkte überflüssig. Wir können jedoch bei der nachkapitalistischen Gesellschaft nicht allein eine Vergrößerung des Vorrats an finanziellen Mitteln infolge des Wegfalls kapitalismusspezifischer Verschwendungen annehmen. Erwartbar ist ein Mehraufwand für bislang im Kapitalismus infolge des Verwertungsimperativs stiefmütterlich versorgte oder aschenputtelmäßig verkümmerte Bereiche. J.-F. Anders hält die Existenz von Knappheit in der nachkapitalistischen Gesellschaft für kein reales Problem, sondern für ein ideologisches. Letzteres verdanke sich einzig und allein der irrigen Vorstellung, dass „die menschlichen Bedürfnisse nun mal unbegrenzt seien“ (Ebd., 13). Vorstellungen von der anzustrebenden Überflusgesellschaft vertragen sich schlecht mit einem gegenwärtig entstehenden Problembewusstsein. Steigerungen der Produktion und Produktivität sind ihm zufolge dann nicht zu befürworten, wenn sie zu mehr negativen ökologischen Effekten führen. Und Einbußen an Produktivität und Produktionsmenge sind erforderlich, wenn anders sich nicht die negativen Effekte der bisherigen Arbeitsbedingungen auf die Arbeitenden überwinden lassen. Wir bedürfen beider: Gutes Leben im Sinne von ‚Praxis‘ einerseits, andererseits Zweck-Mittel-Rationalität und Effizienz – nicht nur bei der Notfallversorgung im Krankenhaus und beim eng gekoppelten System wie dem Bahnverkehr. Eine Verringerung der Effizienz und eine Verlangsamung von Innovationen kann befürwortet werden, wenn gesellschaftliche Debatten Zeit brauchen und die Bevölkerung dieses Sich-Zeit-Nehmen (auch für die öffentliche Erwägung und Beratung) als Moment

der neuen Lebensqualität wertschätzt. Die nachkapitalistische Wirtschaft ist nicht allein eine möglichst effizient zu gestaltende Bedarfsdeckungswirtschaft, sondern auch selbst ein Bereich menschlicher Entwicklung im Sinne von ‚Praxis‘, deren Mangel sich nicht durch mehr Freizeit (infolge von gesteigerter Produktivität) ausgleichen lässt. Es entstehen insofern gute Gründe dafür, die Produktion nicht zu steigern. Wer diese Gründe begreift, verabschiedet sich von der Vorstellung, im Sozialismus würden alle Quellen des Reichtums ungehemmt fließen. Damit entstehen Fragezeichen gegenüber der Erwartung eines Überflusses, angesichts dessen Knappheit „kein Thema“ mehr sei. Anders’ Zielvorstellung gleicht einem Schlaraffenland, in dem keine Situationen existieren, bei denen die Entscheidung für Zweck A nicht zu Einbußen bei Zweck B führen könne, weil ohnehin alles im Überfluss existiere. Bei wirtschaftlichen Entscheidungen lautet die Frage: Auf welchen der verschiedenen Verwendungszwecke wird ein bestimmtes Quantum von Finanzen verwendet, um mit geringstmöglichen Kosten einen größtmöglichen Nutzen zu erzielen? Gewiss kommt in einer nachkapitalistischen Gesellschaft diesem Effizienz-Gesichtspunkt nicht das Primat zu. Daraus folgt aber nicht, eine solche Gesellschaft könnte bei der Verwendung von Finanzen auf diese Rechnungsweise verzichten.

1 Der komplette Text meiner Antwort steht unter: http://www.meinhard-creydt.de/cms/wp-content/uploads/2020/03/2020_creydtantwortanders9.pdf. Dort finden sich auch die Literaturangaben.

2 Es handelt sich um „offene Systeme, die durch seltene, unvorhersehbare Ereignisse beeinflusst werden, um Systeme mit nichtlinearen Zusammenhängen multipler Faktoren. Die klassische Naturwissenschaft gelangt hier oft nur schwer zu Aussagen“ (Bechmann, Gloede 1991, 127f.).

3 Vgl. dazu a. <https://keimform.de/2010/digital-ist-besser/>.

4 Warum Anders (2019, 12) das von Diane Elson vorgeschlagene „Amt für die Regulierung der öffentlichen Unternehmen“, das „nicht wie die Behörden in den früheren Ostblockstaaten Produktionsziele festlegen und Produktionsmaterial verteilen, sondern bestimmte demokratisch festgelegte Normen für die Nutzung öffentlicher Anlagen durchsetzen“ (Elson)“ soll (Creydt 2019, 41), mit einer zentralen Plan-Behörde gleichsetzt, ist nicht nachvollziehbar. Allgemeine Normierungen unterscheiden sich von konkreten Festlegungen (z. B. in puncto Zahl der Kraftwerke oder Zuweisungen für die Bahn).

WER WEICHT PROBLEMEN AUS?

Zu Creydots Entgegnung

I

In seinen Arbeiten zur zukünftigen nachkapitalistischen Gesellschaft hat Creydt Aufgaben, die in solchen Gesellschaften gelöst werden müssen, dargestellt und dazu Vorschläge gemacht. Ich habe zwei dieser Probleme (die auch Creydt für zentral hält) dargestellt und Creydots Lösungsvorschläge als nicht problemlösend kritisiert. Sodann habe ich darauf hingewiesen, dass in der trotzkistischen Theorie-Tradition überzeugendere Vorschläge erarbeitet wurden. Diese habe ich in meiner Creydt-Kritik kurz dargestellt und dann kritisiert, dass Creydt sie nicht zur Kenntnis genommen hat.

II

Wie Creydt zu Beginn erklärt, bemüht er sich in seiner Entgegnung nicht um eine Zurückweisung meiner Kritik an seinen Lösungsvorschlägen – wegen der „engen Platzvorgaben“, wie er schreibt. Doch auch in der Langfassung seiner Entgegnung bemüht er sich nicht darum. Creydt stellt stattdessen den „Kontext“ seiner Lösungsvorschläge dar, den er in meiner Kritik vermisst. Er wiederholt dabei seine Überlegungen gegen Rätedemokratie und Planwirtschaft und seine Kritik an anderen Linken, von denen er vage als „manche“ oder als „viele“ Linke spricht, so dass sich kaum feststellen lässt, ob seine Kritik wirklich jemanden trifft.

III

Creydt überschreibt seine „Entgegnung“: „Ausweichen vor Problemen hilft niemand“. Wer würde dem widersprechen? Doch: wer weicht hier Problemen aus? Ich habe zwei zentrale Probleme zukünftiger nachkapitalistischer Gesellschaften thematisiert, die Creydotschen Lösungsvorschläge kritisiert und Alternativen vorgestellt. Mit all dem setzt Creydt sich allerdings nicht auseinander. Eine solche Entgegnung klärt leider gar nichts, sondern stellt in der Tat ein „Ausweichen vor Problemen“ dar.

J.-F. Anders

DIE ANTIDEUTSCHEN – EIN TRAUERSPIEL

Die sogenannten Antideutschen rekrutierten sich – zumindest ursprünglich – aus linken Kreisen und hatten in ihren Anfängen eine antiimperialistische Grundtendenz. Davon ist nichts mehr übriggeblieben, seit sie sich zu Erfüllungsgehilfen staatlicher Repression gegen Linke gemacht haben.

■ **Wolfgang Cürten**

Am 9.01.2020 kam über dpa eine Meldung rein, dass das Auswärtige Amt in Berlin den Ausbau israelischer Siedlungen im besetzten Westjordanland kritisiert habe. Zuvor hatte die israelische Menschenrechtsorganisation *Peace Now* mitgeteilt, Israel treibe den Bau von über 1900 Wohnungen voran. Ein Sprecher des Auswärtigen Amtes habe gesagt, man habe die Beschlüsse Israels „mit großer Sorge“ zur Kenntnis genommen. „Die Bundesregierung ruft dazu auf, alle Schritte zu unterlassen, die eine friedliche Konfliktlösung im Nahen Osten weiter erschweren.“

Repressionsmaßnahmen unterhalb des Verbots einer Organisation

Ja darf die deutsche Regierung das überhaupt? Wenn es nach den sogenannten Antideutschen geht, nein. Nach deren Meinung ist jegliche Kritik an israelischer Politik nicht gestattet. Das wäre dann noch nicht so verheerend, wenn diese Position nicht auf die Denunziation und Verhinderung zahlreicher kritischer, emanzipativer Positionen und Veranstaltungen hinauslaufen würde.

So berichtete die Zeitschrift „Jüdische Stimme für gerechten Frieden“ von einem absurden Diffamierungsversuch.

„Eine Leipziger Gruppe hat jetzt vom Mercure Hotel MOA Berlin verlangt, seine Räume nicht der für den 11. Januar 2020 geplanten „Rosa Luxemburg Konferenz“ zur Verfügung zu stellen. Die Begründung der Gruppe: Die Teilnahme von Lea Tsemel, Menschenrechtsanwältin und Protagonistin der Dokumentation „Lea Tsemel, Anwältin“ – einer

hochgelobten Produktion, die auf der Shortlist für die Oscar-Verleihung stand und bereits in der ARD gezeigt wurde.

Der Missbrauch der Antisemitismusrwürfe zwecks Verleumdung jener, die sich für die Rechte der Palästinenser einsetzen, ist nicht neu. Was aber neu ist: Die absurde Behauptung deutscher Aktivist*innen, nach der das Grundrecht auf Rechtshilfe zu Antisemitismus führe, wenn eine israelisch-jüdische Anwältin Palästinenser verteidigt.

Wir beobachten eine Fortsetzung von beunruhigenden Trends in Deutschland: Erstens die Verleumdung von Menschenrechtsaktivisten im Kontext Palästina-Israel; zweitens die Verwendung der IHRA (International Holocaust Remembrance Alliance)-Definition des Antisemitismus zu diesem Zwecke; drittens die Taktik des öffentlichen Drucks auf Inhaber von Veranstaltungsräumen, diese zu verweigern und auf diesem Wege die Rede- und Meinungsfreiheit zu untergraben, wenn es um die Rechte der Palästinenser und derjenigen geht, die sie unterstützen.“¹

Lea Tsemel – eine jüdische Rechtsanwältin, die sich vor israelischen Gerichten für die Rechte der Palästinenser*innen einsetzt – schreibt dazu selbst:

„Ein paar Tage bevor ich in Berlin ankam, schickte mir ein Freund einen in Deutschland im Internet veröffentlichten offenen Brief, der an die Besitzer dieses reizenden Hotels gerichtet war, in dem wir heute freundlicherweise unsere Konferenz abhalten können. Zusätzlich zu mehreren ausdrücklichen Tatsachenverdrehungen werde ich darin als „die antizionistische Aktivistin Lea Tsemel, die für ihre Un-

terstützung und Rechtfertigung des Terrorismus bekannt ist“, bezeichnet. Weiter wird behauptet: „Tsemel ist keine Friedensaktivistin oder Verfechterin der Menschenrechte, sondern sie vertritt eher eine dunkle und antisemitische Weltanschauung.“

Dieser offene Brief aus Deutschland schließt sich der bereits erfolgten intensiven Gegenreaktion und den Protesten an, die in Israel nach der Veröffentlichung des Dokumentarfilms „Advocate“ inszeniert wurden, und diese „Komplimente“ der Verfasser sind nicht fremd für meine Ohren. [...]

Wie ich bereits erwähnte, sind die „Komplimente“ in dem erwähnten offenen Brief für israelische Verhältnisse nicht sehr originell. Dies gilt auch insofern, dass ich als „Antisemitin“ beschimpft werde, was eine der schlimmsten denkbaren Verunglimpfungen ist. In Israel ist die Beleidigung der Wahl normalerweise der Ausdruck „selbsthassende Jüdin“. An diese Bezeichnung habe ich mich im Laufe der Jahre zusammen mit vielen israelkritischen Menschen schon gewöhnt. Wir bekommen das immer zu hören, wenn wir unsere Meinung äußern. Ich muss also damit umgehen.

Nun, ich bin sicher keine „selbsthassende Jüdin“ und ganz bestimmt keine „Antisemitin“. Ich bin vielmehr jemand, der die Besatzung aus tiefstem Herzen hasst. Und ob es mir gefällt oder nicht, ich bin Teil des Besatzungssystems, das Israel dem palästinensischen Volk seit 53 Jahren auferlegt, und Teil der Tragödie, die Israel bereits 1948 in Palästina angerichtet hat.⁴²

Da die Verleumder offensichtlich merken, dass die Diffamierung von Jüdinnen und Juden, die die Politik der rechten israelischen Regierung kritisieren im Grunde absurd ist, greift man zu einem anderen Konstrukt, dem „jüdischen Selbsthass“.

Eine für den 18. Februar diesen Jahres geplante Friedenskonferenz parallel zur „Münchener Sicherheitskonferenz“ konnte nicht stattfinden. Der Grund: Die Veranstalter waren mit einem Stadtrat nicht einverstanden, der dort ein Grußwort halten sollte. Sie lehnten ihn ab, weil er stadtpolitisch ausgerechnet damit in Erscheinung getreten war, dass er das Münchner Eine-Welt-Haus als Treffpunkt von linken, migrantischen, umweltpolitischen und sonstigen Gruppen angegriffen hatte. Unterstellt wurde nun aber den Veranstaltern, dass sie den Stadtrat deshalb ablehnten, weil er jüdischen Glaubens ist. (*Junge Welt*, 23.01.2020)

In der Wochenzeitung „DER FREITAG“ vom 23. Januar erschien ein Artikel der israelischen Journalistin und Menschenrechtsaktivistin Dr. Ilana Hammerman:

„Charlotte Knobloch, die Präsidentin der Israelitischen Kultusgemeinde München, forderte die katholische

Wohltätigkeitsorganisation Caritas auf, die Anmietung einer Halle für eine kleine Aktivistengruppe namens *Die Jüdisch-Palästinensische Dialoggruppe* zu kündigen. Die Aktivisten hatten vor, dort eine Diskussion mit einem Journalisten des Magazins *Der Spiegel* zu veranstalten, der an einem sorgfältigen investigativen Artikel über die fragwürdigen Aktivitäten einer pro-israelischen Lobby-Gruppe mitgewirkt hatte. Die Ziele dieser besagten Gruppe sind, die Unterstützung deutscher Politiker für die gegenwärtige Politik der israelischen Regierung zu gewinnen und jeden und jede, die sich mit dieser Politik kritisch befasst, als antisemitisch abzustempeln, und seien diese Kritiker auch selbst Juden. Der Höhepunkt ihrer erfolgreichen Aktivität war die seltsame Entscheidung, die in diesem Jahr vom Bundestag mit großer Mehrheit getroffen wurde, die BDS-Bewegung (ein gänzlich marginales Phänomen in Deutschland) als antisemitisch zu definieren. [...]

Mit der gleichen Argumentation kündigte bald danach der Bürgermeister von Frankfurt die Überlassung eines Raumes für eine Diskussion über die Einschränkung der Meinungsfreiheit in Deutschland im Fall von Kritik an der israelischen Politik. In einer Pressemitteilung nannte er namentlich zwei Personen, die bei dieser Veranstaltung sprechen wollten, und proklamierte: Wer „derartige Veranstaltungen organisiert, fördert die Judenfeindlichkeit in unserem Land“. Nichts weniger. Eine dieser beiden Menschen ist eine Jüdin, der andere Palästinenser, beide deutsche Staatsbürger. [...]

Wenn diese Auseinandersetzung richtig verlaufen wäre, würde dieses Land nicht die solidarische Haltung an der Seite der Palästinenser ins Zentrum seiner Antisemitismus-Bekämpfung setzen, sondern den Kampf gegen die extreme Rechte, die immer stärker in der deutschen Gesellschaft Fuß fasst. Schließlich können die meisten antisemitischen Vorfälle diesem Lager zugeordnet werden, darunter auch der mörderische Angriff in Halle gegen eine Synagoge und einen türkischen Imbiss an diesem Yom Kippur.⁴³

Mit dem Vorwurf „Antisemitismus“ hat man eine einfaches, aber umso wirksameres Schlagwort gefunden, um unliebsame und kritische Veranstaltungen zu unterdrücken. Dies reiht sich ein in andere Repressionsmaßnahmen unterhalb des Verbots einer Organisation. Denken wir dabei beispielsweise an den Entzug der Gemeinnützigkeit für Vereine für politische Bildung jenseits von Parteien.

„Im Fall der Aberkennung des Status der Gemeinnützigkeit bei bestimmten Vereinen geht es um ein staatliches Ausbremsen kritisch-bürgerschaftlichen Engagements mit den Mitteln des Steuerrechts.“⁴⁴

Oder denken wir an die geplanten Prozesse gegen Dutzende von Aktivist*innen, die gegen den G-20-Gipfel in Hamburg protestiert haben. Die Bundesrepublik Deutschland bleibt weiterhin eine lupenreine „Demokratie“. Linke Opposition wird – größtenteils – nicht verboten, aber auf subtile Art daran gehindert, sich zu äußern.

„Die größte Bedrohung der Demokratie im Sinne einer Entwicklung zum Faschismus („Faschisierung“) in Deutschland geht gegenwärtig nicht von äußeren oder inneren „Feinden der Demokratie“ oder (Neo-)Nazis aus, sondern von dem umfassenden Aufbau eines autoritären Sicherheitsstaates, mit dem vorgegeben wird, die Demokratie gegen „terroristische“ und andere Gefahren schützen zu wollen. Das heißt nicht, dass Neonazis nicht eine große Gefahr darstellen und schärfstens bekämpft werden müssen, nicht zuletzt weil sie es sind, die für die Wiedereinführung der Todesstrafe oder den umfassenden Ausbau der Repressionsapparate eintreten, die Rassismus und Fremdenfeindlichkeit vorantreiben und den Machthabern und gegenwärtig herrschenden Parteien zum Teil als Alibi ihrer Positionen dienen.“⁵

Dass der Staat dies tut ist nicht verwunderlich, ist es doch ein Teil seines Klassenkampfes. Das Empörende an der ganzen Sache aber ist, dass diese Vorwürfe und Initiativen oft von Menschen kommen, die sich ehemals als Linke verstanden haben und teilweise auch heute noch so tun.

Israel – die Antwort auf Antisemitismus?

Diese ehemals sich links verstehende Strömung meinte sich zur Zeit der Vereinigung der beiden deutschen Staaten als besonders antinational und antideutsch hervorheben zu müssen. Dabei ist selbstverständlich Internationalismus ein Attribut jeglicher revolutionären linken Bewegung. Bald sah diese Strömung aber ihre Hauptaufgabe darin die Politik des Staates Israel ohne Wenn und Aber zu unterstützen. Dies ging so weit, dass einige Protagonist*innen der Antideutschen diverse Nato-Kriegseinsätze befürworteten.

Damit einhergehend entdeckte man im größten Teil der Linken den Antisemitismus, vor allem in dem Teil, der die Politik des Staates Israel offensiv verurteilt und in der palästinensischen Bevölkerung auch Menschen sieht. Ausgehend von der palästinensischen Zivilgesellschaft ruft die zivilgesellschaftliche BDS-Bewegung (inspiriert vom Kampf der Südafrikaner*innen gegen die Apartheid) seit 2005 zu Boykott, Desinvestitionen und Sanktionen gegen Israel auf, bis die dortige Regierung internationalem Recht und den universellen Prinzipien der Menschenrechte nachkommt. Die BDS-Kampagne informiert über bundesweite Aktivitäten

im Rahmen der internationalen BDS-Bewegung und ihre Unterstützer*innen sind damit in den Augen der Antideutschen per se antisemitisch. Sie würden Ungerechtigkeit und Repression auf dieser Welt nur an einem einzigen Staat festmachen, nämlich an Israel und die vielfachen Menschenrechtsverletzungen in anderen Staaten und blutigen Regime völlig außer Acht lassen. Dies ist aber ausgemachter Blödsinn, wie die Vielzahl linker Publikationen belegt. Es gehört zur Tradition linker Bewegungen, dass man Ausbeutung und Unterdrückung im eigenen Land wie auch weltweit kritisiert. Dabei hat Israel weder nach der einen noch nach der anderen Seite ein Alleinstellungsmerkmal.

„In den letzten zwei Jahrzehnten haben die Antideutschen begonnen, sich hauptsächlich auf eines zu konzentrieren: jeden und jede, der/die Kritik an der israelischen Politik äußert, und sei sie noch so milde, rücksichtslos zu attackieren. Ihre Weltanschauung ist bemerkenswert simpel: Antisemitismus sei die Quelle des Bösen, und weil Israel die Antwort auf Antisemitismus sei, sei Israel das absolut Gute.“⁶

This land is mine, God gave this land to me (Pat Boone: The Exodus song)

„Die israelische Politik (mit Unterstützung durch den „Westen“, nicht zuletzt Deutschlands) ist ständiger Quell palästinensischen Leidens. Die permanente Landokkupation, wenn für nötig erachtet verbunden mit Häuserzerstörung, Gefangennahme sich wehrender Angegriffener, Zerstörung landwirtschaftlicher Flächen (Olivenbaumbestände) und Vertreibung der einheimischen Landbevölkerung sind so alltäglich, dass sie in der hiesigen bürgerlichen Presse ganz selten Erwähnung finden, wohl auch aus Gründen der Staatsräson. „Sie hat nicht nur eine Kritikverhinderung zur Folge, sondern in ihrer Logik auch staatliche Institutionen hervorgebracht, die auf die Einhaltung dieser Rason hinwirken sollen. Der Antisemitismusbeauftragte des Bundes mit seinen auf Länderebene arbeitenden Kollegen könnte so was wie ein Blockwartssystem entwickeln, das bis hin zur Denunzierung abweichender Haltungen tendiert. Damit sollen Veranstaltungen im öffentlichen Raum mit israelkritischer Tendenz verhindert werden. So werden zunehmend Auseinandersetzungen mit diesem Thema nicht mehr möglich sein, geschweige denn eine unterstützende Solidarität für die unterdrückte palästinensische Bevölkerung. Hierunter fallen auch Aktionen oder Veranstaltungen zum Thema BDS. Beispiele gibt es bereits: Frankfurt, München, Köln, Göttingen usw. Infolgedessen sind auch durchaus ‚Denkverhinderungen‘ und -tabus möglich: Das ist dann Nährstoff für tatsächlichen Antisemitismus.“⁷

In unserer Kritik an der Politik der israelischen Regierung übertragen wir diese selbstverständlich nicht auf die Menschen jüdischen Glaubens, die ja in vielen Ländern leben. Wir verstehen natürlich die junge jüdische Autorin Juna Grossmann („Schonzeit vorbei“), die auf die Frage in einem Interview im *Wiesbadener Kurier* vom 27.01.2020 „Wie oft passiert es, dass Sie als Jüdin, gar nicht als Deutsche wahrgenommen werden [...] und man Sie zum Beispiel für israelische Politik verantwortlich macht?“ folgendermaßen antwortet: „Inzwischen ist es so, dass ich, sobald ich mich als Jüdin oute, zu 95 Prozent auf Israel angesprochen werde. Ich weiß aber auch, dass Menschen zum Teil wirklich denken, alle Jüdinnen und Juden seien auch Israelis. [...] Pragmatisch wären Fragen zur russischen oder ukrainischen Politik näherliegend. Da nämlich kommen über 90 Prozent der jüdischen Menschen und ihre Familien in Deutschland her. Über deutsche Politik will seltsamerweise nie jemand mit mir sprechen.“

Besonders befremdend, ja absurd wird es, wenn man von antideutscher Seite aus Gruppen wie Occupy, attac oder anderen vorwirft, die sich antikapitalistisch positionieren, dass sie gerade deswegen strukturell antisemitisch seien.

„Sogar die Forderung nach Regulierung des Finanzsystems wird von den Antideutschen pauschal als Antisemitismus angesehen, weil sich dahinter zwangsläufig eine Feindschaft gegenüber jüdischen Bankiers und dem internationalen Zionismus verberge.“⁸

Da muss man sich doch fragen, ob diese Gleichsetzung nicht eher darauf schließen lässt, dass gerade in den Köpfen derer, die diese Vorwürfe machen, die Gleichsetzung von Kapitalismus und Judentum besteht.

„... und wie ist das Gefühl, wenn man so langsam, langsam, langsam driftet nach rechts?“ (Franz Josef Degenhardt: Wildledermantelmann)

Wer mehr über den Weg der Antideutschen ins bürgerliche Establishment (vom Weg des Jürgen Elsässer ganz nach rechts außen ganz zu schweigen) erfahren will, dem sei das erhellende Buch von Gerhard Hanloser „Die andere Querfront“ (2019) empfohlen, was erstaunlicherweise selbst in *Konkret* 1/2020 von Stefan Ripplinger lobend besprochen wurde. In der Vergangenheit war *Konkret* gern ein Forum antideutscher Autor*innen.

Nun bräuchte man sich vielleicht nicht so viele Gedanken zu machen, denn der langsame Weg von ehemaligen Linken nach rechts ist nicht unbedingt etwas Neues. Unangenehm ist aber, dass junge, noch nicht lange politisierte Genossinnen oder Genossen auf diese Argumenta-

tion reinfallen und Gruppen, die sich gegen Imperialismus positionieren, bei ihrer Informationsarbeit behindern und dafür sorgen, dass man ihnen keine kommunalen Räume zur Verfügung stellt. Inzwischen wird das bei kirchlichen Räumen genauso versucht. Dabei genügt es schon, wenn man auf seiner Website einen Link zur BDS-Bewegung hat.

Eine weitere wenig amüsante Begleiterscheinung ist es, wenn man die Kritik am US-amerikanischen Imperialismus damit als falsch und unberechtigt erklärt, dass man diese Kritik als Antiamerikanismus bezeichnet. Weder ist damit etwas gesagt, noch ist das ein Gegenargument. Ist Antiamerikanismus (dies bezieht sich übrigens immer auf die USA) etwa, dass man keine Hamburger isst, keine Cola trinkt und Volksmusik der Heavy Metal-Richtung vorzieht? Seit ich denken kann, hat linke Kritik an den blutigen Militäreinsätzen der USA (und ich beziehe mich hier nicht auf Omaha Beach) uns nicht davon abgehalten, mit dem anderen Amerika verbunden zu sein, mit der Antikriegsbewegung, mit Mumia Abu-Jamal, mit Angela Davies oder Joan Baez.

„Ich danke dir, Gott, daß ich nicht bin wie die anderen Leute, Räuber, Ungerechte, Ehebrecher, oder auch wie dieser Zöllner.“ (NT, Lukas 18,11)

„Nach dreißig Jahren antideutscher Publizistik stellt sich die Frage, welchen Gegner diese aus der linken kommenden antideutschen Medienschaffenden, Texter und Autorinnen eigentlich vor Augen hatten und haben. Von Pohrts (erst antideutscher Schriftsteller, dann in Distanz dazu, gest. 2018, d. Verf.) chauvinistischer Herabsetzung ‚piepsstimmiger Erzieherinnen‘ der Golfkriegszeit bis heute scheinen es selten die Herrschenden und Mächtigen zu sein. Wenn sich ab dem Mauerfall eine sich mit den Herrschenden konfrontierende [und] damit riskante Praxis finden lässt, so jenseits der antideutschen Logik.“⁹ Und er zählt hier ein breites Spektrum auf von Antifa-Arbeit bis Mobilisation gegen das Hartz IV-Regime, von der Antiglobalisierungsbewegung bis zur Solidarität mit dem demokratischen Konföderationsprojekt in Rojava. Er zählt so ziemlich alles, auf was linke Menschen in den letzten dreißig Jahren bewegt hat. „Bei aller Kritik, die an diesen Bewegungen und Diskussionen formuliert werden kann, teilen sie bis heute die Einschätzung, das Wissen und die Erfahrung, die das Graffiti artikuliert, das lange Jahre auf dem 1990 besetzten und 1991 legalisierten Haus in der Köpenicker Straße 137 angebracht war: Die Grenzen verlaufen nicht zwischen den Völkern, sondern zwischen oben und unten.“¹⁰

Die vornehmste Aufgabe einer revolutionären Linken, die einen Systemwechsel für notwendig hält, wäre, die

verschiedenen kleinen oppositionellen Pflänzchen zu einer schlagkräftigen gemeinsamen Organisation zusammenzufassen. Dies bedeutet einen dornigen Weg gemeinsamen Handelns, gemeinsamer solidarischer Diskussion und den Willen, eine gesellschaftliche Kraft zu werden.

Genau das aber wollen die Antideutschen nicht. Im Grunde verachten sie alle, außer sich selbst. Der Klassenkampf von oben, die durch die neoliberale Gegenreform – der sich die europäischen Sozialdemokratien angeschlossen haben – ständig verschlechterte Lage der Arbeiter*innenklasse, hat doch gerade zum Aufstieg der Rechten geführt. (Leseempfehlung: Didier Eribon: „Rückkehr nach Reims“, Edouard Louis: „Wer hat meinen Vater umgebracht“) „So bleiben sie eben, was sie stets gewesen sind: „kleine Leute“. Solche, die man ausnutzt, betrügt und von oben herab behandelt. „Kleine Leute“, die es denen da oben, die immer gegen sie sind, zeigen wollen, wenn sich eine Situation dafür bietet, bzw. wenn sie es nicht mehr ertragen können, nicht zur Kenntnis genommen zu werden. Wenn man allzu sehr mit ihren Interessen und ihrer Würde Schindluder treibt.“¹¹

„Wer will, dass die Welt so bleibt, wie sie ist, der will nicht das sie bleibt.“ (Erich Fried)

Wenn man sich die zum Teil zynischen und menschenfeindlichen Parolen der Antideutschen ansieht (etwa „Bomber-Harris Flächenbrand – Deutschland wieder Ackerland!“ „Bomber-Harris und die Flut – das tut allen Deutschen gut!“ „Von der Saar bis an die Neiße, Bomben drauf und weg die Scheiße!“ „Wir tragen Gucci, wir tragen Prada, Tod der Intifada!“)¹², dann weiß man eines sicher: Es geht um die eigene Selbstdarstellung: So radikal wie wir ist keiner! Und es geht nicht darum, eine antifaschistische Arbeit auf eine breite Basis zu stellen und schon gar nicht darum, die verschiedenen linken Ansätze mit breiteren sozialen Kämpfen zu verbinden.

Man hält das sogar für falsch, das Dritte Reich wird als quasi „Sozialstaat“ umgelogen und die Ideologie und Lügen des Faschismus werden für „bare Münze genommen“.¹³ Man kann seine Deutschenfeindlichkeit gar nicht laut genug ausposaunen. Man dichtet allen Deutschen qua Geburt einen nationalsozialistischen Volkscharakter an und merkt dabei gar nicht, wie man selbst völkischem Denken verfallen ist.

„Die sozialchauvinistischen Parolen, wie „Nazi-Staum im Plattenbau“ und „Wir haben Arbeit und ihr nicht“, die hier und dort auf Antifa-Demos zu hören sind, nähren mehr und mehr den Verdacht: In der antifaschistischen Bewegung gibt es Kräfte, die ein weitaus dringlicheres Bedürfnis verspüren, die Proletarier zu bekämpfen als die ‚Arier‘.“¹⁴

„Hat man die antideutsche Publizistik vor Augen, so muss nicht nur von einem dramatischen Verfall einer Kultur der linken, aufklärerischen und radikaldemokratischen Konfrontationslust mit dem Establishment gesprochen werden, sondern sie muss als Teil dieser Barbarisierungsspirale begriffen werden. Von ihr geht keine Erneuerung des Imperativs von Rosa Luxemburg ‚Sozialismus oder Barbarei‘ aus, sondern sie hat selbst ihren Anteil am Barbarischen.“¹⁵

Wir werden uns weiterhin für eine kommunistischen Gesellschaft einsetzen, und zwar in diesem Sinn: „An die Stelle der alten bürgerlichen Gesellschaft mit ihren Klassen und Klassengegensätzen tritt eine Assoziation, worin die freie Entwicklung eines jeden die Bedingung für die freie Entwicklung aller ist.“¹⁶ Nur mit dem Verschwinden der Konkurrenz zwischen den Menschen, den Ländern und Nationen lassen sich Kriege, Völkermorde und ein neues Auschwitz verhindern. Wer, wenn nicht eine Rote Armee hätte die überlebenden Opfer von Auschwitz befreien sollen?

- 1 „Jüdische Stimme für gerechten Frieden“ am 07. Januar 2020
- 2 XXV. Internationale Rosa-Luxemburg-Konferenz, Beilage der *jW* vom 29.01.2020, RLK 2020, „Halal Hakibush! – Nieder mit der Besatzung!“,
- 3 Dr. Ilana Hammerman, Hebräisch in der Printausgabe von *Haaretz* am 29.11.2019, übersetzt aus dem Hebräischen von Yossi Bartal (*Jüdische Stimme*) (Hier ein von Ekkehart Drost zusammengestellter Auszug)
- 4 Rolf Gössner (Rechtsanwalt und Publizist) in *Junge Welt*, 11./12.01.2020
- 5 Eberhard Schultze in Susann Witt-Stahl & Michael Sommer (Hrsg.) „Antifa heißt Luftangriff“, S.139
- 6 Ofri Ilany: *Haaretz*-Kolumne „Unter der Sonne“ in <https://diefreiheitsliebe.de/politik/die-pro-israelische-linke-in-deutschland-hat-ein-neues-ziel-gefunden-juden/>
- 7 Walter Wiese: Zur Verunglimpfung-Kampagne des BDS-Aufrufs als antisemitisch, *die internationale* 6/2019, S.27
- 8 Ofri Ilany: *Haaretz*-Kolumne „Unter der Sonne“ a.a.O.
- 9 Gerd Hanloser, „Die andere Querfront“ (2019), S.308
- 10 Gerd Hanloser, a.a.O., S.308
- 11 Friedrich Voßkuhler, „Psyche der Macht, *die internationale* 5/2017, S.17
- 12 <http://demosprueche.blogspot.eu/author/demosprueche/>
- 13 Vgl. den Aufsatz von Susann Witt-Stahl: „Auf dem Weg zur Knechtschaft“ in Susann Witt-Stahl & Michael Sommer a.a.O., S.17ff
- 14 Susann Witt-Stahl & Michael Sommer a.a.O., S.10
- 15 Gerd Hanloser. a.a.O., S.310
- 16 Karl Marx & Friedrich Engels: „Manifest der kommunistischen Partei“ von 1848

75 JAHRE PENZBERGER MORDNACHT

Mit diesem Artikel will der Autor „auf ein vergessenes Ereignis aufmerksam machen, das über Penzberg hinaus kaum bekannt ist. (Penzberg liegt ca. 60 km südlich von München und war lange ein „rotes Nest“ im ansonsten tiefschwarzen Umland.)“. Am 28. April 1945 wurde in Penzberg die Besatzungsmacht von der Bevölkerungsmehrheit sehnsüchtig erwartet.

■ Paul B. Kleiser

Als erste größere Stadt im Westen eroberten die US-amerikanischen Truppen im Oktober 1944 Aachen. Angesichts der sich abzeichnenden Niederlage des nationalsozialistischen Deutschlands kündigte der aus München stammende „Reichsführer SS“, Heinrich Himmler „Werwolf-Aktionen“ an, die gegen die Truppen der kommenden Siegermächte nach Art der Partisanen durchgeführt werden sollten. Im Frühjahr 1945 rief auch das Großmaul Joseph Goebbels, der bereits am 18. Februar 1943 nach der Niederlage der Wehrmacht in Stalingrad im Berliner Sportpalast den „totalen Krieg“ verkündet hatte, jeden Deutschen dazu auf, bis zur Selbstvernichtung zu kämpfen. Für die „Wehrwölfe“ seien „jeder Bolschewist, jeder Brite und jeder Amerikaner auf deutschem Boden Freiwild. Wo immer wir eine Gelegenheit haben, ihr Leben auszulöschen, werden wir das mit Vergnügen und ohne Rücksicht auf unser eigenes Leben tun. Hass ist unser Gebet und Rache unser Feldgeschrei. Der Werwolf hält selbst Gericht und entscheidet über Leben und Tod.“ (vgl. Longenrich 2010: 668f.)

Im Radio waren „Werwolf-Sender“ zu hören, die vollmundig dazu aufriefen, „hinter dem Rücken des Feindes den Kampf für Freiheit (!) und Ehre unseres Volkes fortzusetzen“, „sich niemals dem Feinde zu beugen“, und ohne Beschränkung der Mittel „Widerstand über Widerstand“ zu leisten. (Tenfelde 1982: 375)

Doch es fanden zum Glück nur relativ wenige solche Aktionen statt. Sie richteten sich fast ausschließlich gegen Menschen, die vom Krieg die Schnauze voll hatten und sich nicht mehr in selbstmörderische Abenteuer stürzen wollten. So wurde der von den US-Behörden auf Empfehlung des Aachener Bischofs eingesetzte neue Aachener Oberbürgermeister Franz Oppenhoff am 25. März 1945 durch ein per Fallschirm abgesetztes SS-Kommando umgebracht. Der Mörder, der Österreicher Sepp Leitgeb, kam bald darauf in der Eifel durch eine Mine zu Tode. Die Mittäter wurden 1949 zu Gefängnisstrafen verurteilt, aber bereits 1954 amnestiert.

In den Wochen vor Kriegsende organisierte sich in Südbayern die von Hauptmann Rupprecht Gerngroß (nomen est omen), dem Major Alois Braun und dem Leutnant Ottoheinz Leiling gegründete „Freiheitsaktion Bayern“ (FAB). Sie umfasste etwa 200 Mann und verfügte gerade mal über drei Panzer. Gerngroß konnte den Kommandeur des Panzerbataillons Freising Alois Braun sowie Angehörige der Ausbildungsbataillone 19 und 61, dazu einige Offiziere aus München davon überzeugen, mitzumachen. Außerdem beteiligten sich Mitglieder geheimer Widerstandsgruppen in den Münchener Industriebetrieben BMW und Steinheil. Die FAB wollte in Abstimmung mit den US-Truppen, zu denen Kontakt bestand, vorrücken.

Man hoffte, durch Rundfunkansprachen Teile der Bevölkerung für einen Aufstand gewinnen zu können und übernahm daher in der Nacht des 28. April 1945 zwei Rundfunkstationen, nämlich München-Freimann und Erding, im Handstreich. Außerdem besetzte man die Redaktionen des *Völkischen Beobachters* und der *Münchener Neuesten Nachrichten*. Man erklärte den Krieg für beendet und rief die 1933 von den Nazis abgesetzten früheren Bürgermeister auf, wieder in ihr Amt zurückzukehren. Außerdem sollten sich die Bürger zur „Fasanenjagd“ (auf Nazis) aufmachen.

Man verkündete ziemlich vorschnell, die FAB habe „die Regierungsgewalt erstritten“ und verkündete ein Programm mit folgenden Forderungen:

„1. Ausrottung der Blutscherrschaft des Nationalsozialismus, 2. Beseitigung des Militarismus, 3. Wiederherstellung des Friedens, 4. Kampf gegen die Anarchie, 5. Sicherstellung der Ernährung, 6. Wiederherstellung geordneter wirtschaftlicher Verhältnisse, 7. Wiederaufbau des Rechtsstaats, 8. Errichtung einer sozialen Ordnung, 9. Wiedereinführung der Grundrechte, 10. Wiederherstellung der Menschenwürde.“ (Benz 2018: 459)

Gerngroß versuchte auch, den Nazi-Reichsstatthalter in Bayern Franz Xaver Ritter von Epp für die Aktion zu gewinnen. Ritter von Epp war 1919 als Offizier führend an der blutigen Niederschlagung der Münchener Räterepublik beteiligt gewesen und galt früh schon als Unterstützer der NSDAP. Daher machten ihn die Nazis aus Dank 1933 zum Statthalter in Bayern. Gegen Ende des Krieges galt er als „vorsichtiger Kritiker“ des Führers, ohne sich aber in irgendeiner Form oppositionell zu betätigen. Sein Ordonnanzoffizier Günther Caracciola hingegen bedrängte von Epp, sich an der FAB zu beteiligen; er stand mit den aufständischen Offizieren in Kontakt und wurde deswegen von der SS erschossen. Von Epp kam nur in „Ehrenhaft“.

Die Einschätzung von Gerngroß durch den US-amerikanischen Geheimdienst CIC (Counter Intelligence Corps) war nicht besonders positiv. Sie rechneten ihn zu einer „selbststilisierten pro-alliierten Gruppe von Deutschen, die sich als Führer eines Neuen Deutschland dünken“. Über die Person Gerngroß heißt es in der Stellungnahme: „Ein Opportunist ohne grundlegende Glaubensprinzipien, nur mit einem gewissen Genuß an Macht und an Einfluß, den er plötzlich auszuüben vermochte.“ (Benz 2018: 461)

Die FAB war nur in Augsburg erfolgreich, wo sie die kampflose Übergabe der Stadt an die US-Truppen absichern konnte. In anderen Dörfern und Städten kam es zu einer furchtbaren Rache an übergabewilligen Frauen und

Männern durch die SS oder die Wehrmacht. In Götting im Landkreis Rosenheim wurden der Volksschullehrer und der Pfarrer des Dorfes, die auf dem Rathaus die bayerische Fahne gehisst hatten, bestialisch ermordet. Dasselbe galt auch für den Regierungsrat Dr. Franz Seiff in Landshut.

Einen hohen Blutzoll zahlten die Hochburg des bayerischen Katholizismus Altötting und die der oberbayerischen Arbeiterbewegung, die Bergarbeiterstadt Penzberg. In beiden Städten wurden die NS-Vertreter festgesetzt und die öffentliche Gewalt von Hitler-Gegnern übernommen. In Altötting ließ der stellvertretende Landrat Josef Kehrer, der mit Gerngroß bekannt war, durch die Feuerwehr prominente Nationalsozialisten festnehmen. Der Nazibürgermeister Karl Lex beging daraufhin Selbstmord. Der in Neuötting im Lazarett liegende Oberstleutnant Karl Kaehne (1899–1969), ein früherer Freikorpsoldat, drang in Begleitung zweier weiterer Offiziere ins Landratsamt ein und schoss Kehrer nieder; dieser starb am übernächsten Tag. Auf Ersuchen des Mühldorfer NSDAP-Kreisleiters Fritz Schwägerl (der zu Kriegsende Selbstmord beging) wurde die SS-Kampftruppe Trummler unter Führung des Obersturmbannführers Werner Hersmann (1904–1972) nach Altötting in Marsch gesetzt. Dort wurde eine Liste von Oppositionellen erstellt und Josef Bruckmayer, Hans Riehl, Martin Seidl und Adam Wehnert sowie der Administrator der Gnadenkapelle Pfarrer Adalbert Vogl ohne Verfahren im Hof des Landratsamtes erschossen („Bürgermord von Altötting“, vgl. www.altoetting.de/unserer-stadt/stadtgeschichte/opfer-des-28-april-1945/). Die Gerichtsverfahren endeten später mit geringen Strafen oder gar Freisprüchen; nur Hersmann wurde 1958 wegen seiner Gräueltaten in der Sowjetunion zu 15 Jahren Zuchthaus verurteilt.

Neben Peißenberg und Hausham war Penzberg ein Zentrum der Kohleförderung. „Die Zeche war, so möchte man vergrößernd sagen, die Stadt, und die Stadt war die Zeche – was man hier an Beschwerden und Gegensätzen erfuhr, das setzte sich dort fort, verdichtete sich zu einem Erfahrungsbild der Zweiseitigkeit und Gegensätzlichkeit, aber auch der eigenen Stärke durch das Gewicht der großen Zahl.“ (Tenfelde 1982: 44) Zeitweilig arbeiteten bis zu 5000 Kumpel und Angestellte im Bergwerk.

Auch in Penzberg kehrte der frühere SPD-Bürgermeister Hans Rummer¹ nach dem Aufruf der FAB ins Rathaus zurück. Doch der als besonders brutal bekannte Münchener Gauleiter Paul Giesler, der seit 1942 formal auch bayerischer Ministerpräsident war und Heinrich Himmler nach-

folgen sollte, schickte sein berüchtigtes, aus fanatischen Nazis bestehendes „Freikorps Adolf Hitler“. Es wurde vom Nazi-Schriftsteller Hans Zöberlein, der bereits 1921 der Partei beigetreten war, angeführt.

Bereits im Februar 1945 war von Giesler über Südbayern das Standrecht verkündet und in München ein Standgericht eingerichtet worden, um diejenigen abzuurteilen, die sich aus „Feigheit oder Eigennutz“ der „Verpflichtung zur Verteidigung“ entzogen. Es konnte nur auf Todesstrafe, Freispruch oder Überweisung an ein ordentliches Gericht erkennen.

Der SPD-Bürgermeister von Penzberg (bis 1933) Hans Rummer hörte gleich vielen anderen Menschen im Morgengrauen des 28. April die Nachrichten der FAB im Radio. (Penzberg liegt etwa 60 km südlich von München.) Darunter war auch die Aufforderung, die geplante Zerstörung von Industriebetrieben zu verhindern. Es gab in Penzberg zwei antifaschistische Freundeskreise; einer bestehend aus ehemaligen Sozialdemokraten, der andere aus früheren Kommunisten. Offenbar gab es zwischen den beiden informellen Kreisen Absprachen für den Fall des Kriegsendes. Man hatte eingesehen, dass die Konfrontation Anfang der 1930er Jahre für die beiden Arbeiterparteien SPD und KPD höchst schädlich gewesen war. Hans Rummer konnte in Verhandlungen mit dem Leiter Dr. Ludwig die Stilllegung des Zechenbetriebs erreichen; er machte sich sodann mit den früheren Genossen Franz Biersack, Michael Boos, Johann Dreher und Sebastian Reithofer zum Rathaus auf, wo sich auch die im Kommunistenprozess von 1933 wegen „Hochverrats“ verurteilten Kommunisten Ludwig März, Johann Kuck, Michael Badlehner, Paul Schwertl und Rupert Höck einfanden. Rummer jagte den von den Nazis eingesetzten Bürgermeister Josef Vonwerden aus dem Haus, beriet sich mit der Verwaltung über die nächsten Maßnahmen und rief zu einer Kundgebung vor dem Rathaus für den Nachmittag auf.

Gegen 7 Uhr morgens traf eine Wehrmachtseinheit ein, die das Rathaus umstellte und die dort Anwesenden unter Arrest stellte. Nach Rücksprache mit Giesler wurde der Volkssturmführer Zöberlein nach Penzberg geschickt, um dort „für Ordnung“ zu sorgen. Bereits vor seinem Eintreffen wurden die im Rathaus Weilenden auf Befehl von Oberstleutnant Berthold Ohm (1893–1967) am Nachmittag erschossen.

Gegen Abend traf dann Zöberlein mit seinen etwa 100 Mann, die sich als „Werwölfe“ verpflichtet hatten, in Penzberg ein und vereinigte sich mit den Männern von

Oberstleutnant Hans Bauernfeind, der sich ohne Befehl nach Penzberg begeben hatte. Er war von Oberst Ludwig Hörl aus Garmisch über die Aktion in Penzberg informiert worden. Zöberlein und Bauernfeind ließen nun mit Hilfe von Vonwerden Listen über politisch unzuverlässige Bürger*innen anfertigen, an denen auch Polizeimeister Kugler mitwirkte. Zum Glück wurde einigen das geplante Vorgehen bekannt, sodass sie die Flucht ergreifen konnten. Ergriffen wurden hingegen Johann Zenk und seine hochschwangere Frau Therese, Gottlieb Belohlawek, Franz Biersack, Johann Summerdinger und Albert Grauvogel. Erhängt wurde – wohl aus Gründen persönlicher Rache – auch das Ehepaar Agathe und Franz Xaver Fleißner, das sich nie politisch exponiert hatte. Der Mordorgie entkommen konnten Sebastian Tauschinger, weil der Strick riss, sowie Franz Schwab, der angeschossen wurde und fliehen konnte. In der Heimstettensiedlung, einer Hochburg der Kommunisten, war es zu einer Schießerei mit dem Werwolfkommando gekommen; dieses wagte es angesichts des Widerstandes und der Nacht nicht, weiter vorzudringen. Einen Tag später zogen US-Truppen kampflos in Penzberg ein.

In Penzberg wurde die Besatzungsmacht von der Bevölkerungsmehrheit sehnsüchtig erwartet. „Es schien, als hätte sich der Faschismus in den Seelen der Deutschen in Luft aufgelöst. Statt wilder Bestien standen winkende Leute am Straßenrand und fraßen den Besatzern Schokolade aus der Hand. Wie war das möglich? Der Hass, der sie dazu gebracht hatte, im Endkampf sogar Schulkinder zu opfern, konnte doch unmöglich nur ein flüchtiger Spuk gewesen sein.“ (Jähner 2019: 375)

Da die US-Besatzungsmacht den Bitten von Einwohnern, die Schuldigen an der Mordtat standrechtlich hinzurichten, nicht nachkommen wollte, begann erst am 14. Juni 1948 der Prozess. Bauernfeind und Zöberlein wurden zum Tode verurteilt, Ohm erhielt 15 Jahre Zuchthaus, die Mitglieder des „Werwolfs“, Felix Achtelik und Martin Rebhahn erhielten lebenslang, Ferdinand Zila dreieinhalb Jahre Zuchthaus. Der Abteilungskommandeur des Werferregiments 22 Hauptmann Kurt Bentrött und dessen Batteriechef Fritz Rethage wurden freigesprochen.

Die weitere Geschichte der Verurteilten nach Gründung der BRD gereicht dem Land zu großer Schande: Die Todesstrafen wurden in lebenslänglich umgewandelt und in weiteren Prozessen zwischen 1950 und 1956 immer weiter herabgesetzt, weil sie sich auf den angeblichen „Befehlsnotstand“ beriefen. Bauernfeind wurde schließlich

gleich Ohm freigesprochen; Zöberlein 1958 „aus gesundheitlichen Gründen“ aus der Haft entlassen.

Literatur:

- Benz, Wolfgang, 2018: *Im Widerstand*. Größe und Scheitern der Opposition gegen Hitler, München (C.H.Beck).
- Broszat, Martin/Fröhlich, Elke/Wiesemann, Falk, 1977: *Bayern in der NS-Zeit*. Soziale Lage und politisches Verhalten der Bevölkerung im Spiegel vertraulicher Berichte, München und Wien (Oldenbourg).
- Jähner, Harald, 2019: *Wolfszeit*. Deutschland und die Deutschen 1945-1955, Berlin (Rowohlt).
- Longerich, Peter, 2010: *Joseph Goebbels*. Biographie, München (Siedler).
- Tenfelde, Klaus, 1982: *Proletarische Provinz*. Radikalisierung und Widerstand in Penzberg/Oberbayern 1900-1945, München (Oldenbourg).

1 Johann (Hans) Rummer wurde 1880 in Penzberg geboren und wuchs in der Bergarbeiterkolonie auf. Er war Hauer und wurde zunächst ehrenamtlicher, ab 1921 hauptamtlicher Bürgermeister der Kommune, die 1918 zur Stadt erhoben worden war. Bis 1933 war er die beherrschende Persönlichkeit sowohl der Sozialdemokratie als auch der Gemeinde. Den Bürgerlichen war der „Sozi“ natürlich ein Dorn im Auge. Während die Bayerische Volkspartei in Oberbayern stets die Stimmenmehrheit bekam, erreichte die SPD in Penzberg einen Stimmenanteil von bis zu 75%! (Tenfelde 1982: 105f.) Ab 1929 erfolgte dann ein fulminanter Aufstieg der KPD (Reichstagswahl Juli 1932: KPD 44,1%, SPD 28,2%; zum Vergleich Bayern: SPD 17,1%, KPD 8,3%. (ibid.: 191)



Neu bei ISP



Paul B. Kleiser
**Der Heimathorst
 oder
 Bayern ohne Lederhosen**


Eine kritische Geschichte
 188 Seiten, 19,80 Euro
 ISBN 3-89900-155-6

In der Präambel der »weiß-blauen Grundsätze der Bayernpartei« kann man lesen: »Bayern ist der älteste Staat des deutschen Sprachgebiets und einer der ältesten Staaten Europas. Das bayerische Volk hat ein echtes, ererbtes und gefestigtes Staatsbewusstsein. Aufgrund seiner Vielfalt und Traditionen haben die Bayern einen tiefen Grund, ihr Vaterland und ihre bairische, fränkische und schwäbische Heimat zu lieben.«

Die meisten Anhänger konservativer Parteien und Organisationen, vor allem der CSU, würden diesen Aussagen zustimmen und von 1 000 Jahren bayrischen Staatswesens sprechen. Der große Oberpfälzer Historiker Karl Bosl nannte diese Position zu Recht eine »pseudohistorische Ideologie«.

Die Mythenbildung ist in Bayern wohl wegen der langen Herrschaft der Wittelsbacher und wegen des katholischen Partikularismus besonders ausgeprägt. Das spezifische Sonderbewusstsein der Bayern entwickelte sich unter dem Eindruck der Reformen des Grafen Montgelas, der Befreiungskriege gegen Napoleon und der Kulturpolitik von König Ludwig I. erst langsam im Verlauf des 19. Jahrhunderts. Das Buch dekonstruiert den »Bayernmythos« und stellt ihm eine Geschichte der sozialen Kämpfe und Auseinandersetzungen bis heute entgegen. Es erklärt den Niedergang der CSU seit dem Tod von Franz Josef Strauß und dem Scheitern der WAA in Wackersdorf und beleuchtet die gegenwärtigen Umbruchprozesse, die tendenziell der bayerischen Sonderstellung ein Ende bereiten.

Neuer ISP Verlag GmbH

 (0721) 3 11 83

neuer.isp.verlag@t-online.de

www.neuerispverlag.de

VOM BRUCH MIT STALIN ZUR ARBEITER- SELBSTVERWALTUNG

„Die jugoslawische Arbeiterselbstverwaltung und die damit einhergehende Selbstverwaltung der Kommunen sind heutzutage fast vergessen. Von den 1950er bis in die 1970er Jahre war das Projekt, das die jugoslawischen Vierzig Kommunist*innen ‚erfunden‘ hatten, nachdem sie 1948 von Stalin exkommuniziert worden waren, in aller Munde.“ Titos Tod am 4. Mai vor vierzig und die Einführung der Arbeiterselbstverwaltung am 27. Juni vor siebzig Jahren sind Anlass genug für eine Rückbesinnung.

■ Paul Michel

Am 28. Juni 1948, dem Jahrestag der Schlacht auf dem Amsfeld, erfuhr die Welt durch eine kurze Zeitungsmeldung vom Rauswurf Jugoslawiens aus der Kominform. Die internationale Öffentlichkeit reagierte darauf mit Ungläubigkeit.

1948: Der Bruch zwischen Tito und Stalin – und die Folgen

Viele im Westen hielten den Ausschluss Jugoslawiens für einen „Bluff“. Denn bei ihnen hatte Jugoslawien bisher als „Musterschüler“ Stalins gegolten.

Für die jugoslawischen Kommunisten war die „Exkommunikation“ durch Stalin ein schwerer Schock, obwohl sie in den letzten Monaten erlebt hatten, dass sich die Beziehungen zwischen Belgrad und Moskau immer stärker eingetrübt hatten. Trotz aller Konflikte war die Sowjetunion für die Führer der jugoslawischen KP noch immer das große Vorbild und dessen Führer Stalin ein Halbott.

Der Schock machte sich bei einigen Männern aus der jugoslawischen Führung sogar in Form von psychosomatischen Störungen bemerkbar. Tito selbst und Boris Kidric wurden depressiv. Djilas gingen plötzlich die Haare aus und für Mose Pijade war die Resolution der Kominform „das Ende der Welt“.

Tito und die anderen Führungsmitglieder wollten deshalb zu diesem Zeitpunkt den Streit nicht ideologisch zuspitzen. Sie erklärten, dass es sich um Missverständnisse handle und konzentrierten sich darauf, zu versichern, dass die an sie gerichteten Vorwürfe nicht zuträfen. Der Konflikt wurde als rein innerstaatlicher Konflikt dargestellt. Es wurde auf das Recht Jugoslawiens auf eigenständiges Handeln abgehoben, gleichzeitig aber keine Kritik am Modell Stalins geübt. Auf dem 5. Parteikongress der jugoslawischen KP am 21. Juli 1948, dem ersten seit Ende des Zweiten Weltkriegs, wurden während der Anfangs- und den Schusszeremonien begeisterte Hochrufe auf Stalin

angestimmt. Tito erklärte später das aus heutiger Sicht seltsam anmutende Verhalten so, dass sie zu diesem Zeitpunkt befürchteten, dass viele Parteimitglieder eine aggressive Reaktion ihrer Führung auf die Angriffe Moskaus nicht verstanden hätten.

Der Kampf gegen „Kominformisten“

Die Kerngruppe der KP-Führung Jugoslawiens trat geschlossen auf. In den Führungskreisen der jugoslawischen KP gab es lediglich zwei Männer, die schon seit Beginn der Konflikte erkennen ließen, dass sie auf der Seite der Sowjetunion standen: Andrija Hebrang, der lange Chef der nationalen Planungskommission war, und Finanzminister Sreten Zuvovic. Beide waren bereits im April 1948 unter Hausarrest gestellt worden und wurden noch vor dem 20. Juni ihrer Posten enthoben.

Moskau startete sogleich eine heftige Propagandakampagne, die in der Aufforderung gipfelte, die aktuelle jugoslawische Führung zu stürzen. Allerdings fand sich dafür nie auch nur eine zahlenmäßig relevante Minderheit in der jugoslawischen Partei. Letztendlich blieben in der ca. 400 000 Mitglieder starken KP die Sympathisant*innen Moskaus eine verschwindende Minderheit. Nur in Montenegro gab es eine signifikante pro-Moskau Minderheit, in anderen Republiken nicht.

Es gelang Tito, Kardelj, Djilas und Rankovic die offenen und verdeckten Anhänger Moskaus, zu isolieren, um dann wenig später gegen sie mit harter Repression vorzugehen. Ab 1949 wurden viele tausend Menschen als „Kominformisten“ verhaftet, 16 000 von ihnen auf die Insel Goli Otok gebracht, wo sie unter grauenhaften Bedingungen festgesetzt und „umerzogen“ wurden. Aus der Auseinandersetzung mit Stalin ging die jugoslawische KP Führung gestärkt hervor. Von April 1948 bis Dezember 1948 stieg die Zahl der KP Mitglieder von 285 000 auf 483 000.

Suche nach neuen Wegen

Es dauerte bis zum Januar-Plenum von 1949, bis die jugoslawische Führung erstmals eine Kritik der Politik der UdSSR vornahm. Djilas sagte: „Wir verteidigen den proletarischen Marxismus-Leninismus und Internationalismus gegen jene, die ihn entstellen.“ Bis 1950 entwickelte die jugoslawische Führung eine Kritik an der sowjetischen Bürokratie. Im Frühjahr 1949, nach einem Treffen des Politbüros in Split, begann die KP-Führung, nach neuen Wegen zu suchen und erste Umrisse dessen, was später als Arbeiterselbstverwaltung firmieren sollte, zu entwi-

ckeln. Sie griff den alten Marx'schen Gedanken wieder auf, wonach im Sozialismus der Staat „absterben“ solle. Hier taten sich besonders der Parteitheoretiker Edvard Kardelj und eine Reihe von Akademikern hervor. Kardelj knüpfte bei seinen Überlegungen zur Konzeption einer auf Selbstverwaltung gestützten Alternative ausdrücklich an die Ausführungen von Marx zur Pariser Kommune an. Kardelj schrieb in einem Artikel in der Zeitschrift *Kommunist* im Mai 1949, die Arbeiter müssten stärker aktiv an der Verwaltung der Staatsgeschäfte beteiligt werden, „in Form verschiedener Kommissionen oder Räte, die an die Volksausschüsse angegliedert sind, durch die Einbeziehung lokaler Aktivisten, durch Einrichtung von Bürgerkontrollräten.“

Die jugoslawische Führung hatte auch sehr pragmatische Gründe für ihren Kurs in Richtung Arbeiterselbstverwaltung. Zu diesem Zeitpunkt war der Führung der KP die Kontrolle in den Betrieben entglitten. Die Arbeitsmoral war niedrig, die erhofften Produktivitätszuwächse blieben aus. Im Mai 1949 war bei einem Treffen zwischen Wirtschaftsfachleuten und Gewerkschaftern die Rede davon, dass die Direktoren der Betriebe sehr autoritär mit den Belegschaften umsprangen und es keinerlei offene Kommunikation zwischen Belegschaften und Betriebsleitern gab. Es ging also auch darum, die Machtposition der Direktoren zugunsten einer sozialen Hierarchie, an deren Spitze die Partei stand, zu schwächen. Konkret ging es oft um recht praktische Dinge: Einschränkung der Fluktuation der Arbeitskräfte, bessere Qualifizierung der Arbeiter und die Wiederherstellung der Verbindung zwischen Lohnhöhe und Produktivität. Denn zu dieser Zeit, im Sommer 1949, war es so, dass die Löhne stark stiegen. Die Schritte in Richtung Arbeiterselbstverwaltung waren also auch ein Versuch, die Belegschaften stärker einzubinden und somit Arbeitsmoral und Produktivität zu erhöhen.

Arbeiterselbstverwaltung: Vom Testbetrieb zum Wirkbetrieb

Die offizielle Einführung der Arbeiterselbstverwaltung erfolgte zu einem Zeitpunkt, als sich das Land praktisch am Tiefpunkt befand. Die Industrieproduktion war in Folge des Boykotts durch die UdSSR und ihre osteuropäischen Satellitenstaaten eingebrochen, die Landwirtschaft litt unter den Folgen einer schlimmen Dürre. Das Nationaleinkommen war auf den Stand von 1948 zurückgefallen und wurde durch erhöhte Rüstungsausgaben wegen der nach wie vor befürchteten Invasion durch die Sowjetunion und ihre Verbündeten zusätzlich belastet.

Im Dezember 1949 wurden in 215 Pilotbetrieben Arbeiterräte gebildet. Sie sollten die Betriebsleitung „beraten“. Sie konnten den Direktoren der Unternehmen ihre Meinung sagen und Vorschläge unterbreiten. Diese waren jedoch nicht verpflichtet, sie anzunehmen. Die Arbeiterräte sollten zuständig sein für Ausarbeitung von Unternehmensplänen, Vorschläge für Produktionsausweitung, Anhebung der Produktivität und Qualität, Maßnahmen der Kostensenkung, Vorschläge für Arbeitsnormen. Den Gedanken, die Betriebe den Arbeiter*innen zur Selbstverwaltung zu übergeben, soll als erster Milovan Djilas im Frühjahr 1950 erwogen haben. Nachdem er sich mit Kardelj und Boris Kidric beraten hatte, wurde der Plan Tito vorgelegt. Dieser soll zunächst die Verwirklichung dieser Idee für verfrüht angesehen haben. Kurz darauf änderte Tito aber seine Meinung und sprach sich für die Einführung der Arbeiterselbstverwaltung aus.

Mit dem „Gesetz über die Verwaltung der staatlichen Wirtschaftsunternehmen“ vom Juni 1950 wurde die Arbeiterselbstverwaltung offiziell eingeführt. In über 6000 Betrieben wurden von den Belegschaften Arbeiterräte gewählt, die, abhängig von der Größe des Betriebs, zwischen 15 und 120 Mitglieder hatten. Wahlberechtigt waren alle Beschäftigten eines Betriebs. War die Zahl der Betriebsangehörigen geringer als 30 Personen, so fungierte das Arbeitskollektiv in seiner Gesamtheit als Arbeiterrat.

Der Arbeiterrat wurde das höchste Kontrollorgan im Betrieb. Er entschied über Produktion, Geschäftsgebaren und Organisation des Unternehmens. Ihm oblag die Genehmigung des Wirtschaftsplans. Damit bestimmte er über alle die Produktion betreffenden Fragen, wie die Erstellung des Jahresplans und der Monatspläne, aber auch über Zukauf oder Verkauf von Produktionsteilen. In der Zuständigkeit des Arbeiterrates lag die Beschlussfassung über vorzunehmende Investitionen, er war an der Ernennung des Direktors beteiligt, er entschied bei der Personal- und Preispolitik und vielen anderen wichtigen Verwaltungsfragen mit.

Der Verwaltungsausschuss des Unternehmens (zwischen drei und siebzehn Mitglieder) wurde vom Arbeiterrat gewählt. Mindestens drei Viertel der Mitglieder des Verwaltungsausschusses mussten Arbeiter*innen sein, die in der Produktion tätig waren. Der Verwaltungsausschuss hatte zwischen zwei Tagungen des Arbeiterrats dessen Beschlüsse durchzuführen und das Alltagsgeschäft zu erledigen. Er war damit das Organ im Unternehmen, das

die eigentliche Verwaltungsarbeit leistete. Er erstellte die Vorlagen für den Wirtschaftsplan und die Jahresschlussbilanz, die dann dem Arbeiterrat zur Zustimmung vorgelegt wurden. Er kümmerte sich um Arbeitszeit, Arbeitsbedingungen und allgemein die Abläufe im Betrieb. Laut Gesetz sollte er Maßnahmen zur Förderung der Produktion und besonders zur rationelleren Gestaltung der Produktion, der Steigerung der Produktivität, Verringerung der Produktionskosten und Verbesserung der Qualität der Erzeugnisse treffen. Er, nicht der Direktor, besetzte die Stellen der leitenden Angestellten.

Jeder Betrieb hatte einen Direktor. Bis 1953 wurde er noch von einer höheren Wirtschaftsvereinigung oder vom zuständigen Ministerium bestimmt. Seit 1953 mussten Direktorenposten öffentlich ausgeschrieben werden. Die Auswahl erfolgte durch eine Kommission, in der der Arbeiterrat, der örtliche Produzentenrat und die Industriekammer der Branche vertreten waren. Wollte der Arbeiterrat einen Direktor absetzen, so war die Prozedur wie folgt: Er musste zunächst einen Antrag auf Absetzung an den örtlichen „Volksausschuss“ stellen. Dann wurde eine Kommission eingesetzt. Stimmt der „Volksausschuss“ zu, wurde der Direktor abgesetzt.

Der Direktor war der „oberste Angestellte“ des Betriebs. Er hatte die Entscheidungen, die die kollektiven Verwaltungsorgane artikulierten, umzusetzen. Er leitete die täglichen Geschäfte und vertrat das Unternehmen im Wirtschaftsverkehr mit anderen Unternehmen. Außerdem hatte er darüber zu wachen, dass alles gesetzeskonform ablief. Für den Direktorenposten wurden sehr oft „politische“ Persönlichkeiten berufen. In der Zeit davor war es oft so, dass auf die Direktorenposten Menschen berufen wurden, die im Befreiungskrieg in der Partisanenarmee Führungspositionen bekleidet oder sich sonst wie Verdienste erworben hatten. Diese Leute hatten oft wenig oder gar keine wirtschaftliche oder technische Kompetenz.

Was die Belegschaft anbelangt, so hatte sie noch zusätzliche Rechte:

- Es sollte monatlich Betriebsversammlungen geben, auf denen die Belegschaft vom Arbeiterrat über aktuelle Geschehnisse im Betrieb informiert wird und diese bespricht.
- Bei wichtigen Fragen (z. B. Fusion mit anderen Unternehmen) gab es die Möglichkeit des Referendums. Die in einem Referendum getroffenen Entscheidungen waren für die Betriebsleitung bindend.
- Die Möglichkeit der Abwahl des Direktors, eines Mitglieds des Verwaltungsrats oder eines Arbeiterrats:

1956 wurden 999 Mitglieder von Arbeiterräten und 476 Mitglieder von Verwaltungsräten abgewählt

Bewertung der Arbeiterselbstverwaltung

Die Arbeiterräte tagten selten häufiger als einmal im Monat. Zu den wichtigsten Fragen, mit denen sie sich auf ihren Sitzungen befassten, gehörten: Die Produktivität, die Frage der Investitionen, die Frage der Verteilung des Unternehmenseinkommens und der persönlichen Einkommen, die Frage des Absatzes der Produkte und Erzeugnisse.

Die Umsetzung des Konzepts in die betriebliche Praxis war von Unternehmen zu Unternehmen sehr unterschiedlich. Bei einigen lief es gut, bei anderen weniger gut. An wichtigen Entscheidungen des Managements waren die Arbeiterräte nicht oder nur oberflächlich beteiligt gewesen. Oft bestimmten Vorarbeiter, Techniker und Büroangestellte in recht autoritärer Form, wo es langgeht. Als hinderlich erwies sich das oft recht niedrige Qualifikations- und Bildungsniveau bei vielen Arbeiter*innen. Offenbar gab es viele Klagen, dass das Management für sich selbst viele Privilegien geschaffen habe: Besser bezahlte Jobs, Sonderprämien, häufig Sitzungen in der Arbeitszeit. Außerdem gab es Klagen, dass die Information der Arbeiter*innen über die Tätigkeit des Managements sehr zu wünschen übrig lasse. Andererseits ist die Tatsache, dass es solche Klagen gab, ein Indiz dafür, dass viele Arbeiter*innen sich durchaus ihrer Rechte bewusst waren. In diese Richtung weist auch der Umstand, dass bei der Wahl der Arbeiterräte die Wahlbeteiligung hoch war: 87 Prozent 1952 und 1954, 88 Prozent 1956. Auch die Tatsache, dass 1956 1480 Mitglieder der Arbeiterräte und 483 Mitglieder von Verwaltungsausschüssen während ihrer Amtszeit durch Extraabstimmungen abgewählt wurden, weist in diese Richtung.

Der Historiker Charles McVicker schreibt, dass die Einführung der Arbeiterselbstverwaltung eine Hebung der Arbeitsmoral bewirkt und somit eine Steigerung der Produktivität gebracht habe. Arbeiterselbstverwaltung scheint da besser funktioniert zu haben, wo es eine ausreichend qualifizierte Arbeiterschaft gab, z. B. in Slowenien. Hingegen gab es besonders in den unterentwickelten südlichen Landesteilen immer wieder Klagen über Probleme mit der Arbeitsmoral. In der jugoslawischen Presse wurde in dieser Zeit häufig über das niedrige Bildungsniveau von Teilen der Arbeiterschaft geklagt. Der niedrige und regional unterschiedliche Bildungsgrad erschwerte natürlich die Arbeiterselbstverwaltung, die höhere Ansprüche

an den einzelnen Arbeiter stellt als die übliche autoritär-zentralistische Arbeitsverfassung. Noch 1961 lag der Anteil der Analphabeten in Jugoslawien bei 19,7 Prozent. Es hieß immer wieder, dass unbedingt mehr qualifizierte Betriebsleiter gebraucht würden. Es hat sich herausgestellt, dass die Hauptlast der Arbeit in den Selbstverwaltungsorganen von den hochqualifizierten Mitgliedern getragen wurde. Frauen spielten in den Gremien so gut wie keine Rolle.

Die jugoslawische Gemeindeverwaltung

Die jugoslawische Führung verfolgte nach eigener Aussage das Ziel, große staatliche Apparate abzubauen und damit Schritte in Richtung „Absterben des Staates“ zu gehen. Neben den Arbeiterräten war die Gemeindeverwaltung die zweite wichtige Säule im Konzept der Selbstverwaltung. Durch ein Gesetz von Mai 1949 bekamen die „Volksausschüsse“ auf lokaler Ebene erstmals das Recht auf eigenständige Steuereinnahmen zugesprochen, was ihnen bei ihren Entscheidungen ein gewisses Maß an Autonomie gegenüber den zentralen Behörden ermöglichte. Mit dem „Gesetz über die Volksausschüsse“ vom 1. April 1952 wurden die theoretischen Überlegungen in praktische Politik umgesetzt.

Die „Volksausschüsse“ wurden zur wichtigsten Verwaltungsinstitution im Land, zu Trägern der „direkten Demokratie“. Das neue System war ein „Zweikammersystem“. Die Abgeordneten für die eine Kammer, den Gemeinderat, wurden von allen Bürger*innen gewählt. Die Abgeordneten für die andere Kammer, den „Produzentenrat“, wurden von den Werkträgern der einzelnen örtlichen Betriebe aus Industrie, Landwirtschaft und Handwerk gewählt. Die Zahl der vergebenen Sitze war abhängig vom Beitrag der jeweiligen Unternehmen zum Sozialprodukt. Beide Kammern hatten gleichberechtigte Entscheidungsbefugnis für alle örtlichen Angelegenheiten, die etwas mit lokalen wirtschaftlichen Dingen zu tun hatte. Der Gemeinderat hatte allerdings das alleinige Sagen in Fragen der Bildung, Kultur, Gesundheit und der allgemeinen Verwaltung. Die eigentliche Arbeit wurde von hauptamtlichen „Sekretären“ erledigt, die vom Volksausschuss ausgewählt wurden.

Neu war, dass nun die „Volksausschüsse“ auch wirtschaftliche Funktionen zugesprochen bekamen. Sie kontrollierten die in ihrem Zuständigkeitsbereich ansässigen Betriebe und wirkten bei Erstellung und Durchführung der Wirtschaftsplanung mit. Sie sammelten für die Zentralverwaltung in Belgrad die Bundessteuern ein, wachten über die Zahlung der Investitionssteuer und passten darauf

auf, dass die einzelnen Betriebe den Auflagen des Plans nachkamen. Sie bestimmten mit über die Höhe der Löhne in den Betrieben der Region und über Einstellung und Entlassung der Leiter der Unternehmen. Sie überwachten die Arbeit der Betriebe und konnten im Fall von Missmanagement auch die Organe der Arbeiterselbstverwaltung vorübergehend suspendieren. Sie konnten sogar Betriebe schließen.

In gewisser Weise war die Lokalverwaltung finanziell autark. Sie verfügte über eigenständige Finanzmittel. Sie bekam in den 50er Jahren einen bestimmten Anteil an den Steuern auf Unternehmensgewinnen sowie an anderen Bundessteuern. Sie erhielt eine Steuer von zwei Prozent auf Konsumgüter. Kommunale Betriebe waren in ihrem Gebiet für allgemeine wirtschaftliche Tätigkeiten zuständig: die Versorgung mit elektrischer Energie, die Wasserversorgung und die Abfallbeseitigung. Die Kommune kümmerte sich um die Organisation des öffentlichen Transports und den Wohnungsbau. Sie sorgte für die Entwicklung kommunaler Dienstleistungen wie des Gesundheitswesens und der schulischen und beruflichen Bildung. Sie war Träger der unentgeltlichen Grundschulausbildung und der beruflichen Bildung.

Elemente direkter Demokratie

Man versuchte gerade im kommunalen Bereich, Aufgaben, die bisher von staatlichen Institutionen erledigt worden waren, ganz oder zumindest teilweise aus den staatlichen Apparaten herauszunehmen und von den Bürgern und Bürgerinnen selbst erledigen zu lassen. Ziel war es, immer mehr Tätigkeiten aus dem Staatsapparat heraus in die Gesellschaft hinein zu verlagern. Prof. Lukic erklärt das so: „Es ist notwendig, dass wir unterscheiden zwischen tatsächlich angemessenen staatlichen Tätigkeiten und solchen, die mehr oder weniger zufällig vom Staat verrichtet werden. Der Staat übernimmt diese Tätigkeiten, weil er die organisatorischen Fähigkeiten dazu hat. Eigentlich könnten diese Tätigkeiten auch von nicht-staatlichen Organisationen übernommen werden. Der Prozess des Absterbens des Staates entfaltet sich im ersten Stadium in der Verlagerung solcher Tätigkeiten weg vom staatlichen hin zu freien öffentlichen Organisationen, die auch ohne Anwendung des staatlichen Gewaltmonopols auskommen.“ (Ross Johnson. S.149)

Ein Beispiel dafür waren die Wähler*innenversammlungen. Sie waren gedacht als Gremien, durch die eine breite Teilnahme der Menschen in den Kommunen an örtlichen Angelegenheiten ermöglicht werden sollte. In den

Wahlerversammlungen mussten mindestens alle zwei Monate die Bürger und Bürgerinnen über die Tätigkeit der „Volksausschüsse“ informiert werden. Sie waren zugleich Foren, wo die Bürger und Bürgerinnen ihre Anliegen und Beschwerden gegenüber den „Volksausschüssen“ vortragen konnten. Dort konnten Vorschläge für die Arbeit der „Volksausschüsse“ gemacht werden und z. B. Verfahren zur Abwahl von Mitgliedern der Volksausschüsse eingeleitet werden, die ihren Aufgaben nicht nachkamen. Darüber hinaus konnten aus den Wähler*innenversammlungen heraus Referenden zu umstrittenen Fragen initiiert werden. Das Ergebnis dieser Referenden war bindend für die Volksausschüsse. Zumindest Mitte der 1950er Jahre scheinen diese Versammlungen gut besucht gewesen zu sein.

Ein anderer Ort der Bürgereinbindung waren in den 50er Jahren Beiräte, die bei den kommunalen Unternehmen gebildet wurden. In diesen Beiräten arbeiteten Personen mit, die keine Mitarbeiter, sondern „Kunden“ dieser Unternehmen waren. Solche Beiräte gab es bei öffentlichen Einrichtungen wie Schulen, Universitäten, Krankenhäusern, Bibliotheken. Diese kommunalen Einrichtungen waren verpflichtet, zumindest alle zwei Monate den in ihrem Zuständigkeitsbereich lebenden Menschen über ihre Tätigkeit Rechenschaft abzulegen.

Das ist wohl mit dem vergleichbar, was wir heute Elternausschüsse oder Patientenausschüsse nennen – allerdings waren die jugoslawischen Beiräte mit mehr Kompetenzen ausgestattet. Bei Zeitungen, Radiostationen und bestimmten Verlagen gab es Ausschüsse, an denen Privatpersonen teilnahmen, die keine Beschäftigten der betreffenden Institution waren. In Wohnanlagen gab es Nachbarschaftsräte, die sich um die Verbesserung der Wohnbedingungen kümmerten. Man geht davon aus, dass in der zweiten Hälfte der 50er Jahre sich ca. eine Million Menschen lokalpolitisch engagierten. In Belgrad soll sich jeder fünfte Bürger an solchen Aktivitäten beteiligt haben.

Auf kommunaler Ebene gab es für die Bürger und Bürgerinnen sehr viele Möglichkeiten der Einflussnahme und der Mitwirkung – deutlich mehr als auf Bundes- oder Republikebene. Zweifellos wurden durch dieses Modell der lokalen Selbstverwaltung viele Initiativen freigesetzt. Es stieg das Interesse, daran mitzuwirken, die Lebensbedingungen vor Ort zu verbessern. Dadurch nahmen mehr Menschen an der konkreten Verwaltungstätigkeit teil. Über den Grad der Aktivitäten in den Kommunen gibt es unterschiedliche Aussagen. Jovan Djodjevic sieht eine hohe Beteiligung der Bürger*innen: „Die Zahl der Bürger, die sich in den „Volksausschüssen“ und den ande-

ren Einrichtungen der Selbstverwaltung aktiv beteiligen, steigt ständig.“ Laut seinen Aussagen betätigen sich im Jahr 1959 fast 13 000 Personen in den „Volksausschüssen“ und diversen Beiräten der „Volksausschüsse“. (Jovan Djordjevic, S. 407) Andere sahen die Beteiligung weniger optimistisch. Milojko Drulovic schreibt über die Wählerversammlungen: „In der Praxis haben die Wählerversammlungen meist nur bereits eingebrachte Vorschläge und Beschlüsse bestätigt. Seltener haben sie die Initiative ergriffen oder eine Beschlussfassung unmittelbar beeinflusst.“ (Milojko Drulovic S. 121)

Die zwei Seelen des „jugoslawischen Modells“

Das jugoslawische Modell der Arbeiterselbstverwaltung hatte von Anfang an „zwei Seelen“. Eine emanzipative und eine destruktive. Die emanzipative, die Arbeiterselbstverwaltung in den Betrieben und die Gemeindeverwaltung waren darauf angelegt, die Selbsttätigkeit in den Betrieben und in der gesamten Gesellschaft zu fördern. Eine sozial destruktive Dynamik setzten die Kräfte des Marktes frei, die im Verlauf der 1950er Jahre immer mehr Gewicht bekamen. Die Kräfte des Marktes verstärkten bestehende soziale Ungleichheiten, innerhalb der Belegschaften und zwischen normalen Arbeiter*innen und Management. Sie förderten nicht die solidarische Kooperation, sondern die Konkurrenz von Einzelbetrieben. Wo die Erzielung des Maximalgewinns für den eigenen Betrieb oberste Maxime ist, wird der gesellschaftliche Zusammenhalt in Mitleidenschaft gezogen, bekommt die Ellenbogenmentalität die Oberhand gegenüber der Solidarität. Die jugoslawische Führung versuchte nicht, diese Dynamik einzudämmen. Im Verlauf der 1950er Jahre wurde die Wirkung von Marktmechanismen geradezu idealisiert und mit den Reformen Anfangs der 1960er Jahre zur bestimmenden Kraft. Dies kann an dieser Stelle nicht weiter ausgeführt werden. Im Buch mache ich den Versuch darzulegen, was diesbezüglich in den 1950er Jahren passierte.

■ **Paul Michel** ist Herausgeber und Mitautor eines soeben im Neuen ISP Verlag erschienenen Buches mit dem Titel „Die jugoslawische Arbeiterselbstverwaltung – Licht und Schatten“



Neu bei ISP



Paul Michel (Hrsg.)

Die jugoslawische Arbeiterselbstverwaltung Licht und Schatten

Mit Beiträgen von Jean-Arnault Dérens, Catherine Samary und Paul Michel

145 Seiten, 14,80 Euro

ISBN 3-89900-156-3

Die jugoslawische Arbeiterselbstverwaltung und die damit verbundene Selbstverwaltung in den Kommunen sind heutzutage fast vergessen. In den 1950er und 1960er Jahren war das Projekt, das die jugoslawischen Kommunisten »erfunden« hatten, nachdem sie 1948 von Stalin exkommuniziert worden waren, in aller Munde. Die Beiträge von *Jean-Arnault Dérens*, *Catherine Samary* und *Paul Michel* rufen die Bemühungen der 1950er und 1960er Jahre in unser Gedächtnis zurück, in Jugoslawien einen Sozialismus zu schaffen, in dem die Menschen an der Basis, in den Betrieben und Gemeinden, das Heft selbst in die Hand nehmen. Im neuen System der Arbeiterselbstverwaltung wirkten von Beginn an neben diesen emanzipatorischen Ansätzen die Kräfte des Marktes als Destruktivkräfte: Die ihnen innewohnende Dynamik wurde nicht eingedämmt, sondern gefördert und konnte sich immer ungehemmter entfalten. Das Buch zeichnet Licht und Schatten in den realen gesellschaftlichen Experimenten der 1950er Jahre nach, die widersprüchlich, chaotisch und innovativ waren und in den 1960er Jahren der jugoslawischen Führung eine grundsätzliche Weichenstellung aufzwingen. Die Erfahrungen mit der Arbeiterselbstverwaltung in Jugoslawien geben Denkanstöße zur nach wie vor ausstehenden »Neuvermessung der Utopie«. Sie geben aber auch einen Eindruck davon, welche Abgründe sich beim Beschreiten dieses Wegs auftun können.

Neuer ISP Verlag GmbH

☎ (0721) 3 11 83

neuer.isp.verlag@t-online.de

www.neuerispverlag.de

DAS MÄRCHEN VOM GRÜNEN WACHSTUM UND SEINE ROTEN KRITIKER

Mit diesem Beitrag antwortet der Autor auf die Besprechung seines Buchs „Das Märchen vom grünen Wachstum“ von Jakob Schäfer in *die internationale* 2/2020, S. 8–17

■ Bruno Kern

■ Eigentlich ist es kein guter Stil, wenn ein Autor auf eine Rezension seines Buches nochmal antwortet. Aber da ich nun mal dazu ausdrücklich eingeladen wurde, möchte ich die Gelegenheit nutzen – vor allem, weil ich mir davon erhoffe, dass sich daraus in Zukunft eine vertiefte Verständigung ergibt und weil ich zu Jakob ein so freundschaftliches Verhältnis habe, dass ich mit Polemik nicht sparen muss.

Jakobs Rezension offenbart tatsächlich einige grundsätzliche Differenzen zwischen uns, und ich hoffe, dass sich Gelegenheiten ergeben, diese auch auszutragen – solidarisch und im Interesse unseres gemeinsamen Kampfes um eine ökosozialistische Gesellschaft. Vor allem aber enthält sie sehr grobe Missverständnisse, deren Zustandekommen ich mir – ehrlich gesagt – kaum erklären kann. Ich vermute, dass bestimmte Stichworte einfach eingeübte Reflexe auslösen. Was da eigentlich im Text steht, ist dann zweitrangig.

Das allergrößte Missverständnis ist bereits in der Überschrift enthalten, die insinuiert, ich würde eine Änderung des Konsumverhaltens für eine – gar die entscheidende! – Strategie der gesellschaftlichen Transformation halten. Das verkehrt meine Intention ins genaue Gegen-

teil. Möge sich jeder und jede durch eigene Lektüre selbst überzeugen. Zugegeben: Ich habe dieses Missverständnis wahrscheinlich selbst dadurch befördert, dass ich die wenigen Seiten, die sich mit dem Konsum beschäftigen, ans Ende des Buches genommen habe, und für oberflächliche Leser mag das dann so ausschauen, als sei dies die Quintessenz. Zum Stellenwert des Schlusskapitels: Ich habe mein Buch aus meiner praktischen Erfahrung heraus geschrieben, und alle von uns kennen das: Fast so sicher wie das Amen in der Kirche kommt am Schluss einer jeden Veranstaltung, in der es um die ökologische Transformation geht, das Resümee vieler Teilnehmer*innen: „Wir müssen bei uns selbst anfangen!“ Wie die meisten von uns bin ich dessen inzwischen überdrüssig. Ich meine deshalb, mit meinem Schlusskapitel etwas recht Pfiffiges gemacht zu haben: Ich habe genau diesen Impuls zur Individualisierung des Problems aufgegriffen, um ihn dann gründlich zu dekonstruieren! Das hätte einem aufmerksamen Leser, der sich nicht nur auf die Überschrift beschränkt, eigentlich auffallen müssen.

Praktisch in jedem zweiten Satz weise ich darauf hin, dass individuelle Verhaltensänderungen eben nicht die nötigen Veränderungen auf politischer Ebene bewirken

können, dass ein großer Teil dessen, was einer gründlichen Umstrukturierung unterworfen werden muss, gar nicht in der Reichweite von Individuen liegt; dass Konsument*innen viel stärker vom bestehenden Angebot abhängig sind, als sie dieses umgekehrt durch ihr Nachfrageverhalten beeinflussen können; dass die Abwälzung struktureller Probleme auf die Einzelnen diese hoffnungslos überfordern muss usw. Das alles ist so nachzulesen im entsprechenden Kapitel, nichts davon in der Rezension. Dazu hätte der Rezensent auch noch meinen Abschnitt dazunehmen können, in dem ich mich kritisch-solidarisch mit Niko Paech auseinandersetze und in dem ich meine Position bekräftige, dass der Hebel der Veränderung ganz woanders liegt.

Was mich am meisten ärgert, ist die Unterstellung des Rezensenten, ich würde Widerstandsformen wie etwa zivile Ungehorsam etc. keinen Wert beimessen. Mais bien au contraire, mon cher camarade! Ganz im Gegenteil halte ich die gezielten Regelverletzungen und die Formen zivilen Ungehorsams, wie sie etwa Ende Gelände praktiziert, für die aussichtsreichste Kampfform überhaupt, um den nötigen gesellschaftlichen Druck zu erzeugen. Es muss uns gelingen, diese Kampfformen wesentlich zu erweitern und zu radikalieren: zu erweitern auf Produktionsstätten wie Autofabriken, Düngemittelfabriken etc., zu radikalieren bis hin zur Sabotage. Das halte ich für die einzige Chance, die nötigen Veränderungen vielleicht doch noch hinzukriegen.

In meinem Schlusskapitel habe ich allerdings sehr wohl deutlich gemacht, in welchem Sinne ich der Änderung unseres eigenen Verhaltens tatsächlich einen ganz wesentlichen Stellenwert einräume: im Sinne der Selbstermächtigung der Subjekte des Widerstands. Wir wissen alle: Es ist gerade das Grundcharakteristikum des Kapitalismus (nach Karl Marx zumindest), dass er subjektlos funktioniert, dass er die lebendigen Subjekte zu bloßen Anhängseln seiner Verwertungsmaschinerie degradiert. Im Gegensatz dazu ist eine solidarische, sozialistische Gesellschaft, wie wir sie anstreben, grundlegend angewiesen auf die Köpfe und Herzen der Menschen. Und gerade unsere „Klassiker“, wie etwa die für mich äußerst wichtige Rosa Luxemburg, aber auch Marx selbst, haben uns beharrlich darauf hingewiesen, dass sich die potenziellen Subjekte einer neuen Gesellschaft, von denen es essenziell abhängen wird, ob sie gelingt, im Kampf um die Veränderung selbst herausbilden. Und genau in diesem Sinne erlaube ich mir die Frage, ob unser politischer Kampf nicht ein Mindestmaß an Authentizität braucht, ein Mindestmaß an Vorwegnahme

des Ziels, das wir anstreben. Nach jahrzehntelanger widerständiger Praxis bin ich davon überzeugt, dass so manche unserer politischen Kämpfe gerade deshalb nicht das nötige Durchhaltevermögen aufwiesen, weil sich die Beteiligten ein allzu großes Maß an Schizophrenie leisteten (Anti-Atombewegung). Wer einen Porsche fährt, dem traue ich auch nicht über den Weg, wenn es um den Umbau unserer Mobilität geht. Und ich bin leider auch der Überzeugung, dass einer der Gründe (neben einigen anderen) für das vorhersehbare Scheitern von FFF der sein wird, dass die Bürgersöhnchen und -töchterchen auf Dauer nicht jeden Freitag gegen ihren eigenen Lebensstil demonstrieren können. Und ich sehe auch unter meinen linken Freundinnen und Freunden – nicht zuletzt im Gespräch mit euch – ganz seltsame Immunisierungsstrategien am Werk.

Wenn ich etwa darauf aufmerksam mache, dass in einer nachhaltigen Gesellschaft die materielle Basis insgesamt wesentlich schmaler sein wird, kommt fast reflexartig die Reaktion, dies sei individualistisch. Dabei beinhaltet meine Aussage etwas völlig anderes: Ich mache auf eine Konsequenz aufmerksam, propagiere aber keineswegs individuelles Handeln als aussichtsreichste Strategie. Bei den lautstarken Rufen nach „system change“ (den ich genau so entschieden will) wird meistens überspielt, dass dieses zu überwindende System sich nicht jenseits von uns befindet, sondern dass es sich gerade über die Subjekte reproduziert! So viel dialektisches Denken würde ich mir an dieser Stelle schon ausbitten! Wir sind, ob wir wollen oder nicht, in vielfacher Weise darin verwickelt, und unser Kampf um die Überwindung des Systems hat nur dann eine Chance, wenn wir diesen Mechanismus erkennen. Mit „Immunisierungsstrategie“ meine ich, dass die Konsequenzen, die ökologische Nachhaltigkeit für die Industrieländer haben wird, völlig verharmlost, wenn nicht gar ganz weggeleugnet werden. Unsere inzwischen eingeschliffenen und für viele als Menschenrecht empfundenen Lebensgewohnheiten, vom Mallorcaflug der viel strapazierten Krankenschwester bis hin zu unseren (bzw. euren, ich hab keins!) Smartphones, sind schlicht nicht vereinbar mit ökologischer Nachhaltigkeit. Dessen müssen wir uns bewusst sein, wenn wir gegen das System kämpfen.

Ich erinnere mich an eine Veranstaltung der damaligen SAV (heute sol), an der auch viele von euch teilgenommen haben und bei der uns der Referent unter anderem erzählte, dass lediglich 10 % des ganzen Desasters mit unserem Konsum zu tun hätten. Eine solche Naivität dürfen wir uns gerade dann nicht leisten, wenn wir dieses System wirksam angreifen wollen. Ich hätte dem jungen Mann

gern in seiner Sprache erklärt, dass sich der Mehrwert erst über entsprechende Nachfrage realisieren muss, um akkumuliert werden zu können, aber ich bin nun mal leider bei Weitem nicht so ein kluger „Lohn-Preis-und-Profit-Gelehrter“ wie der Rezensent.

Es hilft nichts: Wer ehrlich für die Überwindung des Systems kämpft, der muss sich ebenso ehrlich dem Problem stellen, dass wir alle von diesem System entsprechend zugerichtet und gefügig gemacht worden sind. Manchmal empfiehlt es sich, nicht nur die Klassiker der eigenen Tradition zu lesen, sondern wenigstens auch andere linke Theoretiker wie etwa Herbert Marcuse oder Pier Paolo Pasolini, die genau auf diesen Zusammenhang hingewiesen und auch Deutungskategorien dafür angeboten haben. Pasolinis Gleichsetzung von Konsumismus und Faschismus muss man nicht einmal in dieser Radikalität teilen, um zu erkennen: Das System hat sich nicht nur der Produktionsanlagen, sondern eben auch der Subjekte bemächtigt. „Konsumiert, konsumiert! Das ist Mose und die Propheten!“

Erfreut und erstaunt zugleich war ich zunächst über das Lob des Rezensenten zu Beginn, das sich darauf bezog, dass ich in meinem Buch sehr entschieden auf das begrenzte Potenzial erneuerbarer Energien und Effizienzstrategien hingewiesen habe. Erstaunt deshalb, weil Jakob vor etwa einem Jahr, als wir beide bei einer Demonstration als Redner auftraten, das genaue Gegenteil gesagt hat. Ich hatte aber dann beim Weiterlesen doch den Eindruck, dass sich der Rezensent der Dimension dieses Problems und der Konsequenzen nicht bewusst ist. Da bekomme ich zum Beispiel den Satz vor Augen: „Eine nicht-kapitalistische Wirtschaft kann – so hoffe ich – neue Potenziale der Energiegewinnung erschließen.“ Worauf sollte sich denn die Hoffnung gründen, dass ein anderes gesellschaftliches Verhältnis die Gesetze der Physik aushebeln könnte? Eine solche Aussage wäre nur dann halbwegs diskutabel, wenn wenigstens andeutungsweise gesagt würde, welche Energiepotenziale das denn sein könnten und warum die nur im Sozialismus erschlossen werden können. (Karl Marx hat übrigens das Ausschöpfen technischer Potenziale gerade dem Kapitalismus zugetraut!)

Vor allem aber hatte ich den Eindruck, dass der Rezensent eine ungenügende Vorstellung von den Konsequenzen hat und sich genau gegen die Einsicht wehrt, die für mich im Zentrum steht: Nicht nur der Kapitalismus steht zu Disposition (darüber herrscht ja Einigkeit zwischen uns), sondern unser Typ von Industriegesellschaft!

Genau hier seid ihr revolutionären Sozialisten mir einfach nicht radikal genug. Zur Verdeutlichung: Wir verbrauchen in Deutschland zurzeit etwa 2500 Terawattstunden an Endenergie (davon ca. 20 % in Form von Elektrizität). Mittlerweile gibt sogar das Umweltbundesamt zu, dass wir aus erneuerbaren Quellen lediglich 700 bis 800 Terawattstunden erzeugen können. Dieser Gap kann nur geschlossen werden, wenn wir industriell erheblich abrüsten. CO₂ fällt ja nicht nur bei der Verbrennung an, sondern in etlichen industriellen Fertigungen prozessbedingt (zum Beispiel beim Stahlkochen, vor allem aber in der Chemieindustrie).

Nun sind für all diese Fertigungen inzwischen vielfach „grüne“ Alternativen entwickelt und technisch ausgereift. Dabei greift man vor allem auf Wasserstoff zurück, der etwa bei der Stahlproduktion Koks als Reduktionsmittel ersetzt oder bei der Produktion chemischer Grundstoffe für die Aufspaltung von Kohlenwasserstoffketten verwandt wird. Und diesen Wasserstoff kann man natürlich theoretisch mittels Elektrolyse mithilfe von Strom aus erneuerbaren Quellen erzeugen.

Wer sich aber nur ansatzweise mit der Energiebilanz dieses Verfahrens auseinandergesetzt hat, der weiß, dass uns von all dem nur ein Bruchteil zur Verfügung stehen wird. Ähnlich stellt sich das Problem in der Bauindustrie und der sehr energieaufwändigen Zementherstellung etc. Es hilft nichts: Mit Windrädern kann man keine Industriegesellschaft betreiben. By the way: Die Frankfurter Regionalgruppe unseres „Netzwerks Ökosozialismus“ hat hier inzwischen für die wichtigsten Branchen (Bauindustrie, Automobilindustrie, Chemieindustrie ...) genaue Rechnungen und mögliche Szenarien vorgelegt. Es würde uns freuen, auf dieser Ebene mit euch in ein detaillierteres Gespräch einzusteigen.

Vielleicht ist es auch kein Zufall, vielleicht hängt auch dies mit der Verharmlosung des zivilisatorischen Bruchs zusammen, der vor uns steht, dass Jakob bei der Aufzählung der von mir lediglich beispielhaft angeführten ordnungspolitischen Sofortmaßnahmen gerade diese eine vergisst: den Ausstieg aus dem motorisierten Individualverkehr dadurch, dass ab 2030 keine PKWs mehr für den rein privaten Gebrauch zugelassen werden. Billiger ist Nachhaltigkeit leider nicht zu haben.

Ein etwas unfairer Trick des Rezensenten besteht darin, zu insinuiieren, ich würde mich insgesamt gegen Produktivitätssteigerungen wenden – so, als ob ich bereits die Erfindung des Rads abgelehnt hätte. Ganz und gar nicht: Im Gegensatz zu Marx halte ich allerdings die Entwick-

lung der Produktivkräfte auf ihr Höchstmaß hin nicht für die Voraussetzung von Sozialismus, vor allem aber mache ich darauf aufmerksam, dass die etwa 300 Jahre Industrialisierung (die übrigens in ihrem Anfangsstadium gar nicht unter kapitalistischen Vorzeichen erfolgte; die fatale Liaison zwischen Industrialisierung und wachstumsgetriebenem Kapitalismus setzte erst Anfang des 19. Jahrhunderts ein) nur auf der Basis der massiven Verbrennung von fossiler Energie möglich war und deshalb menscheitsgeschichtlich betrachtet eine Singularität darstellt, die nicht einfach in die Zukunft zu extrapolieren ist.

Was das Marxismus-Verständnis betrifft: Hier sehe ich allerdings erhebliche grundlegende Differenzen zum Rezensenten, die hier zu erörtern natürlich den Rahmen bei Weitem sprengen würde. Ich gehe davon aus, dass wir Gelegenheit haben werden, einiges davon zu erörtern. Hier nur so viel: In meiner kleinen kommentierten Textsammlung *Friedrich Engels, Im Widerspruch denken. Ansichten eines smarten Revolutionärs* habe ich, meine ich, gut begründet, warum ich den „Anti-Dühring“ für eine fatale Umfälschung der Marx'schen kritischen Gesellschaftstheorie in eine recht krude dogmatische Weltanschauung halte. (Dies nur, um euch auf das Büchlein neugierig zu machen.)

Jedenfalls braucht der große humanistische Denker Karl Marx weder mich noch Jakob als Apologeten, eine Marx-Apologie hilft uns auch gar nicht weiter und erinnert mich doch fatal an erkonservative katholische Kreise, für die eine Aussage nur dann als legitim gilt, wenn man sie schon bei Thomas von Aquin nachlesen kann. Ich halte es ganz mit Rosa Luxemburg, die Marx gerade dadurch die Ehre erwiesen hat, dass sie ein entscheidendes Problem, an dem er selbst gescheitert ist (die „erweiterte Reproduktion“), eigenständig gelöst und damit eine treffsichere Analyse des globalen Kapitalismus ihrer Zeit geleistet hat: „Wie die ganze Weltanschauung Marxens ist sein Hauptwerk keine Bibel, mit fertigen ein für allemal gültigen Wahrheiten letzter Instanz, sondern ein unerschöpflicher Born der Anregung zur weiteren geistigen Arbeit, zum weiteren Forschen und Kämpfen um die Wahrheit.“

Nur einen Punkt, das Marxismus-Verständnis betreffend, möchte ich doch ansprechen, und zwar, weil er m. E. erhebliche Konsequenzen für unsere gemeinsame Praxis hat und eben nicht nur eine theoretische Frage für die „Schulungen“ ist, die zu durchlaufen ich nicht das Privileg hatte: mein mangelndes Klassenbewusstsein.

Woher der Rezensent ableiten will, dass ich das Proletariat auf das Industrieproletariat einenge, ist mir rätselhaft. Das tue ich keineswegs, aber ich meine ganz entschieden,

dass wir uns, um auf der Höhe der Zeit zu denken, von so manchem nostalgischen Verhältnis, das uns so vertraut ist, verabschieden müssen. In der Phase unseres globalisierten Kapitalismus ist die Frage nach den Subjekten der Veränderung völlig neu zu stellen.

Leider ist sie nicht mehr in der Eindeutigkeit zu beantworten, wie dies Marx für seine Zeit getan hat. Zur Erinnerung: In einer seiner interessantesten Frühschriften, *Vorwort zur Kritik der Hegel'schen Rechtsphilosophie*, begründet Marx, dass das – zu dieser Zeit übrigens noch recht schwach entwickelte – Proletariat aufgrund seiner objektiven (!) Position innerhalb der bürgerlichen Gesellschaft das Subjekt der Veränderung schlechthin ist, weil das Interesse an der Emanzipation dieser Klasse objektiv zusammenfällt mit der Notwendigkeit der Transformation der ganzen Gesellschaft. Sie kann sich nur selbst befreien, indem sie die Gesellschaft insgesamt emanzipiert! Trotz mancher Korrekturen, die Marx an diesem Szenario später selbst vorgenommen hat, lag er damit wohl im Großen und Ganzen richtig.

Dieselbe Analyse trifft aber auf unsere heutige Situation gar nicht mehr zu. Das „Ausbeutungsverhältnis“, dem die abhängig Beschäftigten in den reichen Industrieländern unterworfen sind, ist um ein Vielfaches überlagert von der Ausplünderung des globalen Südens und der Natur durch eben diesen Kapitalismus des Zentrums! Ulrich Brand und Markus Wissen, zwei dezidiert antikapitalistische Wissenschaftler übrigens, haben dafür den Begriff der „imperialen Lebensweise“ geprägt. Die abhängig Beschäftigten hierzulande profitieren um ein Vielfaches mehr von diesem globalen Gefälle, als sie direkt unter ihrer subalternen Position innerhalb der kapitalistischen Ökonomie leiden. Sie sind also in viel größerem – wenn auch unterschiedlichem – Maß Profiteure des globalen Ausplünderungsregimes als dessen Opfer, sie haben nicht nur „nichts zu verlieren als ihre Ketten“, sondern zu einem guten Teil auch ihre Reihenhäuser, ihren Zweitwagen und ihren jährlichen Urlaubsflug.

Der Befund, dass es einen objektiven (!) Interessenszusammenfall an ihrer Emanzipation und der Transformation der Gesellschaft gäbe, stimmt einfach heute nicht mehr – und das erleben wir ja auch ganz konkret bei unseren Demos und Protestaktionen. Übrigens hat sich mit genau diesem Problem bereits Friedrich Engels herumgeschlagen, der an August Bebel das Folgende schreibt: „Lass dir um alles in der Welt nicht aufbinden, es sei hier [gemeint ist England] eine wirkliche proletarische Bewegung los. Die Teilnahme an der Beherrschung der

Weltmärkte war und ist die ökonomische Grundlage der politischen Nullität der englischen Arbeiter.“ (MEW 36, 58) (Dringende Empfehlung: Wenn ihr schon nichts anderes als die marxistischen Klassiker zur Kenntnis nehmt, dann wenigstens die gründlich genug.) Die hässliche Fratze des Kapitalismus, die revolutionäre Potenziale freisetzen könnte, manifestiert sich eben nicht vornehmlich in der Situation der abhängig Beschäftigten hierzulande. Und die direkt davon Betroffenen (die Kleinbauern weltweit, die indigene Bevölkerung, die Bevölkerung, die sich gegen den Extraktivismus zur Wehr setzt, die großen völlig ausgegrenzten Menschenmassen im globalen Süden, die weder als Produzenten noch als Konsumenten von Interesse sind ...), verfügen kaum über Druckpotenzial – nicht einmal, wenn sie als Geflüchtete zu uns kommen. Angesichts dieser Situation hilft es gar nichts, in Arbeiterbewegungsnostalgie zu schwelgen.

Ein letztes Wort noch zu den „Übergangsforderungen“, wie ihr sie im Anschluss an Trotzki nennt: Im Kampf um die natürlichen Lebensgrundlagen schlägt es in Zynismus um, wenn wir das ökologische Desaster als hilfswises Argument für unsere unabhängig davon geläufige Kapitalismuskritik begrüßen und etwa daraus noch ableiten, alle politischen Bemühungen diesseits der revolutionären Veränderung wären sinnlos. Es geht schlicht ums Ganze, und wenn wir nicht in Kauf nehmen wollen, in eine Dynamik hineinzugeraten, in der wir überhaupt nicht mehr politisch gestalten, sondern im besten Fall Katastrophen verwalten können, dann bleibt uns nichts übrig, als – unabhängig von unseren unterschiedlichen Revolutionsszenarien – jetzt schon den „Pakt mit dem Teufel“ einzugehen und innerhalb der bestehenden Verhältnisse wenigstens die wichtigsten Weichenstellungen hinzukriegen. So sind meine ordnungspolitischen Sofortmaßnahmen zu verstehen. Im Kampf mit unseren brasilianischen Genoss*innen um eine Landreform in Brasilien lautete unser Slogan: Der Hunger kann nicht warten (A fome não pode esperar). Dasselbe gilt für die Erhaltung unserer natürlichen Lebensgrundlagen.

Dixi et salvavi animam meam.

Konferenz findet am 09.05/10.05 *online* statt!



WAS STEHT BEI DIESER SOZIALEN BEWEGUNG POLITISCH AUF DEM SPIEL?

Der Kampf gegen die Reformen von Macron und für „eine bessere Welt“ ist beileibe noch nicht zu Ende, auch wenn zunächst einmal [mit der Verordnung per Dekret am 3.3.2020] eine erste Zäsur erreicht ist.

■ **Jean-François Cabral**

Es wäre verfrüht, eine Bilanz dieses Kampfes zu ziehen. Hier sollen stattdessen die politischen Hintergründe dieses Konflikts und die Absichten der Herrschenden, die weit über die bloße Rentenreform hinausreichen, sowie die taktischen und strategischen Fragen, vor denen wir als Revolutionär*innen stehen, thematisiert werden.

Macrons Absicht lag darin, mit den Eisenbahnern eine der letzten Bastionen des organisierten Widerstands der Arbeiter*innenklasse zu schleifen. Indem sie dieses Symbol zerbricht, verschafft sich die kapitalistische Klasse freien Weg, ihre seit fast 40 Jahren betriebene neoliberale Politik weiter zu verschärfen. Wiederholt wird inzwischen Macron mit Thatcher verglichen, unter anderem in einem Artikel von Romaric Godin in *Médiapart*¹ vom 8. Januar, in dem allerdings auch die wesentlichen Unterschiede zum Kampf der britischen Bergarbeiter von 1984/85 benannt werden, was die Kampfmittel, die politischen Implikationen und den gesellschaftlichen Kontext anbelangt. Vierzig Jahre danach offenbart Macron zugleich seine Stärke, aber auch seine Schwäche, indem er uns dieselben alten Rezepte wie in den 80er Jahren vorsetzen will.

Macron in Thatchers Fußstapfen

Sein Trumpf dabei ist, dass der Rollback weiter voranschreitet, auch auf ideologischer Ebene. Wohl scheint für

Macron der Kampf um die öffentliche Meinung verloren, indem sich eine große und stabile Mehrheit der Bevölkerung gegen seine Reform ausspricht. Zugleich jedoch gibt es eine Mehrheit gegen die „Sonderregelungen“, vorwiegend weil nur wenige noch daran glauben, dass ein besseres Rentensystem mit mehr Rechten durchsetzbar wäre. Schon gar nicht mehr glauben sie an die Wiederherstellung der alten Errungenschaften wie der Rente nach 37,5 Beitragsjahren für sämtliche Beschäftigten, so sehr haben sie den Gedanken verinnerlicht, dass jeder Opfer bringen müsse, die sich aus den Zwängen der Globalisierung ergeben.

Natürlich darf man nicht die Gesamtbevölkerung mit den besonders prekär Beschäftigten und/oder den Jugendlichen in eins setzen und auch das Engagement bei den Protesten ist unterschiedlich stark. Aber sieht man einmal von der einhelligen Ablehnung der Rentenreform ab, so ist die Akzeptanz bei allen für offensive Forderungen schon deutlich geringer, die sich gegen die seit 40 Jahren gepriesene und in den Köpfen fest verankerte Sparpolitik und Unumgänglichkeit von „Reformen“ richten.

Das ist aber eine wirkliche Schwäche, denn diese alten Rezepte haben über die Jahre hinweg viel an Wirksamkeit verloren. Während Thatcher von der Krise des Wohlfahrtsstaats in den 70er Jahren und dem damals schon (!) zutage getretenen Scheitern der Linken profitieren konnte, haben sich die Verhältnisse inzwischen radikal geändert.

Die Finanzkrise von 2008 ist noch immer prägend und das System hat sich als langfristig unfähig erwiesen, die großen Herausforderungen des 21. Jahrhunderts in den Griff zu bekommen. Davon sind auch diejenigen überzeugt, die ansonsten bisher nur schwer für eine Alternative zu gewinnen sind. Insofern ist der Ausgang des politischen Kampfs noch völlig offen.

Die Klassenfrage

Eine der unmittelbaren Folgen der Rentenproteste ist, dass die Rolle der sozialen Klassen wieder ins politische Bewusstsein gerückt ist. Umgekehrt haben die Begriffe „links“ und „rechts“ scheinbar ihre frühere Bedeutung verloren. Die Politik des Präsidenten der Reichen ist auf recht wenig Widerstand bei der Linken gestoßen, die sich eher in Schweigen gehüllt beziehungsweise als unfähig gezeigt hat, eine wirkliche politische Alternative zu präsentieren. Stattdessen schält sich in den Kämpfen nach und nach ein soziales Lager heraus und hat auch schon seine ersten symbolischen Meriten erworben im Kampf „für die Ehre der Arbeiter*innen und für eine bessere Welt“, wie es meine lehrenden Kolleg*innen in Paris gerne nennen, die noch bis vor Kurzem eher auf die Gelbwesten herabgeschaut haben.

Ein neues soziales Lager hat sich zunehmend behauptet und folgt auf eine jahrzehntelange Herabwürdigung der Arbeiter*innenklasse. In den 80er Jahren hatte Abbé Pierre laut verkündet, dass es einen Gegensatz zwischen den „Ausgeschlossenen“ der Gesellschaft und den „Privilegierten“ gebe, wobei er zu den Letzteren die Lohnabhängigen zählte, die noch über einen Arbeitsplatz und ein paar Rechte verfügten. Später unterschied man dann zwischen einerseits dem gehobenen Teil der Lohnempfänger*innen, den leitenden Angestellten und anderen „gebildeten Schichten“ also, die über höhere Schulabschlüsse verfügten und als fortschrittlich galten, und andererseits den Unterschichten, die pauschal als reaktionär verseucht und als potentielle Anhänger von Le Pen galten.

Mit der Gelbwestenbewegung und dann den Rentenprotesten kam nach und nach eine andere Realität ans Licht, wie in der jüngsten Erhebung zur Prekarität² gut belegt: Die Arbeiter*innen und Angestellten und ein Teil der „Selbständigen“ (zu denen nicht nur die Inhaber kleiner Handwerksbetriebe, sondern auch alle Spielarten der Solo-Selbständigen gehören) vertreten ihre Interessen als Arme gegenüber den Wohlhabenden und sehr Wohlhabenden (auch wenn diese zum Teil formal abhängig Beschäftigte sind). Die Wohlhabenden sehen in Macron nicht nur den Inbegriff der Moderne, sondern auch die

letzte Bastion einer sogenannten Demokratie, die von den „Eliten“ geführt werden sollte, da diese als kompetent und somit (als buchstäbliche Aristokratie) legitimiert gelten und ansonsten nur der „Populismus“ drohen würde.

Diese Entwicklung kann natürlich konfus oder gar widersprüchlich diskutiert werden, so wie jede neue Entwicklung, die erst durch allmähliches Herantasten Gestalt annimmt. Aber letztlich wird wieder der Klassenkampf zum Vorschein kommen, ausgehend von den am stärksten unterdrückten Schichten des Proletariats. Von denen muss auch der Anstoß zu einer neuen politischen Organisation ausgehen, die die Lohnabhängigen auf breiterer Ebene gewinnen kann, um vereint gegen die Kapitalisten und die wirklich Privilegierten dieser Gesellschaft zu kämpfen.

Nebenbei bemerkt – und das ist keine Kleinigkeit – werden diese Proteste auf sehr viel breiterer Ebene als zuvor zeigen, welche besondere Rolle die Frauen darin einnehmen, die von diesen neuen Reformen besonders betroffen sind und schon die ganze Zeit vielfachen Diskriminierungen am Arbeitsplatz unterliegen. Diese besondere Rolle unterstreicht die Notwendigkeit des gemeinsamen Kampfes, um überhaupt gehört zu werden. Und es fällt auch auf, wie wenig Macrons Spaltungsmanöver während dieser Proteste verfangen, mit denen er die „Arbeiterviertel“ und den „radikalen Islamismus“ gegeneinander aufbringen will. Auch der Rassemblement National [Le Pen] kann sich kein Gehör verschaffen, wenn die Arbeiter*innenklasse ihre Interessen im Kampf vertritt – eigentlich eine Selbstverständlichkeit.

Nicht umsonst gekämpft

Plötzlich ist wieder zutage getreten, was ein Streik bewirken kann. Wenn die Arbeiter*innen den Bettel hin- oder ihre Werkzeuge den Mächtigen an den Kopf werfen, dann zeigt sich, wie sehr Nicolas Sarkozy danebenlag.

Diese Selbstverständlichkeit ging noch kürzlich unter in all den Debatten unter den Aktivist*innen, in denen es zweifelsohne eher um Selbstdarstellung als um ernsthafte Analyse ging: Streik oder Blockaden? Streik oder Besetzung? Streik oder Plätze (und Verkehrskreisel)? Eine Selbstverständlichkeit scheint sich glücklicherweise durchzusetzen: Eine soziale Bewegung lebt von all diesen Aktionsformen, ohne dass man sie künstlich gegeneinanderstellen müsste. Dies gilt umso mehr, wenn die Krise eine revolutionäre Dimension annimmt.³

Das erste Verdienst des Streiks liegt darin, Macrons Terminkalender durcheinander gebracht zu haben. Der Gesetzesentwurf zum Rentensystem sollte bereits im Janu-

ar 2019 im Parlament diskutiert werden, aber die Gelbwestenbewegung hat einen Strich durch die Rechnung gemacht. Danach sollte es im Sommer 2020 passieren, aber der Streik kam dazwischen. Der Präsident kontrolliert also nicht mehr den Zeitplan. Weiterhin ist bemerkenswert, dass die Beschäftigten des strategisch wichtigen Transportsektors von Anfang an auf eine breite Protestbewegung gesetzt haben, statt ihre Partikularinteressen in Form der berufsständischen Rentensysteme zu verteidigen, was eine Sackgasse gewesen wäre. Stellvertreterstreiks und scheinweises Vorpreschen haben ausgedient. Hingegen fand keine Ausweitung der Streiks auf die Privatwirtschaft und auf die Jugend statt, was ganz wesentlich die Regierung darin bestärkt hat, an ihrer Gangart festzuhalten.

Zweifellos gibt es auch viele widrige Umstände, wie die Diversifizierung des Proletariats in mehrerlei Hinsicht. In geographischer Hinsicht verteilt es sich mittlerweile auf zahlreiche kleine Firmen und juristisch gibt es die unterschiedlichsten Statusformen. Alle erleben die Folgen einer zunehmenden Prekarisierung, indem feste Arbeitsverträge zur Mangelware geworden sind und der Druck an den Arbeitsplätzen erheblich zugenommen hat.

Dies bedeutet jedoch nicht, dass man sich in sein Schicksal ergeben müsste. In vielerlei Hinsicht ist die Lage auch nicht schlimmer als vor hundert Jahren, als die Arbeiterbewegung ansonsten kraftvoller war. Die zahlreichen Verrate auf Seiten der Linken und die seit Jahrzehnten wachsende soziale Integration der Gewerkschaften in die konzertierte Aktion haben viel verheerender gewirkt als das angeblich mangelnde Vertrauen in die eigenen Kräfte, das von soziologischer Seite gerne diagnostiziert wird.⁴

Die Gelbwesten haben überhaupt keine Streiks praktiziert, sondern die Verkehrskreisel besetzt, bevor sie dann das Land mit samstäglichen Spontandemos überzogen haben. Der Kreisel ist somit – anstelle der Betriebe – allmählich zum Ort geworden, wo sich die bis dato zersplitterten Kräfte gesammelt haben und sich nach und nach wieder ein kollektives Bewusstsein entwickelt hat. Die Samstagsdemos haben einen ganz anderen Charakter bekommen als die üblichen gewerkschaftlich beschlossenen Streiktage. Nichts stand wirklich von vornherein fest (noch nicht einmal die Bedeutung der Farbe Gelb), und zwar entgegen aller voreiligen Theoriebildungen und Schematisierungen, die zumeist nur geringe Halbwertszeit haben. Die soziale Bewegung erfindet sich ad hoc und nutzt dabei auch sich bietende Gelegenheiten – darin liegt ihre Stärke. Möglicherweise sammelt sie damit auch erstmals seit Langem wieder nennenswerte Kampferfahrungen.

Denn seit 2016 und dem Arbeitsgesetz findet zweifellos eine, wenn auch bescheidene, aber dennoch bemerkenswerte Entwicklung statt: Die Besetzung der öffentlichen Plätze am Ende einer Demonstration, dann die Gelbwestenbewegung und jetzt die laufenden Streiks folgen nicht bloß aufeinander, sondern sind miteinander verwoben und verdichten sich letztlich zu einer Erfahrung. Berufsgruppen übergreifende Kollektive entstehen, die keine wirklichen Streikkomitees im engeren Sinne sind, da daran auch Einzelpersonen teilnehmen und manchmal politisch aktive Rentner*innen. Es handelt sich dabei auch nicht um bloße Bürgerkomitees, denn die Initiative geht zumeist von streikenden Sektoren aus. Eher sind dies Hybrid- und Mischformen, sowohl den Strukturen nach als auch in den Aktionsformen, die von Blockaden, über Platzbesetzungen bis hin zu Versuchen reichen, die Streiks auszuweiten. Mitunter klären sich die Dinge auch: Die früher eher minoritären militanten Demoblöcke prägen zunehmend das Bild der gesamten Demonstrationen, ohne dabei dem „Schwarzen Block“ zwangsläufig das Feld für ihre kontraproduktiven Spielchen zu überlassen.

Das heißt nicht, dass nichts aus dem Ruder laufen kann. Kleine Minderheiten ohne eine reale Basis können Blockaden weiterhin als Vorwand nutzen, nicht zu streiken und sich sogar kontraproduktiv zu verhalten, aber umgekehrt können auch die verschiedenen Aktionsformen dazu beitragen, Streiks tatsächlich aufzubauen, statt davon abzulenken. Und selbst wenn Blockaden oder Besetzungen zunächst symbolischen Charakter haben, tragen sie doch dazu bei, ein politisches Kräfteverhältnis zu schaffen, was in bestimmten Situationen genauso viel zählt wie die Lahmlegung der Produktion.

Fakt ist, dass die Regierung momentan nicht nachgibt, auch wenn es noch viel zu früh ist, um den Ausgang des Konflikts zu beurteilen. Scheitert die Protestbewegung, werden unweigerlich zwei Fragen im Mittelpunkt der Diskussion stehen, die jedoch nicht antagonistisch sind: Der Streik war nicht erfolgreich, weil er nicht die Kraft hatte, sich auf alle Sektoren auszudehnen; und Streiks an sich reichen nicht mehr aus, stattdessen müssen wir die Konfrontation auf eine andere, politische Ebene heben, worauf wir uns momentan konzentrieren müssen. Wir werden weiter unten darauf zurückkommen.

Vom Nutzen der Gewerkschaften

Für Macron ist das weitere Vorgehen klar: Verhandlungen mit den Gewerkschaften sind nicht mehr angesagt, es sei denn auf Unternehmensebene, was die Gewerkschafts-

führungen der CFDT, aber auch der CGT und der FO nicht daran hindert, seit ein paar Tagen an Konferenzen teilzunehmen, wo an Stelle der Regierung nach Lösungen gesucht werden soll, wie ein finanzieller Ausgleich geschaffen werden kann, ohne die Löhne zu erhöhen, bevor die Regierung in drei Monaten ihr Vorhaben durchzieht. Das (politische) Debakel der Gewerkschaften wird dabei genauso offensichtlich wie die Absicht der Regierung, sie zu demütigen!

Vor Ort mag die Situation jedoch auf den ersten Blick weniger eindeutig erscheinen. Nachdem die bei den Pariser Verkehrsbetrieben majoritäre Gewerkschaft UNSA-RATP noch zwei Monate zuvor angekündigt hatte, lediglich über das branchenspezifische Rentensystem verhandeln zu wollen, vollzog sie am Vorabend des 5. Dezember eine Kehrtwendung, was eine entscheidende Rolle bei der Vorbereitung und Initiierung der Proteste spielte, die weit über die RATP [Pariser Verkehrsbetriebe] hinausging. Bisher waren es die Gewerkschaftsführungen der CGT und der FO, die den Rhythmus der Mobilisierungen entlang kurzfristig anberaumter Aktionstage bestimmt haben. Aber eben diese Gewerkschaften haben sich bei den Protesten darauf beschränkt, verbale „Unterstützung“ für die Weiterführung der Streiks zu heucheln, wo ihre lokalen Gliederungen dies entschieden hatten. Es kam für sie überhaupt nicht infrage, klar und unmissverständlich zur unbefristeten Fortführung oder Ausdehnung des Streiks aufzurufen oder eine wirkliche Strategie für eine Ausweitung der Bewegung zu entwerfen. Dieser Aspekt ist am wichtigsten oder zumindest viel entscheidender als andere, sicherlich berechnete Überlegungen zum Zustand der Protestbewegung.

Natürlich lässt sich über weitere Probleme räsonieren, vor allem in der Privatwirtschaft, wo es manchmal kämpferische Gewerkschaftsgliederungen am Ort gibt, die trotz aller Bemühungen größte Schwierigkeiten haben, ihre Kolleg*innen zu mobilisieren. Dem ist leider so, denn auch nach zweimonatigen Protesten gibt es noch immer weite Bereiche, die von den Mobilisierungen nicht erfasst werden. Die Regierung ist sich dessen vollkommen bewusst, ebenso wie sie die realen Teilnehmerzahlen bei den Demonstrationen kennt, die zwar nicht den regierungs-offiziellen Zahlen entsprechen, aber dennoch weit von den triumphalistischen Zahlen der Organisatoren entfernt sind, die leider oft auch in unseren Kreisen kursieren und Illusionen schüren.

In den Betrieben und sogar in Großunternehmen ist die reale Lage alles andere als rosig: Mitunter haben sich

die CGT-Gliederungen komplett aufgelöst und selbst die betrieblichen Gliederungen von Solidaires sind sehr viel desillusionierter, als nach außen zugegeben. Aber das ist letztlich nicht ausschlaggebend für die Dynamik der Bewegung. Wichtiger ist, wie sich die Gewerkschaftsführungen in konkreten Situationen und v. a. in den streikenden Sektoren verhalten, um die Mobilisierung voranzubringen und auszudehnen. Und da ist die Bilanz weitgehend negativ.

Da sie viel zu spät, nämlich kurz vor den Weihnachtsfeiertagen gestartet worden ist (um das Weihnachtsgeld bei der RATP nicht aufs Spiel zu setzen), hätte die Bewegung zwischen dem 17. Dezember und dem 9. Januar einen sanften Tod sterben können und wahrscheinlich auch sollen. Mit der Wahl dieses Datums durch die CGT und die FO (wie immer flankiert von Solidaires) sollte einfach der von der Regierung gewünschte und von der CFDT und der UNSA geforderte „Waffenstillstand“ respektiert werden. Die Entscheidung dieser Organisationen, viel zu kurzfristig am Mittwoch, den 29. Januar, einen neuen Aktionstag auszurufen, war wieder komplett kontraproduktiv.

Die Wahl dieses Datums war nicht nur demobilisierend (da im Bildungswesen, aber vor allem im Verkehrswesen der Streik nicht mehr rechtzeitig angemeldet werden konnte), wohingegen die Aktionen am vorangegangenen Freitag sehr erfolgreich gewesen waren, sondern dahinter steckte auch eindeutig die Absicht, die Verhandlungsposition der Gewerkschaften bei den nachfolgenden Scheinverhandlungen über den Finanzausgleich der Rentensysteme zu stützen! De facto wurde damit die Regierung zu einem Zeitpunkt unterstützt, wo ihr Gesetz vom Staatsrat (dem obersten Verwaltungsgericht) abgewiesen worden war.

Erstaunlich ist auch, dass die Gewerkschaftsführungen – selbst als die Streiks schon wochenlang liefen – nicht einmal in Erwägung gezogen haben, den Streik auf Schlüsselindustrien wie die Energiewirtschaft oder die Häfen auszuweiten, um somit den Anfangselan zu nutzen und eine Strategie der Verallgemeinerung des Streiks zu verfolgen. Vielmehr hatte es den Anschein, als wollten sie den Streik nur solange aufrechterhalten, bis ... die Parlamentsdebatte anstand.

Die Streiks gingen im Wesentlichen von der Basis aus. Dies zeigte sich bereits bei der RATP, wo sich die Beschäftigten autonom organisierten und maximalen Druck ausübten und dadurch die Gewerkschaftsgliederungen der UNSA vor Ort so weit mitzogen, dass sie über die Vorgaben der Gewerkschaftsführung und sicherlich auch über

ihre eigenen anfänglichen Absichten hinaus aktiv wurden. Dies kam auch und gerade während der Durststrecke zwischen dem 17. Dezember und 9. Januar zum Tragen, indem sie eine Vielzahl verschiedenster Aktionen durchführten, um die Streikfront zu verbreitern und zu stärken und die Verwaltungsbehörden unter Druck zu setzen. Dabei ließen sie sich von der Radikalität der Gelbwestenbewegung inspirieren, was ihre Wirksamkeit deutlich erhöhte, auch wenn sich nicht so viele Kolleg*innen wie 1995 an den Streiks beteiligten.

Zugleich muss man jedoch einschränken, dass die Bewegung zu keinem Zeitpunkt in der Lage war, auch nur ansatzweise eine eigene Führung als Alternative zu den Gewerkschaftsführungen aufzubauen. Dies ist umso frappierender, als diese Führungen inzwischen weitgehend diskreditiert sind und der militante Flügel mittlerweile die Demonstrationen dominiert – was mitunter zu Lasten der straffen Organisation gehen mag, aber trotz aller nachteiligen Wirkungen durchaus sympathisch sein kann.

Dieses Manko der Bewegung, sich eine eigene Führung zu verschaffen, muss in gewisser Weise relativiert werden. 1995 war die CGT – eben weil sie durch die Streiks 1986 und ihre nationalen Streikkomitees bei der Eisenbahn erheblich unter Druck geraten war – von Beginn an in der Lage, die Bewegung zu steuern und sie ebenso über Nacht abzuwürgen, wobei sie en passant erhebliche Privilegien für ihren Apparat aushandeln konnte und dabei auch die Gründung der Netzbetreibergesellschaft RFF in Kauf nahm. Die radikale Linke war bei der laufenden Protestbewegung keineswegs inaktiv, wie das gemeinsame Streikkomitee von RATP und SNCF im Großraum Paris bspw. gezeigt hat. Dieses konnte aber bei weitem nicht die Wirkung entfalten wie 1986. Dasselbe gilt für den Bildungssektor im Vergleich zu 2003, obwohl es dort – zumindest in den Gymnasien seit der Abi-Reform – gärt.

Sicherlich ist es interessant, zu klären, worin die – vielschichtigen – Ursachen hierfür liegen, an denen auch die radikale Linke ihr Maß an Verantwortung trägt (wir werden darauf zurückkommen). Viel wesentlicher jedoch ist die Frage, wie wir aus einer solchen Situation herauskommen können, und diese Diskussion müssen wir untereinander führen, statt uns bloß über die Verantwortung der Gewerkschaftsapparate zu ergehen. Erst recht genügt es nicht, sich auf die Grenzen der Bewegung zu berufen, um sich somit um klare Schlussfolgerungen zu drücken. Die Schuld auf die Gewerkschaftsführung zu schieben, wo doch klar ist, dass diese niemals zum Generalstreik aufrufen

wird, wäre zu einfach. Stattdessen müssen wir uns unbedingt der Frage stellen, wie wir unter diesen schwierigen Bedingungen alternative Führungen aufbauen können.⁵

Die Bewegung politisieren

Die Bewegung gegen die Rentenreform ist seit Anfang an eine hochpolitische Bewegung. Macron trägt zweifelsfrei die Verantwortung dafür, so offensichtlich ist es, dass diejenigen, die auf die Straße gehen, ihn verabscheuen, spätestens wenn sie zwei oder drei Polizeieinsätze über sich ergehen lassen mussten. Dies darf man nicht unterschätzen, trägt es doch stark dazu bei, dass die Proteste nicht so schnell verpuffen, auch wenn sie sich gegenwärtig kaum ausweiten. Auf Dauer trägt dies auch zur Belebung der sozialen Bewegung bei, die seit Jahren immer nur Niederlagen einstecken muss, ohne deswegen aber nachzulassen. Fast könnte man glauben, dass die gesamte Bevölkerung ein Hühnchen mit diesem Präsidenten der Reichen zu rupfen hat.

Es gibt jedoch auch andere Ursachen für diese Politisierung. Die Beschäftigten der Eisenbahn und der RATP haben gleich zu Beginn erklärt, mit der ganzen Bevölkerung für die Interessen aller eintreten zu wollen. Dies hat ihrem Engagement von Anfang an eine hochpolitische Dimension verliehen. Hinzu kommt, dass die Regierung ein Exempel statuieren wollte und daher keinerlei Spielraum für Verhandlungen oder Kompromisslösungen gelassen hat.

Es gibt weitere Aspekte. Die Menschen fragen sich zunehmend, was ihre Arbeit noch wert ist und warum sie dafür all die Schikanen und Verschlechterungen in Kauf nehmen sollen. Diese Zweifel lassen sich auch auf die Rentenreform übertragen. Daraus ergibt sich eine explosive Mischung unter den Protestierenden im Transport-, Erziehungs- und Gesundheitswesen und überhaupt im öffentlichen Dienst, und zwar nicht nur, weil dort Streiks leichter zu organisieren sind, sondern auch, weil ihre Tätigkeit zunehmend entwertet wird.

Die Diskrepanz ist umso erstaunlicher, als es an politisch bewussten und organisierten Auftritten in größerem Maßstab fehlt. Zugegebenermaßen haben alle Macron „und seinesgleichen“ und alle sind im Überschwang der Bewegung zwangsläufig ein wenig zu „Antikapitalist*innen“ geworden, wenn sie es nicht von vornherein gewesen sind. Aber es gibt keinen Plan B, weder auf der Wahlebene (mit dem absehbaren Duell zwischen Macron und Le Pen 2022 und einer in jeder Hinsicht ohnmächtigen Linken), noch aus revolutionärer Sicht (eine Neuaufgabe des Mai '68, nur diesmal konsequent bis zum Schluss? Mit wem und für was genau?)

Diese Diskrepanz hängt auch damit zusammen, was wir oben in Bezug auf die Führung des Streiks gesagt haben, nämlich das Misstrauen gegenüber der Gewerkschaftsapparaten, das offenkundige Bestreben der Streikenden, ihr Vorgehen auf lokaler Ebene selbst in die Hand zu nehmen, und die Unfähigkeit, eine glaubwürdige alternative Führung auf höherer Ebene zu schaffen. Dies würde aber voraussetzen, dass politische Kräfte vorhanden wären, die über ausreichende Glaubwürdigkeit und Schlagkraft verfügen, um dies umzusetzen. Der Druck der Basis allein ist dafür nicht ausreichend.

Die Regierung weiß das und handhabt es genauso wie ihren Umgang mit den tatsächlichen Zahlen der Teilnehmer*innen an den Streiks. Dies ist typisch für die gegenwärtige Lage und die Bilanz des vergangenen Jahres auch in der übrigen Welt: Die sozialen Bewegungen sind enorm kraftvoll, aber sie erschüttern in keiner Weise die Bourgeoisie, weil es keine politischen Perspektiven und Alternativen gibt.

Auch dass keine angemessenen Forderungen laut geworden sind, hat sich in gewisser Hinsicht negativ ausgewirkt. Allerorten hört man zwar: „Weg mit Macron!“, aber mangels Plan B nützt dies nichts. Vielmehr verblüfft es, wie radikal (nach dem Vorbild der Gelbwesten) die Bewegung in ihren Aktionen vorgeht, sich aber mit ihren Forderungen – selbst den eher gewerkschaftlichen – stark zurückhält. Die Parole: „Wir machen weiter, bis die Reform vom Tisch ist!“ mag zwar beeindruckend, aber es bleibt offen, ob das gegenwärtige Rentensystem so bleiben soll.

Um einmal von mir zuspochen: Meine Rente wird um 25% geringer als zu Beginn meiner Berufslaufbahn errechnet ausfallen, und zwar hauptsächlich infolge der Rentenreformen von 2003 und 2010 und bloß zu 5% aufgrund der Reformpläne von Macron. Und was die Privatwirtschaft angeht – wie will man Millionen von Lohnabhängigen dort, die extrem schlechten Arbeitsbedingungen unterliegen, mobilisieren, wenn man bestenfalls darauf hoffen kann, nach mindestens 43 Beitragsjahren frühestens mit 62 in Rente gehen zu können?

Letztlich muss man feststellen, dass die Forderung nach einer Rückkehr zu 37,5 Beitragsjahren kaum mehr Gehör findet, so sehr hat die jahrelange neoliberale Dauerpropaganda unter den Menschen verfangen. Insofern hat die Bewegung auch in politischer Hinsicht ihre Grenzen, wobei es weniger um die Machtfrage geht, auch wenn diese nicht bedeutungslos ist. Die Grenzen dessen zurückzudrängen, was beim gegenwärtigen Rentensystem machbar ist und

was nicht (in Hinblick auf die Finanzierung der Renten und das Verbot von Entlassungen etc.), genau dies hilft dabei, die Machtfrage zu stellen. Dies ist die Grundlage für jede Vorgehensweise im Sinne der Übergangsforderungen und dafür gibt es auch keine Abkürzung!

Die Verantwortung der radikalen Linken

Es gibt sie durchaus in Frankreich und sie ist mit 15 bis 20 000 Aktiven nicht unerheblich. Sie ist überall vertreten, zumindest dort, wo sich etwas regt und sie ist die treibende Kraft in allen laufenden sozialen Widerstandsbewegungen. Dies ist umso bedeutsamer, als die Arbeiterbewegung und die Linke sich viel zu weit zersetzt haben, um noch Kämpfe anstoßen und organisieren zu können. Aber nach außen dringt dies kaum durch. Die Bewegung ist zersplittert und in viele Gruppen und Splittergruppen zerfallen. Es gibt ein großes Umfeld von ehemaligen Mitgliedern, die völlig autonom agieren und ihre Kompetenzen haben, und ebenso ein beträchtliches Umfeld aus Sympathisant*innen, die zwar nie organisiert waren, aber von den Ideen, der Kultur und der Denkungs- und Vorgehensweise der radikalen Linken geprägt sind.

Diese Realitäten werden oft unterschätzt, sind aber wesentlich beim Aufbau einer Bewegung. Erfreulicherweise hat die radikale Linke trotz aller Divergenzen eine gewisse Bereitschaft (und auch Interesse), in bestimmten wesentlichen Belangen zu kooperieren, um demokratische Organisationsstrukturen zu schaffen, eine möglichst breite und umfassende Bewegung herzustellen und die übergreifende Bedeutung dieser Proteste herauszustreichen, die in dem Widerstand gegen die Regierungsmaßnahmen zum Ausdruck kommt.

Trotzdem liegt ein großes Hindernis darin, dass es keine – trotz aller Differenzen durchaus vorstellbaren – gemeinsamen und anerkannten Arbeits- und Diskussionszusammenhänge gibt. Was auch ein schweres Handicap darstellt, diese spezifischen Proteste in wahrnehmbarer und glaubwürdiger Weise auf eine größere Ebene zu heben. Dies erklärt unter anderem auch die erstaunliche Diskrepanz zwischen dem Reichtum lokaler Initiativen und der enormen Schwäche der regionalen und nationalen Strukturen. Diese Strukturen haben häufig bloß eine marginale Bedeutung, weil sie nur von einzelnen Organisationen getragen werden und bei anderen auf reflexhafte Abwehr stoßen und daher nur einen kleinen Ausschnitt der Bewegung einbinden. Unsere Kritik zielt nicht darauf, „voluntaristisch“ solche Strukturen aus der Taufe heben zu wollen, denn mit ein wenig Fingerspitzengefühl können

solche Initiativen durchaus vorwärtstreibend wirken, ohne dabei die Basis zu verprellen. Entscheidend ist jedoch die organisatorische Schwäche, die aus der fehlenden Zusammenarbeit der verschiedenen Strömungen rührt und die es verhindert, dass sich solche Initiativen auf den verschiedenen Ebenen verallgemeinern.

Natürlich wollen wir nicht das Ausmaß der politischen Differenzen zwischen den einzelnen Strömungen der radikalen Linken kleinreden. Diese sind real und bedeutsam und hängen sehr wohl mit den gegenwärtigen Problemen zusammen. Besonders deutlich zeigt sich dies bei den Kommunalwahlen, die ein wichtiger Gradmesser für die Opposition zu Macrons Politik sein könnten und müssten, ohne dass wir – in unzulässiger Vereinfachung – Wahlen den sozialen Kämpfen gegenüberstellen wollen. Es handelt sich dabei sehr wohl um denselben politischen Kampf, den wir in verschiedenen Formen führen könnten, ohne eine scheinradikale Wahlenthaltung zu propagieren oder – spiegelbildlich – in eine Nachtrabpolitik gegenüber der France Insoumise zu verfallen, was oft auch mit einer unkritischen Position gegenüber der Politik der Gewerkschaftsapparate einhergeht. Aber wie so oft und anlässlich von Wahlen gar ins Groteske übersteigert, macht hier jeder sein Ding bei den Wahlen, wie auch in den Kämpfen. Und wir können uns dabei auch nicht darauf berufen, dass wir zu unbedeutend wären, um für den Erfolg oder das Scheitern der Bewegung mitverantwortlich zu sein.

Systemverdrossenheit

Steht die Protestbewegung vor dem Scheitern oder kann sie noch gewinnen? Eine Antwort darauf wäre noch verfrüht. Mit dem Ende des unbefristeten Streiks im Transportwesen endet auch die erste Etappe. Aber besonders im staatlichen Bildungswesen hat die Bewegung noch reichlich Potential. Worum es seit einigen Tagen anhand der Teilprüfungen der neuen Abi-Prüfungsverordnung, dem sog. E3C, geht, ist nichts weniger als die Entstehung einer Jugendbewegung – im Verein mit den Lehrer*innen und Eltern – die ebenso unberechenbar und potentiell explosiv ist. Diese Bewegung kann natürlich ebenso schnell der Repression zum Opfer fallen, die inzwischen ein kaum da gewesenes Niveau erreicht hat.

Trotzdem wird es für Macron nicht leicht sein, die Oberhand zu behalten, selbst wenn er auf Polizeiknüppel setzt. Kein System kann ohne ein Minimum an Zustimmung und Legitimation für die herrschende Klasse und ihrer Institutionen und ohne ein gerütteltes Maß an „freiwilliger Unterwerfung“ funktionieren. Unter diesem

Gesichtspunkt fällt indes auf, wie schwer es Macron fällt, Zustimmung zu seinen Reformplänen zu finden, selbst wenn er bisher seine Maßnahmen im Parforceritt durchsetzen konnte. Wohl haben wir keinen Plan B in der Tasche – was der Dynamik und den Perspektiven der Bewegung erheblich Abbruch tut –, aber auch die Gegenseite steht trotz allem vor ernststen Problemen, Akzeptanz für ihre Reformen zu gewinnen, selbst für den Fall, dass unser Lager wieder einmal verliert.

Als Aktivist gehe ich natürlich von einem Sieg unseres Lagers aus. Aber die Möglichkeit einer Niederlage bereits jetzt ins Auge zu fassen, kann nützlich sein, wenn man dabei im Auge behält, dass wir – angesichts der tief reichenden Krise des Systems – eine weitergehende Perspektive ins Auge fassen müssen.

Zur Verdeutlichung will ich von der – mir vertrauten – Situation im staatlichen Bildungswesen ausgehen und von der quasi existentiellen Krise, die die Lehrer*innen (besonders an den Gymnasien) durchmachen, angesichts der Abi-Reform und der Neuregelung der Hochschulzulassung, die limitiert wird. Dies stellt uns vor die Frage, zu was unser Beruf noch taugt. Was wollen wir unterrichten und wo stehen wir in diesem für uns kaum hinnehmbaren Spannungsfeld zwischen der Vermittlung intellektueller Selbstständigkeit und der Beihilfe zur sozialen Auslese? Wann sind die Schüler*innen „erfolgreich“ und für was und welches Ziel? Was kann uns und unsere Schüler*innen motivieren, wenn die Gesellschaft eine solche Krise durchlebt und wir vor einer ungewissen Zukunft stehen? Der Bildungsminister Blanquer macht alles kaputt, indem er uns zu permanentem Wettbewerb und Pauken bis zum Umfallen zwingen will.

Es gärt an den Schulen wie im Mai 1968, bloß dass die Umstände unendlich weniger freudvoll und sehr viel schmerzhafter sind und es den Betroffenen sehr schwerfällt, daraus konsequente politische Schlüsse zu ziehen. Der Bruch reicht tief, zumal man sich 40 Jahre lang daran gewöhnt hat, im Interesse der Schüler still zu halten und Opfer zu bringen und die Maschinerie auf Teufel komm raus am Laufen zu halten. Nun regiert der Überdruß – und zum Glück mitunter auch Wut – und allmählich findet die Geduld ein Ende. Indem sie alles zerschlagen, laufen Blanquer und seine Nachfolger Gefahr, das „veraltete Schulsystem“ in einen Hort der Systemfeindlichkeit zu verwandeln, in dem es zu anhaltender Dissidenz und innerer Kündigung kommt, wo scheinheilige Anpassung und geheuchelte Unterwerfung regieren. Mit anderen Worten, eine galoppierende Krise des Systems.

Man könnte natürlich spontan einwenden, dass die Bourgeoisie nicht unbedingt ein hochwertiges öffentliches Erziehungswesen braucht, weil normalerweise in den meisten Ländern die Eliten auf Privatschulen ausgebildet werden. Aber inwieweit ist dieses Vorgehen wirklich rational und gut überlegt? Vierzig Jahre neoliberaler „Reformen“ verändern zwangsläufig das System und ihre Auswirkungen reichen bis in die herrschende Schicht hinein, die zunehmend und bis zur Erschöpfung in einem geschlossenen Kreislauf funktioniert und erzogen wird, ohne auch nur einen Hauch von Widerspruch im Innern zu erfahren.

Man neigt vielleicht zu sehr dazu, den Staat als komplett rationales Werkzeug im Dienst der wohlverstandenen Interessen der kapitalistischen Klasse zu verstehen. Glücklicherweise gibt es Brüche, Bruchlinien oder dauerhaftere und tiefer gehende Verwerfungen und mitunter kommt selbst der Boden ins Wanken. Dies lässt sich bspw. bei den Wahlen feststellen, wo die Beteiligung seit Jahrzehnten gerade unter der einfachen Bevölkerung (aber nicht ausschließlich) immer weiter zurückgeht und die Menschen quasi vom Glauben abgefallen sind. Diese Menschen haben also keinen Plan B, sondern kümmern eher vor sich hin. Natürlich macht es dies nicht einfacher, eine Alternative aufzubauen und erst recht ersetzt dies keinen erfolgreichen Kampf. Aber vielleicht spitzt dies die Krise eines Herrschaftssystems entscheidend zu, dessen Legitimation nurmehr darin besteht, dass es die Macht innehat und sonst nichts und dabei bloß die zunehmend untauglichen Rezepte der 1980er Jahre aufwärmt.

Unter diesen Umständen ist es dringlicher denn je, die politischen Belange in den Vordergrund zu rücken. Unter anderem geht es für die radikale Linke darum, demokratische Strukturen zu schaffen, die der Bewegung angemessen sind, und konsequent und bewusst dafür einzutreten, dass „die Welt eine andere werden muss“. Letztlich ist das Fehlen einer revolutionären Partei die beste Lebensversicherung für die herrschende Klasse – ob in Frankreich oder im Rest der Welt –, um die sozialen Proteste abzufangen und sich totlaufen zu lassen. Aber über die bloße Beschwörung der Partei hinaus müssen wir uns damit befassen, worin die politische Zielsetzung bestehen soll.

Diese Frage wird seit Jahren in meist schlecht geführten Diskussionen strapaziert. Ein politischer Ansatz oder Übersetzung in Politik ist natürlich kein Zaubermittel, womit wir die ausgebeutete Klasse in den Kampf treiben können. Dies hieße, sich Illusionen hinzugeben und die Lehren aus der Vergangenheit misszuverstehen. Politische

Umsetzung kann auch nicht heißen, improvisierte breite Bündnisse mit einem angeblichen „radikalen Reformismus“ aus der Taufe zu heben. Diese Lehren aus geschichtlichen Erfahrungen haben wir noch immer nicht vollständig erfasst, sei es Lula in Brasilien, Tsipras in Griechenland oder Iglesias in Spanien etc.

Trotzdem brauchen wir eine „politische Perspektive“. Kämpfe um ihrer selbst willen, die zu neuen Kämpfen führen, weisen nicht per se den Weg. Ihnen sind Grenzen gesetzt, wie man heute besser denn je erkennen kann.

Was wir brauchen ist eine revolutionäre, kommunistische Organisation, die unser Sektendasein überwindet, eine Aktualisierung unserer Programmatik und eine offene Diskussion über die strategischen Erfordernisse.

2. Februar 2020

■ Übersetzung MiWe

1 Romaric Godin : Le « moment Thatcher » d'Emmanuel Macron, 8 janvier 2020. Disponible sur ESSF (article 51766), Le « moment Thatcher » d'Emmanuel Macron – Retour au temps de la grande grève des mineurs (1984-1985) : <http://europe-solidaire.org/spip.php?article51766>

2 *Le Monde* vom 21.1.2020: Die Franzosen mit den prekärsten Arbeitsbedingungen stehen der Rentenreform am feindlichsten gegenüber.

3 In diesem Zusammenhang sei auf das Werk von Rosa Luxemburg *Massenstreik, Partei und Gewerkschaften* verwiesen, das aus den Erfahrungen der Revolution 1905 in Russland schöpft. Der „Massenstreik“ reicht sehr viel weiter als der bloße betriebliche Streik, in dem die Arbeiter*innen ihre Arbeit einstellen. Er darf auch nicht mit dem anarchistischen Mythos vom „Generalstreik“ verwechselt werden, der vom revolutionären Syndikalismus bes. in Frankreich auch zur damaligen Zeit theoretisiert worden ist.

4 Jean-François Cabral ESSF (Artikel 31068), Au-delà du mythe – Retour sur la classe ouvrière et le mouvement ouvrier en France et aux Etats-Unis <http://www.europe-solidaire.org/spip.php?article31068>

5 Im Baugewerbe gab es wohl beachtenswerte Ansätze für ein übergreifendes Streikkomitee via Facebook. Inwieweit solche sozialen Netzwerke gewissermaßen als Ersatz oder Hilfsmittel für ein koordinierendes Gremium fungieren können, ist gleichfalls eine interessante Frage.

ANTICAPITALISTAS – SCHLUSS MIT PODEMOS

Die Anticapitalistas, die 2014 Podemos mitbegründet haben, verlassen die Partei wegen grundlegender politischer Differenzen über die Nationalitätenfrage und die Beteiligung von Podemos an der sozialdemokratischen Regierung.

■ **Antoine Rabadan**

Was wochenlang als Gerücht durch die Medien waberte, steht inzwischen unmittelbar bevor bzw. ist in Andalusien und zwischen Teresa Rodríguez und Pablo Iglesias offiziell bestätigt: Anticapitalistas wird sich nach einer eingehenden internen Diskussion komplett im Mai aus der Parteiführung von Podemos in Andalusien zurückziehen. Diese Vorgehensweise ist insofern erstaunlich, als der Rücktritt zuvor tatsächlich mit der zentralen „pablistischen“¹ Leitung von Podemos ausgehandelt wurde. Es handelt sich dabei um einen reibungslosen Übergang, bei dem sich die Mitglieder von Anticapitalistas künftig ausschließlich dem Aufbau von Adelante Andalucía (Vorwärts Andalusien, AA) widmen, dem kämpferischen Wahlbündnis, das sie 2018 mit der Vereinigten Linken Andalusiens (Izquierda Unida Andalucía, IU-A) und zwei linksnationalistischen andalusischen Organisationen gegründet und zum großen Missfallen der Pablisten bereits vor Monaten als Partei registriert haben.

Dieses Bündnis war schnell zum Zankapfel zwischen der andalusischen Sektion von Podemos (Podemos A) und der zentralen pablistischen Führung geworden: Anticapitalistas verfolgte sehr frühzeitig eine „linksnationalistische“ (d. h. internationalistische, aber für eine stärkere Autonomie Andalusiens im Rahmen einer anzustrebenden Föderation eintretende) Orientierung und versuchte vergeblich, die Parteiführung dafür zu gewinnen. Beim Aufbau von AA zeigte sich, dass eine Anerkennung als weitgehend autonome Einheit innerhalb von Podemos, wie von Anticapitalistas

vehement eingefordert, nicht erzielbar war. Dabei ging es nicht nur um eine politische Autonomie, insbesondere bei der Aufstellung von Wahlkandidaten, sondern auch um eine finanzielle und die alleinige Verwaltung der Mitgliederlisten.

Ein offener Konflikt

Im Widerspruch zu der Parteiführung hatte AA damit begonnen, sich nach dem Muster von *Comuns catalans*² als übergreifendes und expansives Bündnis zu organisieren. Diese Spannungen zwischen den beiden Parteien schwelten während der gesamten letzten Monate und kochten hoch, als Teresa Rodríguez und ihre Genoss*innen beschlossen, bei den Wahlen ausdrücklich als AA anzutreten und nicht unter der Bezeichnung Podemos oder Unidas Podemos.

Ein weiterer grundlegender Streitpunkt war, dass sich IU-A von der regionalen Führung von Podemos A distanziert hat, die von Anticapitalistas gestellt wird, insbesondere was die zweite grundlegende Differenz zwischen den „Pablistas“ und den „Teresistas“ angeht, nämlich die Beteiligung von Podemos an der sozialdemokratischen Regierung. Diese Frage ist letztlich zur Scheidelinie innerhalb von Podemos geworden, aber die IU-A übernahm ihrerseits die Position der zentralspanischen Organisation von IU, nämlich diese Regierungsbeteiligung zu unterstützen: Ihr Führer, Alberto Garzón, ist sogar Minister in dieser Regierung! Dieser Konflikt belastete zusätzlich das Organisationsleben von AA, da sich ein Zusammengehen von Anticapitalistas mit den beiden linksnationalistischen Organisationen abzeichnete,

von denen mindestens eine von Anfang an offen für die katalanische Unabhängigkeitsbewegung eingetreten war und die sich deswegen bereits mit der Forderung an Podemos A gewandt hatte, mit der Parteizentrale in Madrid zu brechen und auf eine „linksnationalistische“ Einheit hinzuarbeiten.

Die seit Wochen von Madrid ausgehenden anhaltenden Vorstöße der Pablisten, den dort dominanten Anticapitalistas eine konkurrierende Führung innerhalb von Podemos A aufzubauen, hat diesen Klärungsprozess beschleunigt: Statt sich auf eine zermürbende Konfrontation einzulassen, die in ihren Augen verheerend für alle wäre, wollen die Strömung um Teresa Rodríguez, aber auch der Bürgermeister von Cádiz, Kichi, der das Wahldebakel von Podemos im letzten Jahr unbeschadet überstanden hat, lieber Schadensbegrenzung betreiben und den politischen und organisatorischen Hickhack, der solchen Spaltungen üblicherweise voraus- und oft zu Lasten beider Protagonisten geht, vermeiden. Auch die AA, über die der organisatorische Wiederaufbau erfolgen soll, wäre davon betroffen.

Der Bruch ist endgültig

Auf beiden Seiten von Podemos besteht der erklärte Wille, kameradschaftliche Beziehungen aufrecht zu erhalten. Dies kommt auch in einer gemeinsamen Videoerklärung von Teresa Rodríguez und Pablo Iglesias zum Ausdruck, wo beide die dem Bruch zugrunde liegenden fundamentalen Differenzen betonen, aber auch darauf bedacht sind, die üblichen Flurschäden zu vermeiden.

Eine Diskussion ist jedoch im Gange: Soll innerhalb von AA eine neue Partei gegründet oder die Umwandlung von AA in eine Partei betrieben werden, um bei den kommenden Wahlen offen gegen die Iglesias-konforme und „institutionalisierte“ Podemos anzutreten, die nach Ansicht der Anticapitalistas über keine konsistente Basis in Andalusien verfügt?

Der Bruch in Andalusien erhält seine volle Bedeutung, wenn wir uns den grundlegenden Konflikt betrachten, in den Anticapitalistas zwangsläufig geraten ist, als die zentralspanische Führung von Podemos entschieden hat, mit der PSOE zu koalieren, obwohl die noch immer eine Stütze des Regimes ist.

Daneben stellt die PSOE in Andalusien den bei Weitem größten Regionalverband der Partei und bleibt – trotz der Wahlniederlage, die sie erstmals die Regierung in Andalusien kostete – weiterhin das Herzstück des innerparteilichen Machtgefüges. Insofern hätte ein Verbleib von Anticapitalistas in der Leitung von Podemos A zwangsweise zu einem innerorganisatorischen Bruch geführt, weil sich

unsere Genoss*innen geweigert haben, in Andalusien denselben Weg zu beschreiten wie Iglesias in Madrid, nämlich mit der PSOE zu koalieren. Dies hätte letztlich zu einem offenen Krieg innerhalb von Podemos geführt.

Da Anticapitalistas in Andalusien über ein großes politisches Gewicht innerhalb von Podemos und mehr noch in der Gesellschaft verfügt, verursacht dieser Bruch Aufsehen und es bleibt abzuwarten, was daraus im Rest des Landes folgt, wo Anticapitalistas oft eine starke Minderheit stellt, wie etwa in Madrid. Hier wird man damit umgehen müssen, dass keine Alternative wie die AA zur Verfügung steht, innerhalb derer man sich rasch reorganisieren und neu durchstarten kann. Auch da wird über den Austritt mit der Parteispitze um Iglesias verhandelt werden müssen, aber der organisatorische Neustart wird nicht so einfach ausfallen wie in Andalusien.

Zugleich mit dem Austritt von Anticapitalistas vollzieht sich eine Zeitenwende bei Podemos, die als Organisation auf höchster Ebene den Weg in die Institutionen beschreitet und ihre emblematische Identität als Träger der Rebellion aufgibt, die sie von der Bewegung der Empörten von 2011 geerbt hat. Vergeblich hat Anticapitalistas gegen alle Widerstände versucht, daran festzuhalten, ohne jedoch das Abdriften aufhalten zu können. Die Entscheidung für den Austritt basiert auf der Analyse, dass die strukturelle Krise des Kapitalismus nicht auf parlamentarischem Weg gelöst werden kann. Noch wichtiger für uns ist jedoch, nicht unsere antikapitalistische Identität zu verlieren und an der entscheidenden Rolle der außerparlamentarischen Kämpfe zum Sturz dieses Systems festzuhalten. Denn nur so können wir uns erfolgreich gegen die Herrschenden stellen, die sich ansonsten behaupten können, indem sie einstmals bedrohliche Protestbewegungen kanalisieren und kooptieren.

13. Februar 2020

■ Übersetzung: MiWe

1 Als „Pablisten“ werden die Anhänger von Pablo Iglesias, dem Generalsekretär von Podemos in Spanien bezeichnet. „Teresisten“ sind die Anhänger von Teresa Rodríguez, der Generalsekretärin des andalusischen Landesverbandes, die den Anticapitalistas angehört, der spanischen Sektion der IV. Internationale.

2 *Communs catalans* ist aus der Bewegung der Empörten hervorgegangen und vereint „Ökokommunisten“ und Einzelpersonen links der PSOE, die zuvor nicht in Podem organisiert waren. In Andalusien hingegen erfüllt Podemos A diese Funktion, sehr zum Missfallen des Zentrums um Iglesias.

MICHEL LEQUENNE (1921–2020)

■ Michael Löwy

Michel Lequenne hat uns am 13. Februar 2020 im Alter von fast 99 Jahren verlassen. Er war ein einzigartiger, ein atypischer Trotzkiist, eine herausragende Persönlichkeit – wegen der Stärke seiner Überzeugungen, seiner polemischen Verve, seiner außerordentlichen politischen, literarischen, artistischen und historischen Kultur (die er sich als Autodidakt angeeignet hat), seinem Hang zur Dissidenz, seiner Treue zum Erbe des roten Oktobers.

Ich habe Michel 1962 kennen gelernt, als er führendes Mitglied der „Tendance socialiste révolutionnaire“ in der PSU (Vereinigten Sozialistischen Partei) war. Catherine Samary, der er auch zu dieser Zeit begegnet ist, beschreibt ihn so: „Er war beeindruckend, mit seinem komischen Lachen und einem großkrepmpigen Poetenhut.“ In den „Tendenzdebatten“ der 1970er und 1980er Jahre waren wir oft zusammen, auch in der surrealistischen Bewegung; wir sind befreundet geblieben, auch wenn wir im Laufe der Zeit in Widerspruch zueinander geraten waren, wo es um unsere Analysen von bestimmten Ereignissen in der Vergangenheit ging (Kronstadt 1921!) ...

Vierte Internationale

Michel Lequenne wurde am 25. Mai 1921 in Le Havre geboren, kam aus bescheidenen Verhältnissen und begann sich in der Jugendherbergsbewegung zu politisieren. Er entzog sich dem Arbeitsdienst (STO) des Vichy-Regimes, 1943 trat er der trotzkistischen Gruppe „Octobre“ (deren führender Kopf Henri Molinier [1898–1944] war) bei. Diese Gruppe war einer der drei Bestandteile, aus deren Zusammenschluss im Februar/März 1944 die „Parti communiste internationaliste, section française de la Quatrième Internationale“ (PCI) wurde. 1946 wurde er mit Pierre Frank, Marcel Bleibtreu und Marcel Gibelin für die sogenannte „tendance de gauche“ in das Zentralkomitee der PCI gewählt. In den Jahren 1948 bis 1950 war er einer der Hauptorganisatoren der von der Vierten Internationale initiierten Solidaritätsbrigaden für Jugoslawien.

Lequenne und Bleibtreu gehörten zu den ersten, die sich gegen den Kurs stellten, den Michel Pablo, der Sekretär der Vierten Internationale, 1952 vorschlug: Ein Weltkrieg steht unmittelbar bevor, zwei Lager stehen sich gegenüber, der Imperialismus und die Sowjetunion, es ist an den Trotzki-

ten, „Entrismus“ [die Einheitstaktik] bei den kommunistischen Parteien zu praktizieren, insbesondere in Frankreich. Weil er sich dieser „campistischen“ [dem Lagerdenken verhafteten] Linie verweigerte, wurde er im Juni 1952 mit der Mehrheit der PCI aus der Vierten Internationale ausgeschlossen. Das war bekanntlich der Beginn einer internationalen Spaltung, die zu einer Marginalisierung des Trotzkiismus während eines Jahrzehnts führte. Kaum drei Jahre danach wurden Lequenne und Bleibtreu, die sich gegen den opportunistischen Kurs von Pierre Lambert gestellt hatten, aus der von ihm geführten PCI (aus der später die OCI werden sollte) ausgeschlossen. Sie beteiligten sich an verschiedenen Versuchen zur Sammlung der sozialistischen Linken und trugen 1960 zur Gründung der „Parti socialiste unifié“ (PSU) bei, in der Lequenne die „Tendance socialiste révolutionnaire“ (SR) organisierte. 1961 entschloss Michel sich, zu der PCI (der gleichnamigen Organisation unter Führung von Pierre Frank) und zur Vierten Internationale zurückzukehren, 1965 wurde er in das Internationale Exekutivkomitee (IEK) der Internationale gewählt.

Surrealismus

Seine Darstellung der Krisenjahre in seinem Buch *Le trotskysme – Une histoire sans fard* (Der Trotzkiismus – eine ungeschminkte Geschichte)¹ ist ein beachtlicher Beitrag zur Geschichte der Vierten Internationale und seiner französischen Sektion von einem dissidenten Standpunkt aus. Mein einziger Vorbehalt bezieht sich auf seine Analyse der Résistance (vor allem der kommunistischen), die mir als zu negativ erscheint, indem er diesen vielfach heroischen Widerstand (denken wir an Manouchian und seine Genossen von dem „Roten Plakat“) auf die nationalistische Parole „À chacun son boche“ reduziert [frei übersetzt: Jeder nimmt sich einen von diesen miesen Deutschen vor], die 1944 von der Französischen Kommunistischen Partei (PCF) ausgegeben wurde.

Michel, der seinen Lebensunterhalt als Lektor bzw. Korrektor verdiente, setzte während dieser schwierigen Jahre seine kulturelle Tätigkeit fort: Mit seiner Lebensgefährtin Soledad Estorach (die früher in der CNT-FAI und bei den „Mujeres Libres“ aktiv war) übersetzte er Schriften von Christoph Kolumbus – diese Leidenschaft beschäftigte

te ihn sein ganzes Leben lang² – und er näherte sich dem Surrealismus an. 1966 schlug er André Breton und seinen Freunden von der surrealistischen Gruppe in Paris sogar im Namen der PCI die Neugründung der „Internationale Föderation der unabhängigen revolutionären Kunst“ (FIARI) vor, ohne Erfolg. Einige Jahre darauf trat er der 1970 auf Initiative von Vincent Bounoure neugegründeten surrealistischen Gruppe bei.

Im Mai 1968 brachte Lequenne in der Gewerkschaft der Korrektoren der CGT eine Resolution zur Unterstützung der Studentenbewegung durch. In den 1970er Jahren nahm er als führender Kopf einer oppositionellen Tendenz, der „T3“, am politischen Leben der Ligue communiste teil. Er vertrat die Auffassung, dass sowohl die manuell als auch die intellektuell Tätigen, sowohl die Industriearbeiter*innen als auch die Beschäftigten in den Dienstleistungsbereichen zur Arbeiterklasse gehören (wobei er sich auf Arbeiten von Ernest Mandel stützte), und lehnte die „Wende zur Industrie“ ab, die von einer Mehrheit der Ligue communiste révolutionnaire (LCR) beschlossen wurde. Im gleichen Zeitraum, Ende der 1970er Jahre, stellte er sich noch in mehreren anderen Fragen gegen die Mehrheit: gegen den (katastrophalen) Vorschlag einer „Vereinigung der Trotzlisten“ (das hieß mit der lambertistischen OCI) und die Unterstützung der UdSSR in Bezug auf den Einmarsch in Afghanistan. Dagegen unterstützte er wiederum als Minderheitler den vietnamesischen Einmarsch nach Kambodscha, der dieses Volk vor der Fortsetzung des Polpot'schen Genozids rettete. Michel Lequenne war gewiss nicht unfehlbar, aber man kommt nicht umhin anzuerkennen, dass sein einziges Unrecht in diesen und manchen anderen Streitfragen darin bestanden hat, dass er zu früh Recht hatte ...

Der internen Debatten müde

Bei seinem Nachdenken befasste er sich auch mit der alten trotzkistischen Debatte über die „Natur“ der stalinistischen UdSSR; mit seinem alten argentinischen Freund „Heredia“ (Angel Fanjul), der in Paris im Exil lebte, schlug „Hoffmann“ (Lequenne) – zusammen bildeten sie die internationale Tendenz „HH“ – auf Weltkongressen der Vierten Internationale vor, die These von den „degenerierten oder deformierten Arbeiterstaaten“ aufzugeben; er schlug vor, sie durch „bürokratischer Staat“ zu ersetzen, an dem nichts mehr „Arbeiter-“ ist. Aus Anlass der Krise, die 1988 von der Präsidentschaftswahlkampagne von Pierre Juquin ausgelöst wurde, beschloss er, aus der LCR und der Internationale auszutreten. Wie er selber erklärte, ging es

nicht um einen Bruch mit dem Trotzismus oder mit den Aktivist*innen der Bewegung, die er weiter schätzte und mit denen er befreundet blieb, sondern um ein Ermüden wegen der internen Debatten und um den Wunsch, sich davon fern zu halten, damit er sich mit seinen Schriften befassen konnte.

Von da an sollte er in der Tat einige seiner bemerkenswertesten Werke verfassen und veröffentlichen: Außer der schon erwähnten Geschichte des Trotzismus waren das eine erstaunliche Autobiographie in Form der Bücher, die er gelesen hatte, der erste Band von mehreren geplanten über „Große Damen der Literatur“ sowie eine Reflexion über die Geschichte des Kommunismus.³ Man mag die ein wenig unkritische Sicht der „leninistischen“ Jahre der russischen Revolution 1917 bis 1923 nicht teilen, die in dem zuletzt genannten Buch vorgelegt wird, in gewisser Weise sein politisches Testament, doch ist seine Analyse der stalinistischen Konterrevolution bewundernswürdig.

Dieser unermüdliche Querdenker wird uns fehlen ... Unsere ganze Solidarität gilt seiner Tochter Delphine und seiner Lebensgefährtin Martine Roux.

■ *Aus dem Französischen übersetzt, bearbeitet und mit Anmerkungen von Friedrich Dorn.*

Quelle: Michael Löwy, „Michel Lequenne (1921-2020): un trotskyste singulier“, <https://npa2009.org/idees/vie-interne/michel-lequenne-1921-2020-un-trotskyte-singulier> (17. Februar 2020).

1 Das Buch ist bei dem Verlag (den Éditions Syllepse) vergriffen. Es kann von Michel Lequennes Blog heruntergeladen werden (364 Seiten): http://lequenne.michel.free.fr/Telechargement/LTUHSF_2018.pdf

2 Von den verschiedenen Büchern über Christoph Columbus ist eines ins Deutsche übersetzt worden: Michel Lequenne, *Christoph Columbus*, Ravensburg: Otto Maier Verlag, 1992, (Ravensburger Taschenbuch; Abenteuer Geschichte, Bd. 26).

3 *Le catalogue – pour mémoires*, Syllepse, 2009; *Grandes dames des lettres. De Sappho à Ann Radcliffe*, Syllepse, 2011; *Contre-révolution dans la révolution. Du communisme au stalinisme*, Étival-lès-Le Mans: Éric Jamet éditeur, 2018.

WER HAT DIE WAFFEN UND WER SOLLTE SIE HABEN?

Leserbrief zur „Arbeiterselbstverteidigung – Zur Einordnung des Textes“, in: *die internationale* 2/2020, S. 60f

■ **Friedrich Dorn, Kilian Malik, Michael Sankari**

Schon die Präsentation der Übersetzung des Trotzki-Textes durch die Redaktion in der *internationale* 2/2020 irritiert ein wenig. Es gäbe „keinen besonderen Anlass“, diesen Beitrag „gerade jetzt“ zu bringen. „Über kurz oder lang“ werde sich „das Thema des ‚Gewaltmonopols des Staates‘ angesichts des wachsenden rechten (faschistischen) Terrors nicht vermeiden lassen“. Bleibt der Beigeschmack, wir hätten diesen Text ohne nachvollziehbaren Grund übersetzt und zur Veröffentlichung vorgeschlagen ...

Die „Einordnung“ von Thies Gleiss bestreitet dem Trotzki-Text von 1939 schlichtweg jegliche aktuelle Bedeutung. Er vertritt auch die These, zumindest gegenwärtig – sei das Gewaltmonopol des (bürgerlichen) Staates von uns zu verteidigen. Das ist eine überraschende Behauptung, denn sie widerspricht unserer gesamten programmatischen Tradition!

Wir leben in einer Klassengesellschaft. Die Bourgeoisie herrscht vermittelt über ihren Staat: mit Armee, Polizei, Geheimdiensten, Verwaltungsapparat, politischen Institutionen. Seit wann verteidigen wir das Gewaltmonopol der bewaffneten Kräfte der Bourgeoisie?

Natürlich rufen auch wir die Polizei, wenn bei uns eingebrochen wird. Wir setzen aber nicht auf Polizei und Geheimdienste, um die Neonazis und extremen Rechten zu bekämpfen. Von allem anderen abgesehen: Die Polizei und diese Dienste sind von Rechtsextremisten durchsetzt. Vor allem vertreten wir auch einen Klassenstandpunkt: Auch im Bereich der Sicherheit setzen wir in erster Linie auf die Selbstorganisation der Beschäftigten, Ausgegrenzten und Unterdrückten.

Und die Bundeswehr? Thies Gleiss garniert seine Aufzählung von Forderungen, die dem Mainstream der

deutschen „radikalen“ Linken entsprechen, mit der scheinradikalen Losung von der „Abschaffung der Bundeswehr“. Bitte – konkret heißt das gar nichts! Die Bundeswehr ist eine Berufsarmee geworden; demgegenüber waren wir aus strategischen Gründen immer für eine Armee von Wehrpflichtigen. Darüber hinaus waren wir immer gegen kasernierte Heere. Die ISO Rhein-Neckar fordert daher ein Milizsystem nach Schweizer Vorbild – nicht, weil sie sich mit der bürgerlichen Schweizer Miliz identifiziert, sondern weil sie bei einem nur geringfügig entwickelten Klassenbewusstsein auf Massenebene an etwas Konkretem anknüpfen will, was es bereits gibt. Das kann kontrovers diskutiert oder konkretisiert werden, hat aber den Vorzug, die Frage zu behandeln, wer die Waffen hat und wer sie haben sollte. In unserer Tradition steht die Losung „*le peuple en armes*“ – das „Volk in Waffen“; wobei nur der in Deutschland schwerbelastete Begriff des „Volks“ stört.

Das ist übrigens nicht dasselbe wie in den USA, wo alle Waffen kaufen können, um die eigene Ehefrau zu erschließen oder einen Eindringling im Privatgrundstück oder Schwarze oder Amok zu laufen. In einem Milizsystem wird jeglicher Missbrauch der persönlichen Waffe für private Zwecke streng geahndet. So war es auch bei den Roten Garden 1917 in Petrograd – ausweislich ihrer Statuten.

Wir schlagen vor, sorgfältig zu diskutieren, worin die Parallelen der Lage in den USA (und in Frankreich) 1939 und in Deutschland heute bestehen. Thies sagt zu Recht, dass die Bereitschaft, zu Selbstverteidigungsorganisationen überzugehen, von der politischen Konjunktur abhängt. Diese Bereitschaft wächst in dem Maße, wie sich rechtsextremistische gewaltbereite und gewalttätige Banden breitmachen, die vom Staat teils geduldet, teils heimlich gefördert werden. Abgesehen davon dass alle Kapitaleigentümer*innen persönliche Waffen haben oder haben können, dass sie Bodyguards haben und Sicherheitsfirmen beauftragen, haben wir in wachsendem Maße bewaffnete rechtsextremistische Banden. Sie begehen Mordanschläge, schüchtern ein, beherrschen bereits gewisse Bereiche. Flüchtlinge, Eingewanderte und Linke sind ihre bevorzugten Zielscheiben.

Deshalb liegt es auf der Hand, dass wir über angemessene Mittel und Losungen der Selbstverteidigung nachdenken müssen. Dazu gehören die Aneignung von Kenntnissen und Fertigkeiten sowie die Befassung mit der Sicherheit der eigenen Organisation. Dazu gehören auch die Sammlung und die Weitergabe der reichen Erfahrungen der revolutionären Strömungen in der internationalen Arbeiterbewegung, auf die Trotzki hingewiesen hat und die es seit seiner Ermordung gegeben hat – von den Analysen und Hinweisen des „Generals“ Friedrich Engels zu militärischen Fragen über die bewaffneten Abteilungen des jüdischen Arbeiterbunds in den Jahren der Pogrome und der Revolution von 1905 im Russischen Reich bis zu den „politisch-militärischen Organisationen“ in Verbindung mit gut verankerten legalen „Volksorganisationen“ beispielsweise in Lateinamerika oder auf den Philippinen.

Thies Gleiss behandelt auch die weltweite Lage eigenwillig. Setzt er darauf, die illegalen Banden in Mexiko und in den USA von Trump und Co. entwaffnen zu lassen? Was ist mit revolutionären Organisationen, die sich praktisch mit Selbstverteidigung und Entwaffnung der Banden des Kapitals befassen?



Fortsetzung von Seite 64

durchregieren kann und ihre Machtfülle weiter zunimmt. In politischer Hinsicht stehen wir vor dem Scheideweg: Entweder werden die herrschenden Klassen eine Politik der eisernen Hand betreiben oder wir schaffen eine Gesellschaft, die von unten nach oben funktioniert. Dies bedeutet auch, dass die Fünfte Republik abdanken und in einem Verfassungsgebenden Prozess alle demokratischen Grundsätze neu überdacht werden müssen. Dabei müssen auch die Menschen in den Betrieben involviert werden. Die Beschäftigten im öffentlichen Sektor wie auch in der Privatwirtschaft haben praktisch kein Aufsichtsrecht. Allein die Gesundheitskrise zeigt exemplarisch, dass sie am besten wissen, welche Schutzmaßnahmen sie brauchen.

Wie lässt sich im Lichte der beispiellosen Protestbewegung im vergangenen Winter ein Kräfteverhältnis herstellen, das für eine fortschrittliche Zukunft steht?

Um eine Politik, die auf geballter Solidarität fußt und für Emanzipation, Gleichheit und Umweltschutz steht, umzusetzen, muss zu allererst die Vernichtungsmaschinerie der neoliberalen und autoritären Politik gestoppt werden können. Voraussetzung dafür ist, dass sich alle sozialen, politischen und gewerkschaftlichen Kräfte in diesem Sinn vereinen.

■ **Olivier Besancenot** trat 1991 mit 17 Jahren in die Ligue Communiste Révolutionnaire (LCR) ein und war 2002 und 2007 ihr Kandidat für die Präsidentschaft, er erhielt beide Male über 1 Mio. Stimmen (über 4 %), 2009 war er an der Gründung der Neuen Antikapitalistischen Partei (NPA) beteiligt, er wollte kein Berufspolitiker werden und verzichtete 2011 auf seine Funktion als Sprecher der NPA, seit 1997 arbeitet er bei „La Poste“ als Briefträger, inzwischen an einem Schalter eines Postbüros in Paris.

■ *Übersetzung: MiWe*

Holt zurück, was Euch gehört!

Ein Interview mit Olivier Besancenot, geführt von Julia Hamlaoui für *l'Humanité* vom 7. April 2020

Inwiefern zeigt sich in der Corona-Krise einmal mehr, dass wir das kapitalistische System stürzen müssen?

Jetzt geht es ums Überleben. Bereits zuvor war zu spüren, dass die neoliberale Globalisierung der letzten 30 Jahre – eigentlich ein Hort für die Stabilität der Finanzmärkte – an ihre Grenzen gestoßen war. Mit der Globalisierung hat der Kapitalismus schließlich die ganze Welt erobert. Aber er ist nicht unerschöpflich, wie wir bei der Finanzkrise von 2008, bei der Klimakrise und jetzt bei der Gesundheitskrise gesehen haben. Das System ist auf dramatische Weise mit seinen eigenen Widersprüchen konfrontiert. Aber – um Walter Benjamin zu zitieren – der Kapitalismus wird niemals eines natürlichen Todes sterben, sondern unser Anliegen muss sein, ihm beim Sterben zu helfen. Denn was danach kommt, ist möglicherweise, wenn man die Herrschenden gewähren lässt, schlimmer als was davor war.

Wie können wir verhindern, dass die sich abzeichnende Wirtschaftskrise auf dem Rücken der Bevölkerung abgeladen wird?

Entscheidend wird sein, wer das künftige Wirtschaftsmodell bestimmt. Wie können wir uns die Produktionsmittel wieder kollektiv aneignen, besonders damit die Industrie für die sozialen Bedürfnisse produziert? Es reicht nicht, die Privatisierung der öffentlichen Dienste wieder rückgängig zu machen, sondern man muss die private Verfügungsgewalt über bestimmte Schlüsselsektoren, die nicht der irrsinnigen Logik der Marktwirtschaft überlassen werden dürfen, beseitigen. Diese Logik sorgt dafür, dass die Airbus-Beschäftigten Kampfhubschrauber produzieren müssen, zugleich aber die einzige Fabrik in Europa (Luxfer im Zentralmassiv), die medizinische Sauerstoffflaschen herstellte, vor ihrer Schließung nicht verstaatlicht werden konnte. Andernfalls werden die Arbeiter*innen, die Ausgebeuteten und Unterdrückten unweigerlich die verheerenden sozialen Folgen tragen müssen. Dies zeichnet sich bereits hinsichtlich des bezahlten Urlaubs und der

Wochenarbeitszeit ab. Auch die Folgen für die Umwelt werden katastrophal sein, denn das Wirtschaftswachstum wird wieder fröhliche Urständ feiern. Die neoliberalen Politiker*innen basteln bereits an einer Schockstrategie, um unpopuläre Maßnahmen durchzusetzen. Der Obrigkeitsstaat ist bloß die Kehrseite des Kapitalismus und dagegen müssen wir unsere geballte Solidarität setzen.

Worin konkret besteht diese geballte Solidarität?

Wir müssen uns bereits jetzt für die Zeit danach rüsten. Vorrang, v. a. in finanzieller Hinsicht, hat die Solidarität und zwar zunächst im Gesundheitswesen. Hier brauchen wir unverzüglich mehr Betten, tausende neue Stellen und genug Schutzkleidung. Die Diskrepanz zwischen den Ankündigungen und den lebenswichtigen Erfordernissen ist unerträglich. Allein für die Pflegeheime bräuchten wir 2 Millionen Masken pro Tag. Dabei sind noch nicht einmal neben den Pflegekräften diejenigen berücksichtigt, deren Tätigkeit weiterhin unerlässlich ist. Es muss umgehend dafür gesorgt werden, dass die Milliarden Euro aus dem Staatshaushalt, der von den Steuer- und Beitragspflichtigen, also von uns, finanziert wird, für den medizinischen Notstand aufgewendet werden. Wenn dieses Geld stattdessen an die Konzerne und Banken fließt, dann ist es definitiv für die Zukunft verloren.

Die Regierung verkennt, wie sehr sich blinde und massive Wut breitmacht. Es ist schlicht unvorstellbar, auch nur einen Moment zu glauben, dass es ein weiter so geben kann mit dem Abbau der öffentlichen Daseinsvorsorge im Gesundheits-, Transport- und Erziehungswesen etc. Die Herrschenden selbst erkennen, dass das Wirtschaftssystem vor einer Systemkrise steht. Damit gesteht die Regierung ihren Bankrott ein, wo sie noch vor Wochen mit ihrer Rentenreform der Versicherungswirtschaft unser Solidarsystem zum Fraß vorgeworfen hat.

Die Krise offenbart die Machtkonzentration in wenigen Händen. Welche demokratischen Forderungen müssen wir dem entgegenstellen?

Zunächst einmal muss das Notstandsgesetz sofort aufgehoben werden, weil die Exekutive dadurch per Dekret

Fortsetzung auf Seite 63